

Wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des Grades Master of Arts (M.A.) im
Masterstudiengang Kommunikationswissenschaft

„Vor ihnen ein Garten Eden. Hinter ihnen Stasiland.“

**Eine Diskursanalyse über die Rolle der Westmedien im
Wandlungsprozess der Wende**



Prüfer: Prof. Dr. Michael Meyen

Vorgelegt von: Gabriel Wonn

Matrikelnummer: 11321064

Murnauer Straße 261, 81379 München

gabrielwonn@hotmail.de

München, Oktober 2020

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Theorie	5
2.1 Historie der Wende – Zeitlicher Ablauf und Hintergrundthesen.....	5
2.2 Die Rolle von Medien in gesellschaftlichen Wandlungsprozessen.....	16
2.3 Die Medien in der Wende: Forschungsstand und Thesen	20
2.4 Diskurstheorie nach Foucault	25
2.5 Kategoriensystem	29
3. Methode.....	34
3.1 Qualitative kategoriengeleitete Inhaltsanalyse	34
3.2 Untersuchungsgegenstände	35
3.3 Untersuchungsablauf	42
4. Ergebnisse.....	46
4.1 Der Reformdiskurs	46
4.2 Der Vereinigungsdiskurs	51
4.2.1 Der Anschluss-Diskursstrang	54
4.2.2 Der Symbiose-Diskursstrang.....	58
4.3 Medienporträts.....	63
4.4 Die Entwicklung der Diskurse im zeitlichen Verlauf.....	75
4.5 Die Ostmedien	79
5. Fazit	90
Literaturverzeichnis.....	95
Zitierte Beiträge aus dem Material	100
Abbildungsverzeichnis	107
Bildquellen	107
Anhang	109

1. Einleitung

„Warum wir andauernd auf Egon Krenz herumhacken? Und den Bürgern der DDR so gerne gute Ratschläge geben, wie sie die Sache mit der Freiheit jetzt anzugehen hätten? Ganz einfach: Wir Journalisten leiden unter einem ungeheuren Weltverbesserungsdefizit. Seit Jahren und Jahrzehnten drängt es uns, der Gerechtigkeit zum Sieg zu verhelfen (...). Wenn diese wunderbaren Antriebe sich lange Zeit kaum entfalten ließen, so liegt das keineswegs an unserer mangelnden Zivilcourage, sondern daran, daß wir hier bekanntlich in der besten aller Welten leben - und in der fanden Weltverbesserer wie wir keine Aufgabe mehr.“ (*Süddeutsche Zeitung* vom 10.11.1989: 1)

„So war es für alle schwer, sich ein fundiertes Bild zu machen. Die Rolle von Fake News und Medien als Stimmungsmacher in diesen Wochen ist noch nicht untersucht.“ (Dahn 2020: 27)

Als Anfang September 1989 einige Tausend DDR-Bürger auf Initiative relativ kleiner Protestgruppen zu Kundgebungen an der Leipziger Nikolaikirche zusammenkamen, konnte niemand ahnen, dass die hieraus resultierenden und immer größer werdenden „Montagsdemonstrationen“ (Czaplicki 2000: 48-49) einmal sowohl als verantwortlich für den Sturz des politischen Systems der DDR als auch als Startschuss für die Vereinigung beider deutscher Staaten in die Geschichte eingehen würden. Dies war für die oppositionellen Bewegungen nicht nur unvorhersehbar, es war vor allem auch nicht von ihnen gewollt: „Stattdessen strebte man eine souveräne DDR an, in der ein reformierter Sozialismus verwirklicht werden sollte“ (ebd.: 50). Dass diese Zielsetzung durchaus auch in der übrigen Bevölkerung verankert war, zeigen entsprechende Umfragezahlen: am 15.11.1989, kurz nach dem Mauerfall, sprachen sich ganze 86 Prozent der Befragten im Rahmen einer Umfrage des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig für einen reformierten Sozialismus aus; die Zustimmung für den kapitalistischen Weg der BRD lag bei 5 Prozent (vgl. u.a. Bartnik 2007, Dahn 2019). Als die gleiche Befragung am 26.01.1990 durchgeführt wurde, war die Zustimmung für die Reformen auf 55 Prozent gesunken, während schon 30 Prozent die Idee des kapitalistischen Systems befürworteten (vgl. u.a. Bartnik 2007). Dieser Trend, der sich in detaillierterer Form auch in dem sich auf Demoskopie konzentrierenden Werk „DDR zwischen Wende und Wahl“ (Förster/Roski 1990) finden lässt, setzte sich schließlich so weit fort, bis zur Überraschung aller Meinungsforscher das für einen Anschluss der DDR an die BRD werbende Bündnis der Unionsparteien („Allianz für Deutschland“) in Konkurrenz zu den Hauptvertretern des Ideals einer neuen gemeinsamen Verfassung, der SPD, die letzte Volkskammerwahl gewann – mit beinahe absoluter Mehrheit (vgl. Czaplicki 2000: 62). Es ist offensichtlich, dass sich die Wahrnehmung der Ostdeutschen bezüglich ihrer eigenen Lage und der sich für sie ergebenden Perspektiven so grundlegend verändert hatte, dass mit den Reformbewegungen am

Ende „ausgerechnet diejenigen ins Hintertreffen [gerieten], die als erste den Schritt auf die Straße gewagt hatten“ (*Spiegel* vom 19.03.1990: 29).

Die Frage nach dem Warum wird hierbei vornehmlich von Historikern und Politikwissenschaftlern beantwortet, die primär die Chronologie der Ereignisse als Erklärung heranziehen (vgl. Großmann 2015: 12). Geht man jedoch von der Annahme aus, dass sich Menschen gerade im Rahmen solch unüberschaubar großer Ereignisse eine Realität nur anhand der ihnen zur Verfügung stehenden Massenmedien konstruieren können bzw. dass Medien demzufolge die Realität und damit weitere Ereignisse erst erschaffen, ergibt sich daraus auch und besonders für die Kommunikations- und Medienwissenschaft die Aufgabe, den Stimmungswandel innerhalb der DDR zu untersuchen. In diesen Zusammenhang ist der vorherrschende an kommunikationswissenschaftlicher Forschung bezüglich dieses Themas bemerkenswert. Die wenigen, aber nichtsdestotrotz äußerst gehaltvollen Studien (v.a. Großmann 2015, Czaplicki 2000) behandeln zudem eher die allgemeine Rolle bzw. das Wirkungspotenzial der Medien in der Wendezeit und konzentrieren sich weniger auf konkrete Medieninhalte. Diese Lücke, die auch in subjektiver Formulierung in der eingangs zitierten Äußerung von Daniela Dahn (Dahn 2020: 27) anklingt und die die Relevanz dieser Studie aufzeigt, möchte ich anhand der vorliegenden Arbeit zumindest teilweise schließen. Hierbei geht es mir um eine Rekonstruktion des gesellschaftlichen Debattenklimas, die plausible Rückschlüsse auf den Meinungsumschwung vieler DDR-Bürger ermöglicht.

Hierzu führe ich eine qualitative kategoriengeleitete Inhaltsanalyse durch, die sich vornehmlich auf BRD-Leitmedien und deren Beiträge stützt. Dabei ist es zweitrangig, welche dieser Medien im Untersuchungszeitraum vom 09.10.1989 (Ein Monat vor Mauerfall; Demonstrationen werden sehr groß) bis zum 18.03.1990 (Tag der Volkskammerwahl) tatsächlich von DDR-Bürgern rezipiert wurden: ich gehe von einem entscheidenden Einfluss der sogenannten „Leitmedien“ (oder auch „Meinungsführermedien“) auf die Inhalte kleinerer Medien und demzufolge auf die gesamtgesellschaftliche Debatte aus (vgl. u.a. Müller/Ligensa 2009: 15-16; Wilke 2009: 29-52). Die Studie umfasst zunächst einmal Beiträge aus *Tagesschau*, *BILD-Zeitung*, *SPIEGEL* und *Süddeutscher Zeitung*. Auf Basis der Diskurstheorie von Michel Foucault (Foucault 1981) suche ich dort nach Diskursen in der Medienlandschaft. Da Diskurse laut Foucault als „Praktiken zu behandeln [sind], die systematisch die Gegenstände bilden von denen sie sprechen“ (ebd.: 74), gehe ich in meinem Fall davon aus, dass erst die Existenz dieser medialen Diskurse und deren Verhältnis zueinander im Endeffekt die Wende, so wie wir sie heute aus Geschichtsbüchern kennen, produziert haben – und eben nicht eine andere oder

überhaupt keine. Wie im selbstironischen Eingangszitat aus dem „Streiflicht“ der SZ (*Süddeutsche Zeitung* vom 10.11.1989: 1) angeklungen, sind hierbei – bewusst oder unbewusst – weltanschauliche oder gar taktische Motive zu vermuten (vgl. Dahn 2020: 27 und noch stärker Müller 2019: 63-69). Anschließend werden außerdem die DDR-Zeitungen *Neues Deutschland* und *Berliner Zeitung* auf die Frage hin untersucht, inwieweit sich die in Westmedien gefundenen Diskurs in DDR-Medien niedergeschlagen haben. Sind dort eigene Diskurse zu finden oder ist eher das Verhältnis der bereits identifizierten Diskurse zueinander ein anderes? Gibt es überhaupt Unterschiede? Zusammengefasst: es sollen am Ende die existierenden Diskurse in der Medienlandschaft ermittelt und in ein solches Bedeutungsverhältnis zueinander gesetzt werden, dass sich tendenzielle Rückschlüsse auf die Rolle der Medien innerhalb der „Wende während der Wende“ (Bartnik 2017) ziehen lassen können. Hierbei wird die Entwicklung der Diskurse über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg von entscheidender Bedeutung sein.

Dem Verständnis der Wissenssoziologie folgend, innerhalb derer es generell „kein Wissen ohne Subjekt“ (Meyen et al. 2011: 33) gibt, gehe ich davon aus, dass subjektives individuelles Wissen die Untersuchung eines Gegenstands maßgeblich beeinflusst. Daraus ergibt sich im Umkehrschluss die Notwendigkeit, meine eigene Position und Motivation bezüglich dieser Studie offenzulegen. Zunächst einmal ist hierbei sowohl die zeitliche als auch die räumliche Distanz wesentlich: zum einen wurde ich geboren, als es die Deutsche Demokratische Republik bereits nicht mehr gab, zum anderen hätte ich als Saarländer innerhalb der BRD wohl kaum weiter entfernt vom ehemaligen DDR-Staatsgebiet aufwachsen können. Mein Wissen über das „andere Deutschland“ sowie über die Motive und den Ablauf der Wende speiste sich für einen Großteil meines bisherigen Lebens aus dem Bild, das Schulbücher und eben auch die Medien vermittelten: Lebensmittelknappheit, Bespitzelung und in einer Diktatur eingesperrte Menschen als Gründe dafür, dass zusammengefasst ein gesamtes Volk kollektiv in den Westen wollte und sich schließlich in einer friedlichen Revolution selbst befreite, weswegen nach Willy Brandts Zitat (vgl. u.a. Bannas auf *faz.net* vom 14.04.2014) das zusammenwuchs, was ohnehin zusammengehörte. Diese Vorstellung mündete in das Bild einer am Ziel angekommenen Gesellschaft, die alle Lasten der Vergangenheit überwunden hatte (vgl. Meyen 2020). Auch wenn ich schon damals ein solches Gesellschaftsbild prinzipiell für utopisch hielt: als ich mich sowohl im Rahmen eines Universitätsseminars als vor allem aber auch innerhalb meiner Bachelorarbeit (Wonn 2018) mit der DDR-Journalistenausbildung beschäftigte, wurde mir klar, wie wenig ich tatsächlich über den vergangenen Staat wusste. Zudem war die Einheit in der Form, in der sie stattgefunden hatte, in breiten Teilen des kollektiven Gedächtnisses so

selbstverständlich geworden, dass die potenziellen Alternativen hierzu in meiner Wahrnehmung bis dahin nicht existent waren. Ebendieser Fakt begründet schon mein Interesse und meine Neugier bezüglich des Themas: Wenn es dann vermutlich auch mehrere mediale Diskurse über die „richtige Lösung“ für die Ausgestaltung von Wende und Vereinigung gegeben haben sollte, was hat dann letztlich dazu geführt, dass sich die Lösung durchsetzen konnte, die wir heute kennen? Welche Strategien verschiedener medialer und politischer Akteure lassen sich erkennen?

Um mich diesen Fragen anzunähern, werde ich im Theorieteil zunächst den historischen Ablauf der relevanten Ereignisse umreißen und hierbei ebenjene Thesen diskutieren, die der Berichterstattung der Westmedien eine weltanschauliche und/oder taktische Motivation zuschreiben und damit einen wesentlichen Untersuchungsgrund für diese Studie liefern. Anschließend werde ich theoretische Grundlagen bezüglich der Rolle von Medien in gesellschaftlichen Wandlungsprozessen erörtern und anhand des bisherigen Forschungsstands verschiedene Positionen und Studienergebnisse einander gegenüberstellen. Der Theorieteil wird durch die Präsentation der vor allem in seiner „Archäologie des Wissens“ (Foucault 1981) dargelegten Diskursanalyse von Foucault sowie des aus dieser Theorie abgeleiteten qualitativen Kategoriensystems abgerundet. Im Methodenteil übersetze ich die Theorie in die Praxis: ich beschreibe sowohl die Untersuchungsgegenstände und den Materialzugang als auch meine insgesamt Vorgehensweise. Im Ergebnisteil erfolgt eine umfangreiche Präsentation der Ergebnisse, ehe ein abschließendes Fazit zur Untersuchung gezogen wird.

2. Theorie

2.1 Historie der Wende – Zeitlicher Ablauf und Hintergrundthesen

„Zum Beispiel die Vereinfachung, dass die DDR ausschließlich an sich selbst zugrunde gegangen sei. Ich sage: auch, aber eben nicht nur an sich selbst. Vor allem beantwortet eine solche Auslegung nicht die Frage, wie es dazu kam, dass aus der breiten demokratischen Bewegung ‚Wir sind das Volk!‘, die für eine reformierte DDR eintrat, ein Konteraufmarsch mit dem Slogan ‚Wir sind ein Volk!‘ wurde. Die Initialzündung dafür kam aus westlicher Richtung, fast zeitgleich mit den deutschen-nationalistischen Tönen Helmut Kohls in seiner Bundestagsrede Ende November. Das ist keine Vermutung. Ich habe es aus eigenem Wissen.“ (Krenz 2014: 9)

Dass Egon Krenz als langjähriger SED-Funktionär und letzter Staatsratspräsident der DDR logischerweise eine subjektive und ideologisch geprägte Perspektive hinsichtlich des Untergangs seines Staates (und damit auch des Manifests seiner Weltanschauung) in seine Erinnerungen einbringt, ist ebenso wie der Fakt, dass sein „eigenes Wissen“ kaum nachprüfbar ist, nicht von der Hand zu weisen. Dennoch trifft Krenz in auffälliger Art und Weise mit seiner Aussage vor allem insofern den Kern dieser Untersuchung, als dass er die entscheidende Entwicklung innerhalb der DDR-Demonstrationen klar benennt: Wie wurde aus dem auf Reformen abzielenden „Wir sind das Volk“ das die Einheit anstrebende „Wir sind ein Volk“? Hierbei ist interessant, dass der Dokumentar der partei- und regierungsinternen Gespräche und Handlungen der letzten Tagen der DDR (vgl. Krenz 1990, Krenz 2014) nicht der einzige damals politisch Aktive ist, der von einer Einflussnahme des Westens und seiner Medien auf den Stimmungswandel seitens der DDR-Bürger spricht (vgl. Dahn 2020: 27, Müller 2020: 63-69). Um diese These und die sich daraus ableitenden unterschiedlichen Perspektiven bezüglich Intentionen und Handlungsweisen der Medien nachvollziehen zu können, muss dieser historische Zeitpunkt in den Kontext der vorherigen sowie der daraufhin folgenden Ereignisse eingeordnet werden. Kapitel 2.1 soll dementsprechend im Wesentlichen sowohl den zeitlichen Ablauf der Geschehnisse zwischen dem 09. Oktober 1989 und dem 18. März 1990 anhand der Herausarbeitung von Schlüsselereignissen beschreiben als auch verschiedene Blickwinkel hierauf portraituren.

Nachdem noch zwei Tage zuvor in großer offizieller Manier der vierzigste Geburtstag der Deutschen Demokratischen Republik gefeiert wurde, offenbart sich am 09.10.1989, dass der Graben zwischen Regierung und Bevölkerung tiefer und bedeutender ist, als sich die SED-Führung und vor allem der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker vorstellen mögen. Infolge der ohnehin lauter werdenden Proteste findet in Leipzig die „größte Protestdemonstration der DDR seit dem 17. Juni 1953“ statt (Bahmann/Links 1990: 18). Geschätzte 70.000 bis 100.000 (vgl.

unterschiedliche Schätzungen bei Bahrmann/Links 1990: 18 oder Czaplicki 2000: 49) Menschen skandieren den in diesen Tagen wegweisenden Slogan „Wir sind das Volk“; eine Losung, die deshalb so schlagkräftig ist, weil sie die „Grundfesten der oft beschworenen Einheit von Partei und Volk“ (Bahrmann/Links 1990: 18) erschüttert – und damit den bisherigen Regierungsstil vollkommen delegitimiert. Der Satz, der laut diverser Berichte bereits vor diesem Datum aufgekommen war und zumindest bis zum 02. Oktober zurückverfolgt werden kann (vgl. Stadler auf *SZ-Online* am 02.10.2004, Bartnik 2007: 7), ist als symbolisch für den Willen nach Reformen zu begreifen. Doch wie konnte sich ein solcher nun immer deutlicher artikulierter Reformwille überhaupt entwickeln?



Abbildung 1: Egon Krenz verkündet wenige Wochen vor seiner Wahl zum Generalsekretär der SED das Wahlergebnis der DDR-Kommunalwahlen 1989. Den Vorwurf der eigenen Verwicklung in Wahlmanipulationen wird er in seinen späteren Büchern von sich weisen, aber das Wahlsystem als solches scharf kritisieren (vgl. Krenz 1990: 128-129).

Dass zumindest in Teilen der Bevölkerung eine über längere Zeit gewachsene Unzufriedenheit besteht, kann schon aus der reinen Existenz der Montagsdemonstrationen abgeleitet werden, im Rahmen derer sich Menschen zum Protest versammeln, obwohl zu diesem Zeitpunkt mit staatlicher Gewalt und möglicherweise sogar einer „chinesischen Lösung“ zu rechnen ist (vgl. Bahrmann/Links 1990: 16). Doch dass gerade in dieser Situation aus den kleinen lokalen Gruppierungen, die oft unter dem Schutz der

evangelischen Kirche stehen, ein Ventil für die Unzufriedenheit Zehntausender wird, hängt von mehreren Faktoren ab (vgl. Czaplicki 2000: 46-47). Erstens verliert die DDR in dieser Zeit über 10.000 Bürger in Gestalt von Botschafts- und Grenzflüchtlings – Tendenz stetig steigend. Spätestens der Beitritt Ungarns zur Genfer Flüchtlingskonvention am 12. Juni 1989 wird von einer zunehmenden Masse an Menschen für die Ausreise über Ungarn nach Österreich und in die Bundesrepublik genutzt. Dieser Exodus fungiert als Motor der Protestbewegung: zum einen, weil er die Ohnmacht der Regierung aufzeigt, zum anderen, weil sich hieraus die im Protestruf „Wir bleiben hier“ manifestierte Forderung nach solidarischer Verbesserung des Staates anstelle einer übereilten Flucht bildet (vgl. ebd.: 36-47). Zweitens steht seit dem 07. Mai 1989 der dringende Verdacht der Wahlmanipulation seitens der Regierung im Raum: bei den Kommunalwahlen erhielt die *Nationale Front der DDR* (der Zusammenschluss der Blockparteien als machterhaltendes Mittel der SED) offiziell beinahe 99 Prozent der Stimmen – obwohl es nach Aussagen von Beobachtern eine Vielzahl ungültiger Stimmen gab (laut

Oppositionsbewegung *Demokratie jetzt* zwischen 10 und 20 Prozent in den großen Städten) (ebd.: 47). Drittens ist die Reaktion der SED-Regierung auf die Proteste von elementarer Wichtigkeit. Dass beispielsweise die „bedeutendste Gruppierung der Bürgerbewegung“ (ebd.: 49), das am 09. September gegründete *Neue Forum*, lange nicht anerkannt oder dass auf die Bewegungen mit verdeckten Drohungen geantwortet wird, sind politische Signale, die schließlich in den Jubiläumsfeiern zum 40. Jahrestag der DDR am 06. und 07. Oktober ihren für die Demonstranten provozierenden Höhepunkt erreichen (ebd.: 47-48). Vor allem Erich Honeckers Festrede, in der er die auch in diesem Moment im Land stattfindenden Proteste keines Wortes würdigt, demonstriert für diese die Uneinsichtigkeit und die Reformunfähigkeit der Regierung. Egon Krenz beschreibt diese Momente aus seiner Sicht folgendermaßen:

„Viele erwarten jetzt, dass Erich Honecker am 6. Oktober in der Festansprache (...) ein offenes Wort zur aktuellen Lage sagt. Alle werden enttäuscht. Es wird die Rede eines körperlich Kranken und politisch Uneinsichtigen. Mir ist unwohl bei der Festveranstaltung. Im Politbüro war zuvor Honeckers Rede bestätigt worden. Niemand von uns kann sich damit herausreden, er habe sie nicht gekannt. Wir leben noch immer in der Illusion, dass sich die gesellschaftlichen Konflikte und deren Lösungen bis nach den Feierlichkeiten verschieben lassen.“ (Krenz 2014: 131)



Abbildung 2: Militärparade zum 40. Jahrestag der DDR (07.10.1989). In der ersten Reihe das sowjetische Staatsoberhaupt Michail Gorbatschow (2.v.l.) neben Erich Honecker (3.v.l.).



Abbildung 3: Die Kehrseite der Feierlichkeiten: Während offiziell gefeiert wird, wenden sich die Demonstranten direkt an den hohen Gast aus Moskau. Gorbatschow steht mit Glasnost und Perestroika für Reformen und wird somit zum Hoffnungsträger der Oppositionellen.

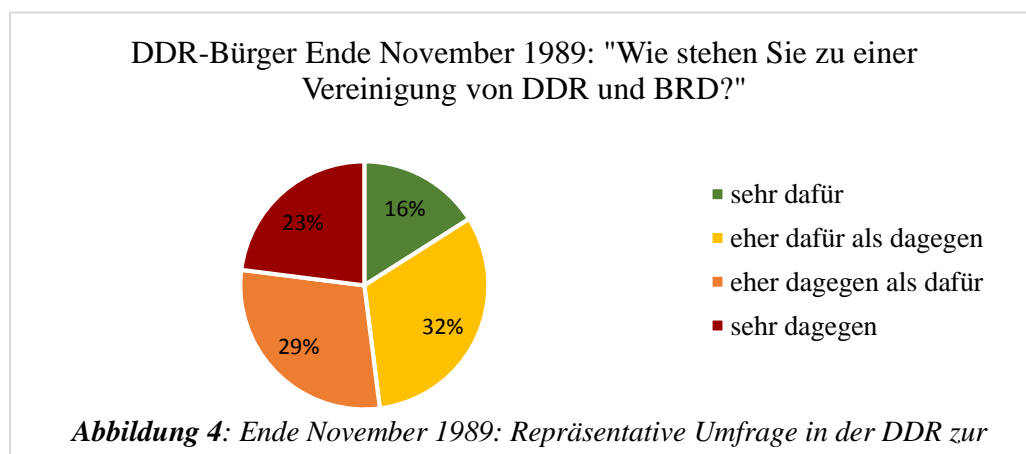
Krenz ist bald darauf selbst in der Position, diese Illusion zu beenden. Infolge der andauernden und immer offensiver werdenden Proteste und der damit verbundenen Erhöhung des Drucks auf die Regierung (vgl. Bahrmann/Links 1990: 18-36) löst er am 18. Oktober Erich Honecker als Generalsekretär der SED ab und wird kurz darauf nach Walter Ulbricht, Willi Stoph und eben jenem Honecker der vierte und letzte Staatsratspräsident der DDR. Der Machtwechsel, der von Honecker selbst offiziell mit seinem schlechten Gesundheitszustand begründet wird, ist

tatsächlich eine von Krenz genau dokumentierte Entmachtung und stellt nach dem 09. Oktober ein weiteres Schlüsselereignis für diese Untersuchung dar. Krenz nimmt nämlich im Nachhinein nicht nur für sich in Anspruch, für die Abwesenheit staatlicher Waffengewalt gegenüber den Demonstranten und damit letztendlich für den friedlichen Charakter der Revolution maßgeblich verantwortlich zu sein (Krenz 2014: 144), sondern auch, dass er tatsächlich demokratische Reformen für die DDR gewollt habe (das Wort „Wende“ fällt zum ersten Mal in seiner Fernsehansprache an ebendiesem 18. Oktober; vgl. Bahrmann/Links 1990: 39). Dass dieser Reformwille nicht von Erfolg gekrönt war, erklärt er neben dem Eingeständnis persönlicher Fehler zum einen damit, dass die Dynamik schon zu weit fortgeschritten war, um sie noch wirklich aufhalten zu können (vgl. Krenz 2014: 419). Zum anderen aber nimmt er die Westmedien ins Visier: er beklagt, zusätzlich zu zahlreichen privaten sowie gesundheitlichen Unterstellungen immer als „Kronprinz Honeckers“ und „Hardliner“ (Krenz 1990: 114) dargestellt worden zu sein und dadurch in der Wahrnehmung vieler Menschen nie eine Chance erhalten zu haben. Dies wirft die Frage auf: Welches Bild haben die Westmedien tatsächlich von Egon Krenz, dem selbsterklärten Reformier, gezeichnet? Seine Amtszeit jedenfalls währt nur kurz: bereits 50 Tage nach seinem Antritt sieht er am 06. Dezember keine andere Möglichkeit mehr als den Rücktritt (vgl. Krenz 1990: 243-244).

Tatsächlich überschlagen sich die Ereignisse in diesen Tagen auf eine unvorhergesehene Art und Weise. Vor allem der als Tag des „Mauerfalls“ bekannte 09. November markiert nicht nur ein seither in der deutschen Historie besonders wegweisendes Datum, sondern auch im Rahmen dieser Analyse ein Schlüsselereignis von spezieller Bedeutung. Als Politbüromitglied Günter Schabowski am Abend eine Pressekonferenz gibt, teilt er gegen Ende „offenbar unbeabsichtigt mit, daß die DDR die Grenzen geöffnet habe“ (Bahrmann/Links 1990: 92). Nach heutigem Kenntnisstand handelt es sich hierbei wohl um das Versehen Schabowskis, einen dementsprechenden Beschluss sowohl missverständlich als auch einen Tag zu früh verkündet zu haben (vgl. Czaplicki 2000: 59) – eine These, die Egon Krenz im Nachhinein bestätigt (vgl. Krenz 2014: 321-322). Ob man die Grenzöffnung als wirklichen Willen zu Reformen oder kritisch als Versuch „zweier politischer Dilettanten“ interpretiert, unter Druck „den Kessel kurzzeitig [zu] öffnen, um ihn dann wieder hermetisch abzuschließen“ (Kowalczuk 2019: 36), kann sicherlich diskutiert werden. Dass aber die Beteiligten „nicht einmal ansatzweise mit diesen Folgen gerechnet hätten“ (ebd.: 36), kann man wohl mit Sicherheit behaupten. Denn den sich wenige Stunden später an den Berliner Grenzübergängen zu Tausenden sammelnden BürgerInnen ist es gleichgültig, „ob es sich um ein Gerücht, einen Versprecher oder tatsächlich um eine gültige Entscheidung handelt“ (Bahrmann/Links 1990: 92). Der Druck auf die

überforderten Grenzsoldaten wird zu groß: in der Nacht vom 09. auf den 10. November 1989 wird in Gestalt der Grenzübergänge die Berliner Mauer geöffnet (vgl. Czaplicki 2000: 59).

Die Bilder feiernder Menschen gehen um die Welt. Doch die für meine Analyse entscheidende Veränderung scheint es infolge dieses Tages nach und nach innerhalb der DDR-Protestbewegung zu geben. Eine neue Losung erscheint auf den Straßen: „Wir sind ein Volk“ nimmt den Platz auf den Schildern ein und verdrängt zunehmend „Wir sind das Volk“ (vgl. Fischer 2014). Während der Demonstrationen, die ursprünglich auf grundlegende Reformen ihres sozialistischen Staates abzielten, wird nun auch der Gedanke an eine mögliche deutsche Einheit artikuliert. Bevor ich auf eventuelle Gründe hierfür eingehe und dabei auch kritische Stimmen zu Wort kommen lasse, soll es zunächst um die Folgen dieser Entwicklung gehen. Denn die Frage nach der Zukunft der DDR ist nun vollkommen offen. Es bilden sich drei Lösungen heraus: eine reformierte sozialistische DDR (mit oder ohne SED-Führung), eine kapitalistische Vereinigung im Sinne der BRD oder ein „Dritter Weg“, der die Vision eines neuen Staates „jenseits der bestehenden Systeme in der DDR und der Bundesrepublik“ diskutiert (Czaplicki 2000: 55). Auf Basis dieser Positionen entbrennt ein Wahlkampf, der zunehmend von den Westparteien geprägt wird, für die sich der Erfolg im Osten rasch als entscheidend für die Bundestagswahl 1990 und die folgenden Jahre herauskristallisiert. Dieser Wahlkampf, der auf die vorverlegte DDR-Volkstammerwahl am 18. März 1990 hinarbeitet, bildet das letzte übergeordnete Schlüsselereignis dieser Untersuchung. Denn im Rahmen des Wahlkampfes findet der Stimmungsumschwung statt, den ich erforsche. Als DDR-BürgerInnen Ende November 1989 repräsentativ befragt werden, wie sie zu einer Vereinigung stehen, sind nur 16 Prozent klar dafür. Und obwohl 32 Prozent zumindest „eher dafür als dagegen sind“, ist die Einigkeit über die Systemfrage relativ groß: ganze 86 Prozent wollen einen reformierten Sozialismus, während gerade einmal 5 Prozent einen kapitalistischen Weg bevorzugen (siehe Abb. 4 und Abb. 5).



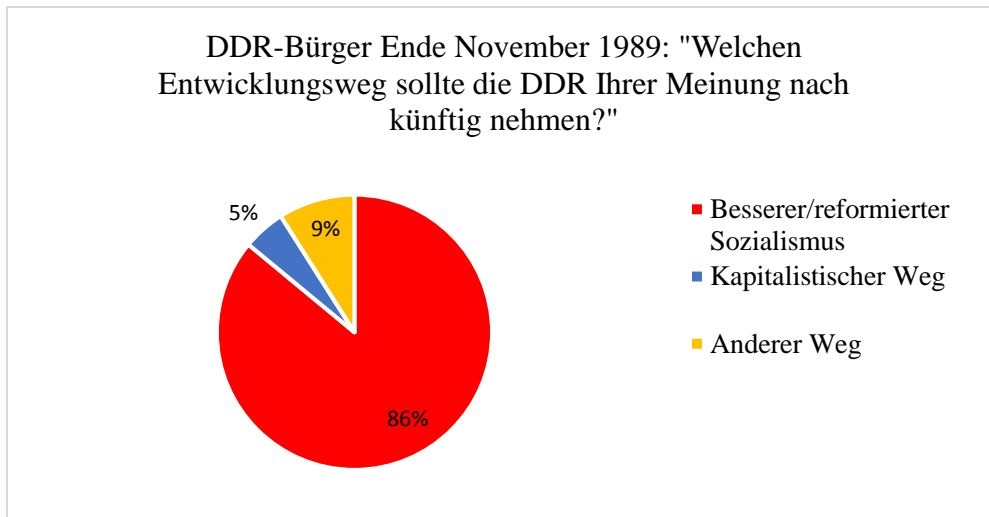


Abbildung 5: Ende November 1989: Repräsentative Umfrage in der DDR zur künftigen Systemfrage (Eigene Darstellung nach Förster/Roski 1990: 56)

Zu diesem Zeitpunkt scheint es also für die Bürger eher um die Frage zu gehen, wie sich ihr sozialistisches System reformieren kann. Hierbei steht vor allem die SED in der Pflicht. Sie muss beweisen, dass sie zu der „Wende“, die Egon Krenz angesprochen hat, in der Lage ist – und dass sie angesichts der wachsenden Opposition überhaupt noch dafür gebraucht wird. Durch die Wahl des beliebten Hans Modrow zum Premier einer neuen Regierung (vgl. Bahrmann/Links 1990: 111-113) und die Teilnahme am „Runden Tisch“, einer neuen Dialogform zwischen Vertretern der SED sowie anderer Parteien und Oppositionsgruppen (vgl. ebd. 174), wird versucht, Vertrauen zu gewinnen. Doch die Situation scheint der Regierungspartei immer weiter zu entgleiten. Und auch die Protestbewegung gibt kein einheitliches Bild mehr ab: „Was vor kurzem noch eine scheinbar relativ homogene Masse war, fiel plötzlich in viele kleine Gruppen auseinander (...)“ (Lindner 1992: 222). An die Stelle des anfänglich so vehement demonstrierten Reformwillens tritt bei den BürgerInnen offenbar immer stärker der Wunsch nach einer deutschen Einheit. Als zwischen Ende Januar und Anfang Februar 1990 (im Volkskammerwahlkampf) von denselben Demoskopern die gleiche repräsentative Umfrage wie im November erstellt wird, sind die Ergebnisse bemerkenswert: während fast 80 Prozent der Befragten nun hinsichtlich der Vereinigung „sehr dafür“ oder „eher dafür als dagegen“ sind (siehe Abb. 6), befürworten nun auch 31 Prozent den kapitalistischen Weg (siehe Abb. 7).

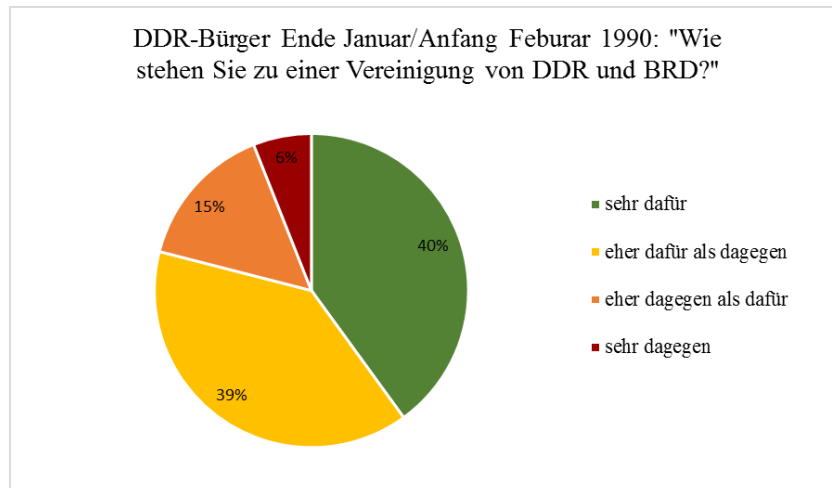


Abbildung 6: Ende Januar/Anfang Februar 1990: Repräsentative Umfrage in der DDR zur Vereinigungsfrage (Eigene Darstellung nach Förster/Roski 1990: 53)

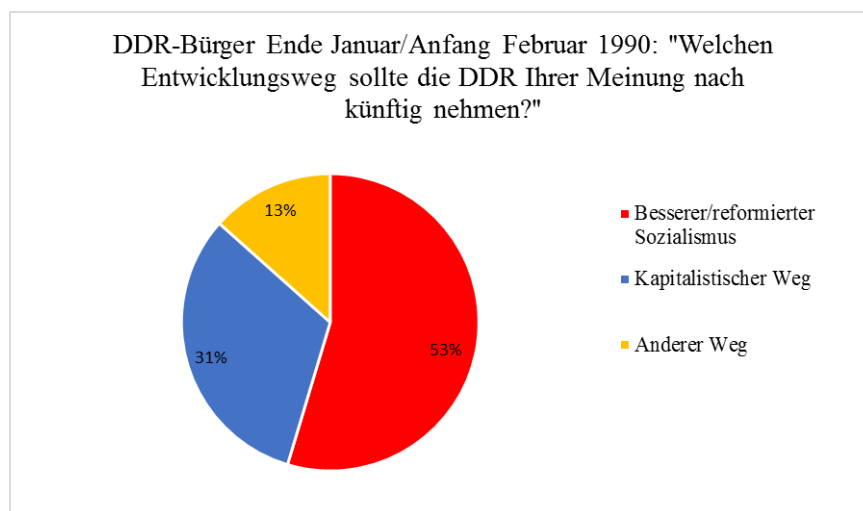


Abbildung 7: Ende Januar/Anfang Februar 1990: Repräsentative Umfrage in der DDR zur künftigen Systemfrage (Eigene Darstellung nach Förster/Roski 1990: 56)

Während die neu gegründete sozialdemokratische Partei der DDR für ihren Volkskammerwahlkampf auf westdeutsche SPD-Prominenz wie etwa Willy Brandt zurückgreift (vgl. Müller 2019: 67), formiert sich unter Führung der Ost-CDU und mit Unterstützung von Bundeskanzler Kohl die „Allianz für Deutschland“ (vgl. Czaplicki 2000: 62). Diese beiden Akteure, SPD und Allianz, stehen, wenn auch in unterschiedlicher Form, für die Einheit. Dass diese kommen wird, scheint ohnehin zunehmend als Selbstverständlichkeit betrachtet zu werden: „Der Wahlkampf war allein geprägt von der Frage, wie die deutsche Einheit gestaltet werden könne“ (Kowalczyk 2019: 46). Die an der Souveränität festhaltenden SchriftstellerInnen, Intellektuellen und Oppositionsgruppen (also: die ursprüngliche Bürgerrechtsbewegung) sowie die mittlerweile in „PDS“ umbenannte SED geraten ins

Hintertreffen (vgl. *SPIEGEL* vom 19.03.1990: 29; Förster/Roski 1990: 147). Stattdessen weisen alle Prognosen auf einen relativ deutlichen Wahlsieg der Sozialdemokraten hin, die mit ihrer traditionellen regionalen Verankerung (vgl. Müller 2019: 68) und ihrem auf schrittweiser Annäherung und gemeinsamen Verhandlungen basierenden Vereinigungsprogramm gegenüber der Allianz für Deutschland, die die schnelle Lösung eines direkten Anschlusses der DDR an die BRD inklusive sofortiger und gleichwertiger Einführung der D-Mark verspricht, als Favoriten gelten (vgl. Kowalczyk 2019: 46). Beide Lösungen sind insofern denkbar, als dass das Grundgesetz der BRD hinsichtlich einer möglichen Vereinigung Interpretationsspielraum zulässt: während Artikel 23 den direkten Beitritt der DDR an den Geltungsbereich des Grundgesetzes nahelegt, fordert Artikel 146 eine auf Augenhöhe gemeinsam erarbeitete und durch eine Nationalversammlung ratifizierte sowie in einer Volksabstimmung bestätigte neue Verfassung (vgl. Czaplicki 2000: 63). Am Wahltag ist die Überraschung unter DemoskopInnenen und Experten groß: die konservative Allianz gewinnt das Rennen mit satten 48 Prozent, während die SPD auf gerade einmal 21,9 Prozent der Stimmen kommt (vgl. ebd.: 62). Der Grundstein für die Vereinigung, wie wir sie heute kennen, ist gelegt. Noch im gleichen Jahr, am 03. Oktober 1990, werden BRD und DDR unter dem fortan als „Kanzler der Einheit“ bekannten Helmut Kohl (vgl. u.a. Dahn 2020: 58) durch die Erweiterung des BRD-Staatsgebiets um das Territorium der DDR vereinigt (vgl. Czaplicki 2000: 67).



Abbildung 8: Die Wahlgewinner Lothar de Maiziere (li.) und Helmut Kohl (re.) stoßen auf den Staatsvertrag zwischen BRD und DDR an, der die Vereinigung beider Staaten vorbereitet. Kohl war am Tag des Mauerfalls bei der offiziellen Kundgebung am Schöneberger Rathaus in Westberlin noch ausgepiffen worden (vgl. Bahrmann/Links 1990: 96).



Abbildung 9: Die Wahlverlierer Willy Brandt (li.) und Ibrahim Böhme (re.) im Wahlkampf 1990. Brandt hatte bei ebenjener Kundgebung am Schöneberger Rathaus noch begeisterte Zustimmung erhalten (vgl. Bannas auf faz.net vom 14.04.2014).

Die Frage nach Gründen für den sich nun in dieser entscheidenden Wahl zementierten Stimmungswandel wird unterschiedlich beantwortet. Der DDR-Historiker Ilko-Sascha

Kowalczuk beispielsweise erklärt ihn, seiner Profession folgend, ausschließlich und in gängiger Art und Weise anhand historischer Ereignisse: eine „große Mehrheit“ an BürgerInnen, die nach „entbehrungsreichen Jahren, in denen sie von einer extrem autoritären Herrschaft wie Mündel gehalten wurde, (...) wollte alles sofort: Freiheit, Einheit, Wohlstand. Genug der Entbehrungen, es war Zeit für Geschenke von den Brüdern und Schwestern“ (Kowalczuk 2019: 71). Gegen den „Populismus“ der Unionsparteien (ebd.: 46) im Wahlkampf hatten daher Sozialdemokraten und erst recht die Gruppe an DDR-Intellektuellen mit ihrer Vorstellung eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ keine Chance – „Die Massen erreichten sie so nicht mehr“ (ebd.: 71). Mehr noch: der ursprünglich diesbezüglich zögernde Kohl „erlag dem Druck der Straße“ und „forcierte das Tempo der Einheit“ deshalb, weil die nach den revolutionären Vorgängen ermutigten und nach diversen Enthüllungen über Stasi-Akten wütenden DDR-BürgerInnen diese immer vehementer forderten (ebd.: 44-46). Während also die Medien offenbar keinen Platz in Kowalczuks historischer Analyse finden, bescheinigen andere ZeitzeugInnen ebendiesen durchaus eine mehr oder weniger erhebliche Beteiligung. Die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin Daniela Dahn (Neues Forum) beispielweise schlägt äußerst kritische Töne an, wenn sie auch die Medien dafür verantwortlich macht, dass die Menschen „glaubten, das Kapital zu wählen“ und stattdessen die „Kapitulation“ wählten (Dahn 2020: 33). Sie bezeichnet die Einheit generell als „eine feindliche Übernahme auf Wunsch der Übernommenen. Für die Sieger war das Schönste an der friedlichen Revolution, dass sie nichts revolutionierte. Das Neue bestand darin, den alten Spielregeln beizutreten. Kaufen und sich kaufen lassen“ (ebd.: 13). „Gekauft“ wurden die Menschen laut Dahn hierbei vor allem von den Unionsparteien, denen ihre „Erlösungsversprechen“ im Wahlkampf gegenüber der „völlig berechtigten zögerlichen Haltung zu überstürzter Einheit“ seitens der SPD einen „Riesenvorsprung“ sicherten (ebd. 32-33). Dass ebenjene Versprechen in einer für die DDR-BürgerInnen glaubhaften und einladenden Weise vermittelt wurden, war laut Dahn auch das Werk der Westmedien. Sie stützt diese These vor allem auf die Berichterstattung bezüglich des ökonomischen Zustands der DDR: „Bankrottgerüchte waren aus politischen Gründen oft heftig überzogen, wie die Deutsche Bank später feststellte. Dazu gehörte auch der sagemumwobene Schürer-Bericht, der die DDR-Auslandsschulden auflistete, aber die Guthaben, die weit über die Hälfte davon abdeckten, aus taktischen Gründen weggelassen hatte“ (ebd.: 27). Dahn kann hierbei auch auf ein autorisiertes Interview mit Karl Otto Pöhl, dem damaligen Präsident der BRD-Bundesbank, verweisen, der die auf der Wahlkampfpolitik der Regierung basierende Währungsunion scharf verurteilt („Ich habe alleine die Idee für phantastisch gehalten“) und zudem die öffentliche Darstellung einer zahlungsunfähigen DDR als „Unverschämtheit“ bezeichnet: „Die DDR war ja nicht hoch

verschuldet, uns haben die Auslandsschulden nie beunruhigt. Und die Innenschulden waren völlig belanglos (...)" (Karl Otto Pöhl in Dahn 2020: 34). Durch die überzogene Darstellung wirkten der Anschluss an die BRD und die damit verbundene D-Mark laut Dahn bald wie die einzig vernünftige Alternative. Zusätzlich dazu zeichnet sie das Bild einer Medienlandschaft, wo jeder, „der bei ARD und ZDF in der ersten Reihe saß, (...) fast nur noch die nationale Flagge (...) und Demonstranten, die eine schnelle Einheit forderten, [zu sehen bekam], als das nachweislich noch nicht Mehrheitsmeinung war“ (ebd.: 29).

Dahn wirft den Westmedien also eine ideologisch und taktisch motivierte Schwerpunktsetzung in der Berichterstattung vor, innerhalb derer immer wieder einige Aspekte eines Themas/Ereignisses besonders hervorgehoben, während andere bewusst oder unbewusst kaum oder gar nicht behandelt wurden. Albrecht Müller geht in der Darstellung seiner Medienkritik noch deutlich weiter. Der ehemalige Wahlkampfmanager und Planungschef im Bundeskanzleramt unter Brandt und Schmidt, der während der Ereignisse der Wende noch für die SPD im Bundestag saß, unterstellt Teilen der Berichterstattung eine gezielte Manipulation der DDR-Bürger zugunsten der mehrheitlich konservativen BRD-Regierung: „Der Ruf nach der deutschen Einheit, die Veränderung der Parole von ‚Wir sind das Volk‘ zu ‚Wir sind ein Volk‘ war auch das Ergebnis einer bewussten und systematischen Kampagnenplanung, geplant und umgesetzt jedenfalls von der *BILD-Zeitung* und der CDU-Geschäftsstelle unmittelbar nach dem Mauerfall im November 1989“ (Müller 2019: 64). Natürlich könnte Müller als damaligem

SPD-Bundestagsmitglied und Wahlverlierer in der Volkskammerwahl eine persönliche Ablehnung gegenüber CDU und der als konservativ bekannten und boulevardesken *BILD-Zeitung* (siehe 3.2) unterstellt werden. Doch er kann seine Aussagen durchaus stützen. Vor allem die Aufarbeitung durch den *Deutschlandfunk* (Fischer 2014) liefert ihm einige aussagekräftige Quellen. Hier wird übrigens auch mithilfe eines kritischen Werks des renommierten Publizisten Otto Köhler (Köhler 2011) die Existenz des Slogans „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr“ anhand der im Tagebuch des CDU-Vizekanzleramtschefs Horst Teltschik auffindbaren Notizen bezüglich der Taktik zur ökonomischen Delegitimierung der DDR sowie der Tatsache, dass sich die Parole zunächst auf Transparenten mit



Abbildung 10: Das Bekanntheit erlangende schwarz-rot-goldene Plakat mit dem neuen Slogan „Wir sind ein Volk“ wird es später ins Deutsche Historische Museum in Berlin schaffen.

Bambusstöcken (absolute Mangelware in der DDR) fand, auf die Wahlkampfstrategie der Union zurückgeführt (vgl. Schmidt 2014). Doch während hier nicht explizit auf Medien eingegangen wird, findet Müller hinsichtlich des Slogans „Wir sind ein Volk“ durchaus Auffälligkeiten. So recherchiert der *Deutschlandfunk*, dass diese Parole zum fast identischen Zeitraum sowohl in der *BILD*-Chefredaktion als auch in der CDU-Zentrale entstand. Zum einen sagt Herbert Kremp, Autor des ersten diese Worte beinhaltenden *BILD*-Beitrags, aus: „Als bei den Montagsdemonstrationen der Ruf erklang ‚Wir sind das Volk!‘, war es für mich – bei meinen Auffassungen – selbstverständlich, dass ich sagte, das muss eigentlich heißen ‚Wir sind ein Volk‘. (...) Für mich war klar: die Wiedervereinigung wird kommen“ (Kremp in Fischer 2014). Zum anderen belegt Peter Radunski, Chef der Öffentlichkeitsarbeit der Bundes-CDU, für die Woche nach dem Mauerfall die Geburt einer aufwendigen und alle Landesverbände involvierenden ‚Wir sind ein Volk‘-Plakationskampagne, um zugunsten der CDU „die Meinungsführerschaft zu übernehmen“ (Radunski in Fischer 2014). Die *BILD-Zeitung* springt laut den *Deutschlandfunk*-Recherchen mit ihrer „Multiplikationskraft“ (Kremp in Fischer 2014) anschließend auf, während die CDU von ihren Mitgliedern die Parole auf die Demos tragen und entsprechende Rufe starten lässt (vgl. Fischer 2014, Müller 2019). Dies wird so auch Egon Krenz zugetragen: „Es sei beobachtet worden, dass die Rufer mit westdeutschen Touristenbussen nach Leipzig gekommen seien. Die Leipziger Demonstration soll offensichtlich umfunktioniert werden. (...) Vom Westen kommt also eine neue Losung herüber“ (Krenz 2014: 361). Albrecht Müller sieht hier den Grundstein dafür gelegt, dass schon am 20. Dezember 1989 beispielsweise Helmut Kohl deutlich begeisterter in Dresden empfangen wird (ebenso wie Kohls am 28.11. veröffentlichter Zehn-Punkte-Plan zur Einheit sowie seine späteren Verhandlungen mit Gorbatschow ein Schlüsselereignis im Wahlkampf und somit auch für diese Studie) als am Vortag Willy Brandt in Magdeburg, was er angesichts der jeweiligen Verdienste um die gemeinsamen Beziehungen nur als Wirkung der „Propaganda“ auffassen kann (Müller 2019: 67). Ob es seiner Meinung nach direkte Absprachen zwischen CDU und *BILD* gegeben hat, lässt Müller offen. Aber zumindest die Vermutung legt er indirekt nahe.

Dass solche Thesen überhaupt aufkommen, lässt vermuten, dass die Berichterstattung der Westmedien (und ganz im Speziellen der *BILD-Zeitung*) zumindest wenig regierungskritisch erscheint – sei es aus einem konformen Interesse im Sinne des eigenen Weltbilds oder aus einer Euphorie bezüglich der Ereignisse heraus. Dazu muss es nicht zwangsläufig eine direkte Interaktion zwischen Redaktionen und PolitikerInnen gegeben haben: falls ein Wechselspiel zwischen beiden Parteien erfolgt (eine übernimmt erfolgreichen Slogan der anderen; Politiker mit bestimmter Meinung bzw. bestimmten Ämtern kommen überproportional zu Wort, andere

nur am Rande bzw. nur inklusive Kritik), dann werden beide in jedem Fall zu verlässlichen Partnern. Je nach Einflussgrad des Mediums (bei allen hoch, in Sachen Print bei *BILD* sicherlich noch etwas höher; siehe 3.2) wirkt sich dies auf die gesamte Debatte aus und prägt somit auch indirekt das Meinungsbild in anderen Medien. Anhand der vorkommenden Diskurse kann eine Bevorteilung bzw. Benachteiligung verschiedener gesellschaftlicher Akteure und Meinungen innerhalb der Themensetzung und Narrative der Medien identifiziert werden. Hierbei vermute ich zunächst Folgendes: ein Diskurs, der die uns bekannte Wiedervereinigung als idealen Lösungsvorschlag intendiert, konnte mithilfe des Einflusses der ihn verbreitenden Medien andere ebenfalls existente Diskurse schrittweise in den Hintergrund drängen. Anders als die offensichtlichere Erklärung mithilfe der Wahlversprechen der Unionsparteien in Richtung der DDR-BürgerInnen handelt es sich bei dieser Hypothese um einen gesamtgesellschaftlichen Debattenprozess, der die Vereinigung nach BRD-Vorbild immer selbstverständlicher machte und den man bis heute nachvollziehen könnte – scheint es heutzutage doch nahezu unvorstellbar, dass jemals andere Lösungen als die tatsächlich praktizierte überhaupt zur Diskussion standen. Basierend auf dieser Vermutung leite ich schlussendlich die zentralen Forschungsfragen ab, die ich im Rahmen meiner Arbeit untersuche:

1. Wie wird eine mögliche Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den untersuchten Medien verhandelt?
2. Welche Handlungsempfehlungen, Problemlösungen und Zukunftsaussichten lassen sich erkennen?
3. Wie wird über die Volkskammerwahl 1990 berichtet?
4. Sind Veränderungen im Diskurs bzw. den Diskursen zu beobachten und lassen sich eventuell externe Einflüsse feststellen?

2.2 Die Rolle von Medien in gesellschaftlichen Wandlungsprozessen

Diese Arbeit basiert in ihrem Grundverständnis auf der Annahme einer starken Bedeutung der Medien für die Alltagswahrnehmung ihrer Rezipienten und geht infolgedessen von ebenso starken Medienwirkungen auf deren daraus resultierenden Handlungsweisen aus. Getreu dem bekannten Zitat Niklas Luhmanns – „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien“ (Luhmann 1995: 5) – begreife ich die Medien folgerichtig als ebenfalls ausschlaggebend für gesellschaftliche Wandlungs- und Veränderungsprozesse, die auch als „Revolutionen“ definiert werden können. Aus historischer Sicht ist eine solche Herangehensweise keineswegs als klassisch zu bezeichnen: „Der gängige

Revolutionsbegriff in den historischen Wissenschaften zeichnet sich dadurch aus, dass er zwar bezüglich seiner inneren Zeitstruktur historisiert ist, aber nicht hinsichtlich der medialen Bedingungen und der Beobachtungsverhältnisse, die für Revolutionen eine Rolle spielen“ (Schlögl 2008: 21). Dies ist insofern bemerkenswert, als dass ebenjene Rolle der Medien innerhalb einer Vielzahl von weltgeschichtlichen gesellschaftlichen Umbrüchen als maßgeblich entscheidend betrachtet werden kann, wenn beispielsweise „die Erfindung des Buchdrucks maßgeblich die Reformation beflügelte“, „die Französische Revolution 1789 und die europaweiten Revolutionen 1848 von einem [sic!] Markt mit politisierten Flugblättern, Zeitungen und Zeitschriften gefördert“ und „Leitsymbole, Programmatiken und Schlüsselaktionen wie die Boston Tea Party“ während der Amerikanischen Revolution von Journalisten konzipiert wurden (Bösch 2010: 459). Hierbei ist zu beachten, dass der Begriff „Revolution“ davon abhängig ist, welcher der bis zur Unüberblickbarkeit zahlreichen Definitionen (vgl. Czaplicki 2000: 14) der jeweilige Autor folgt. Definiert man sie wie in der hier vorliegenden Arbeit dahingehend, dass ein „tiefgreifender Bruch sozialer und insbesondere politischer Ordnungsmuster diagnostiziert“ werden kann und begreift man sie zudem als „medial bedingte Kommunikationszusammenhänge“ (Schlögl 2008: 21-22), dann ist der Wandlungsprozess der Wende innerhalb der DDR zum einen definitiv als Revolution zu klassifizieren und zum anderen Teil grundlegender kommunikationswissenschaftlicher Forschungsbereiche. Die bereits angesprochene Relevanz des Themas wird somit auch theoretisch untermauert.

In der Einleitung des Bandes „Revolutionsmedien – Medienrevolutionen“ (Grampp et al. 2008) umschreibt Rudolf Schlögl vier zentrale Punkte, um welche demzufolge das geschichtswissenschaftliche „Frageraster“ (Schlögl 2008: 22) erweitert werden sollte. Während hierbei der vierte Punkt eine reine Behandlung des Revolutionsbegriffs als Beschreibungskategorie für disziplinäre Selbstbeobachtung in der Wissenschaft und somit keinen Nutzen für meine Studie beinhaltet, sind die ersten drei Punkte hierfür durchaus relevant. Zunächst identifiziert er ein Wechselspiel zwischen einem aus der „Präsenz des Körpers und dessen sich selbst stimulierende[r] Dynamik in der Menge“ bestehenden direkten „Handlungskern, indem die Kommunikation unter Anwesenden eine zentrale Rolle spielt“ und der „massenmediale[n] Vermittlung und Multiplikation dieser Körperpräsenz“ (ebd.: 22). So wie keine Revolution komplett und ausschließlich ein „Medienereignis“ ist, können reine Ansammlungen von Protestierenden oder auch physische Gewaltanwendungen ohne mediale Verbreitung keine „Strukturen sprengende Wirkung (...) entfalten“ (ebd.: 22). Die vorliegende Arbeit baut auf dieser grundlegenden Annahme von Wechselwirkungen auf. Ich gehe

prinzipiell davon aus, dass Medien als Informationsverbreiter selbst zum Akteur werden. Wenn sie beispielsweise als Multiplikator einer Mitteilung fungieren, die von BürgerInnen initiierte Unruhen betrifft, dann bekommt dieses Ereignis neben der generellen Aufmerksamkeit auch eine besondere Bedeutung und letztendlich Effektivität zugeschrieben. Dies kann zu weiteren Unruhen führen, da den Beteiligten durch die Medienpräsenz signalisiert wird, dass ihr Einsatz wahrgenommen wird und effektiv ist. Auf meinen konkreten Fall bezogen, lässt sich bereits bezüglich der Berichte über Proteste am 04. September feststellen: „Am Tag zuvor war die Leipziger Herbstmesse eröffnet worden. Offenbar steigerte die Präsenz westlicher Berichterstatter bei vielen die Bereitschaft, an solchen Kundgebungen teilzunehmen“ (Czaplicki 2000: 48-49). Außerdem spielen hier später auch die im Zuge der DDR-Berichterstattung publizierten Enthüllungen über die Regierung und deren Institutionen (siehe Ergebnisteil) eine Rolle, die mutmaßlich sowohl Frustration als auch Demonstrationsbereitschaft in der DDR gefördert haben. Im Umkehrschluss lieferten die von Medien befeuerten Ereignisse ebendiesen Enthüllungen auch immer wieder den hochaktuellen und beim Rezipienten gefragten Stoff für neue Beiträge über die Situation in der DDR. Daraus ergibt sich im Sinne der Medienlogik (siehe 2.3) ein eigenes Interesse der Medien an der Existenz revolutionärer Ereignisse, welches sie aus der Position des reinen Informationsvermittlers in den Rang eines Akteurs hebt.

Auch Schlögl's zweiter Punkt ist für meine Untersuchung von zentraler Bedeutung. So führt er beispielsweise die Existenz der Französischen Revolution darauf zurück, dass „der Ereigniszusammenhang sich eine diskursiv ausbuchstabierte Identität gab und sich selbst in ein besonderes Verhältnis zum Vorher und zur Zukunft rückte. Diese Rhetorik der Revolution wirkte zurück auf die Ereignisse selbst. Sie umschrieb nicht nur das Sagbare, sondern auch das Mach- und das Wünschbare (...)“ (Schlögl 2008: 23). In diesem Abschnitt werden also nicht nur die von mir vermuteten Wechselwirkungen erneut aufgegriffen sowie ein Bezug zu den auch in dieser Arbeit verwendeten diskurstheoretischen Ansätzen (siehe 2.4) hergestellt, sondern es geht ebenfalls um die Bedeutung einer identitätsstiftenden Revolutionsrhetorik. Medien nehmen an deren Entstehung nicht nur verbreitend teil, sie erzeugen sie auch selbst. Durch ihre Einflussnahme auf „Zeitverhältnisse, auf die Möglichkeiten der Zuschreibung von Ereignissen, mithin auf Kausalitäten und die Beobachtung von Ereignis- und Wirkungsketten“ sowie ihre „Beobachtung und Beschreibung sozialer Figurationen“ konstruieren Medien ebenjene Deutungsmuster für ihre RezipientInnen, die für eine öffentlich wahrnehmbare Identität der Ereigniszusammenhangs notwendig sind (Schlögl 2008: 23). Bei Bildmedien kommt zusätzlich zum Faktor der Sprachgewalt noch der der Bildgewalt hinzu: „Bildmedien

überblenden Realitätsebenen“ (ebd.: 23). Medien sind also maßgeblich, wenn nicht gar hauptverantwortlich an der Ausgestaltung der Rhetorik einer Revolution beteiligt. Auf meinen Fall bezogen kann dies zum einen erneut begründen, warum ich die Gründe für den Stimmungsumschwung der DDR-BürgerInnen in Medieninhalten zu finden glaube. Zum anderen können ganz konkret auch Slogans wie „Wir sind ein Volk“ und „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr“ in diesem Kontext betrachtet werden. Die in solchen Losungen intendierte kollektive Identität zielt auf eine Vereinigung ab, die die momentane Protestbewegung in den historischen Rahmen der Abgrenzung zur sozialistischen Vergangenheit und des gemeinsamen Schrittes zur kapitalistischen Zukunft setzt. Wenn Medien also einen derartigen Slogan entwerfen, verbreiten oder Ereignisse auch nur in diesem Sinne für ihre Rezipienten interpretieren, erschaffen sie kontinuierlich eine solche kollektive Identität unter den DDR-BürgerInnen und wirken stark auf den Charakter der Revolution ein. Es ist Ziel dieser Studie, die konkreten Inhalte zu untersuchen, die dazu geführt haben, dass sich diese Revolutionsrhetorik schließlich gegenüber den anderen durchgesetzt hat.

Schlögl's dritter Punkt behandelt die aus Revolutionen resultierende Veränderung der „mediale[n] Topographie des öffentlichen Raumes“ (Schlögl 2008: 24). Hier geht es darum, dass „Gesellschaften verfügbare Medien und Medienkomplexe neu zu nutzen“ lernen (ebd.: 24). Medien verändern also nicht nur die Revolutionen, sondern ebendiese auch rückwirkend die Medien, indem zum einen neue Medien Bedeutungszuwachs erhalten, während etablierte Medien nun anders genutzt werden. Diese eher infrastrukturellen Veränderungen sind für meine Untersuchung zwar prinzipiell eher zweitrangig, bergen aber zumindest einen interessanten Aspekt. Hier lässt sich nämlich eine theoretische Grundlage dafür finden, dass die als die Revolution unterstützend wahrgenommenen Westmedien gegenüber den für viele als repräsentativ für die SED-Regierung stehenden Ostmedien (vgl. Fiedler/Meyen 2011: 323) an Bedeutung hinsichtlich der gesellschaftlichen Debatte gewannen. Denkt man hier noch einen Schritt weiter, begründet sich damit auch die vergleichende Untersuchung der DDR-Medien: Wenn die Westmedien zunehmend prägend für das politische Klima waren, finden sich die dort abgebildeten Diskurse dann auch bald in den Ostmedien? Kann man im drastischsten Fall sogar von einer Art „Meinungsmonopolisierung“ sprechen, die bald nur noch die Existenz von Westdiskursen in der Debatte zur Folge hat? Wird der Weg, der zu der heute bekannten Vereinigung geführt hat, auch bald durch die Ostmedien geebnet?

2.3 Die Medien in der Wende: Forschungsstand und Thesen

Nachdem im vorangegangenen Kapitel bereits die generelle Existenz eines entscheidenden Einflusses von Medien auf den Ablauf und die Ausgestaltung gesellschaftlicher Umbrüche dargelegt wurde, fällt bei der Betrachtung der diesbezüglichen wissenschaftlichen Literatur hinsichtlich der Wende in der DDR (und auch in anderen osteuropäischen Staaten) vor allem eines auf: die Uneinigkeit darüber, wie stark dieser Einfluss konkret einzuschätzen ist. Das folgende Kapitel zeigt dementsprechend unterschiedliche wissenschaftliche Positionen, Studien und Thesen auf, die im Rahmen der Erforschung dieses Themenkomplexes entstanden sind. Es verdeutlicht auch den bislang vorherrschenden Fokus auf grundsätzliche Einflüsse des Mediums Fernsehen und hebt damit die Notwendigkeit einer auch andere Medien inkludierenden und auf Inhalte bezogenen Analyse hervor.

Eine gängige historische Perspektive vertritt beispielsweise der Politikwissenschaftler Eckhard Jesse (2015). Er geht von der Grundannahme aus, dass eine „von unten“ gediehene (und damit in keiner Weise gesteuerte) friedliche Revolution das System der DDR und damit den real existierenden Sozialismus zum Einsturz gebracht habe (vgl. Jesse 2015: 431). Damit legt er den Fokus auf die BürgerInnen der DDR. Deren Unzufriedenheit sei laut Jesse durch das Fernsehen bestärkt, aber nicht hervorgerufen worden. Es sei „nicht oft genug zu betonen“, dass „die SED zu keinem Zeitpunkt die Bevölkerung auf ihrer Seite“ gehabt und ebenso das DDR-Fernsehen/die DDR-Medien auch vor der Revolution jemals Glaubwürdigkeit ausgestrahlt hätte (ebd.: 432). Die Medien waren demzufolge Katalysatoren eines ohnehin stattfindenden und damit weitgehend autonom funktionierenden historischen Prozesses, wobei suggeriert wird, dass dieser von „den“ DDR-BürgerInnen als einheitliche Masse vorangetrieben wurde. Bezüglich der Frage „Ist der Wunsch nach der deutschen Einheit durch die Medien geweckt worden, oder war er bei den ostdeutschen Bürgern ohnehin vorhanden?“ vermutet Jesse folgerichtig ebenfalls eine solch „dynamisierende Funktion“ und positioniert sich damit letztendlich im Bereich der zweiten Antwortmöglichkeit (ebd.: 433). Mit seinen Ausführungen möchte er insgesamt vor allem in Hinblick auf die von ihm rezensierte Arbeit von Thomas Großmann (2015) eine sich im Grundverständnis unterscheidende Gegenposition etablieren.

Die von Jesse rezensierte und kritisierte Arbeit stellt sogleich die Dissertation von Thomas Großmann dar. Dieser hat sich insbesondere mit dem Ende der DDR und der diesbezüglichen Rolle des Fernsehens beschäftigt. Er stellt bereits in der Einleitung fest: „Diese Revolution fand statt, weil über sie berichtet wurde“ (Großmann 2015: 7). Diese Grundannahme stellt die Medien praktisch in den direkten Fokus, da sie ihnen nicht bloß die Kanalisierung und

Katalysierung der historischen Ereignisse zuschreibt, sondern sie konkret zum Auslöser ebendieser erklärt. Großmann zitiert hierbei den Historiker Hagen Schulze, der den Erfolg der Demonstrationen in den jeweiligen osteuropäischen Ländern (inklusive der DDR) bereits 1990 auf den Umstand zurückführt, dass „das Fernsehen sie zum Erfolg erklärt“. Mehr noch: das Fernsehen „ersticke“ die Geschichte, denn „die Geschehnisse liefern nur den Stoff, das Bild erzeugt seinen Gegenstand, die Revolution findet im Fernsehen statt, alles andere ist bloß Resultat. Der Reigen immer ähnlicher werdender Bilder simuliert nicht Wirklichkeit, er ist Wirklichkeit“ (Schulze in der *Süddeutschen Zeitung* vom 16.03.1990). In diesem Sinne betrachtet Großmann unter anderem Nachrichtensendungen und greift dabei – ebenso wie diese Studie – zumindest teilweise auf diskurstheoretische Konzepte zurück. Über Frames und Einfluss der Westmedien auf die Ereignisse berichtet er beispielweise anhand der *Tagesschau*-Berichterstattung bezüglich der Grenzflucht: „Tatsächlich vermittelten die Bilder in der *Tagesschau* (...) den Eindruck eines Volksfestes mit Spaziergang über die Grenze. (...) Entsprechend fiel das Urteil des ARD-Korrespondenten aus: (...) ‚Die Ungarn haben wieder menschlich reagiert, wo sonst nur deutsch-demokratische Verstocktheit regiert‘“ (Großmann 2015: 127). Dass die Anzahl der Flüchtenden infolge solcher Beiträge nicht geringer wurde, ist zwar nicht direkt belegbar, wirkt aber eindeutig plausibel.

Doch der Einfluss von Westmedien auf die DDR-Revolution wurde auch bereits auf einer direkteren als der konstruktivistischen Ebene untersucht. Andreas Czaplicki veranschaulicht dies im Rahmen seiner auch aufgrund des sehr umfangreichen und detaillierten Theorieteils in dieser Arbeit vielzitierten Dissertation. Czaplicki stützt sich kaum auf Inhalte, sondern präsentiert Westmedien (allen voran das Fernsehen) allgemein als „Revolutionsführer“ und „Oppositionspublizistik“ (Czaplicki 110-111). Hierbei waren sie aus seiner Sicht „nicht Ursache für den Ausbruch der Revolution“ (ebd. 110), haben diese aber aufgrund mehrerer Faktoren maßgeblich mitbestimmt. Zunächst belegt er die Bedeutung der Westmedien als Informationsquelle. So konnten die DDR-Bürger trotz geringer Zuschauerquoten bei DDR-Nachrichtensendungen als dauerhaft über die Ereignisse informiert bezeichnet werden (vgl. ebd. 112-114). Die Westmedien konnten in ihrer Rolle als Meinungsführer davon profitieren, dass sie im Vergleich als deutlich glaubwürdiger als die sich selbst im Fadenkreuz der Revolution befindlichen Ostmedien wahrgenommen wurden (vgl. ebd.: 116). Dass dies konkrete Folgen hatte, wird anhand der Grenzöffnung am 09.11.1989 aufgezeigt, wo sich die Meinungsführerschaft der BRD-Medien und deren Interpretation der Pressekonferenz als offizielle Grenzöffnung in einen Ansturm auf die Grenzübergänge umwandelte: „Letztlich wurde deshalb die Grenze geöffnet, weil jeder glaubte, sie sei offen“ (vgl. ebd.: 155). Des

Weiteren legitimierten die Westmedien durch kontinuierliches Aufzeigen systemimmanenter Mängel die DDR-Proteste und fungierten gleichzeitig als Tor zu einer wohlhabenderen und scheinbar besseren Welt (vgl. ebd.: 132-141; „Bundesrepublik als Vorbild“, vgl. ebd.: 196-200). Ähnlich wie bei Czaplicki beschrieben, fasst es auch Frank Bösch zusammen. In seinem Text gelten Westmedien bzw. Westfernsehen als Vorreiter der Einheit durch Bildung einer gemeinsamen „Fernsehnation“ (vgl. Bösch 2010: 467). Er fokussiert hierbei außerdem die DDR-Medien, denen er zwei entscheidende Rollen zuschreibt: zu Beginn Anheizen der Proteste durch Trotzreaktion auf die eine „verblendete Scheinwelt des Regimes“ (ebd.: 466) zeigenden Medieninhalte sowie gegen Ende einen „kurzen, aber verdichteten Impuls, der den Zusammenbruch des Systems mit förderte“ (ebd.: 470). Der Inhalt eines solchen „Impulses“ wird dann im Rahmen meiner Studie zu untersuchen sein. Dass jedenfalls die Westmedien von den DDR-Bürgern als der Revolution gegenüber wohlgesonnen wahrgenommen wurden, ist Konsens bei Czaplicki und Bösch. Dass die Unterstützung in einigen Fällen aber eben nicht nur indirekt durch Berichterstattung über Ereignisse erfolgte, sondern dass die Bewegung aktiv unterstützt wurde, lässt sich im *SPIEGEL* nachlesen. Hier wird über „riskante“ Aufnahmen berichtet, die am 09. Oktober 1989 in direkter Kooperation mit DDR-Oppositionellen entstehen und schließlich in einen von der *ARD* produzierten und von Millionen rezipierten Film über die oppositionelle Perspektive auf die Lage in der DDR münden (vgl. Wensierski auf *Spiegel.de* vom 03.10.2014).

In eine ähnliche Richtung wie Eckhard Jesse hingegen geht Klaus Bresser, Journalist und ehemaliger Chefredakteur des *ZDF*. Er beschreibt die Macht der Bilder bzw. explizit des Fernsehens insofern, als dass hierdurch in den Revolutionen des Ostens seiner Meinung nach „Töten und Sterben verhindert“, den „greisen Funktionären an der Spitze“ der eigene Machtverlust gezeigt und den Bürgern durch Bilder mit „Symbolkraft“ (wie Zerschneiden des Stacheldrahtes an der Grenze) eine „unmissverständliche Botschaft“ gesendet wurde (Bresser 2008: 441). Er erkennt damit durchaus an: „Das Fernsehen war schon hier nicht nur Medium, es war auch ein Faktor“ (ebd.: 441-442). Hierbei bezieht er sich auch auf die Verbreitung der Losungen auf den Transparenten der DDR-Demonstrationen, geht aber nicht näher auf deren konkrete Inhalte und Entstehungen ein. Dennoch sieht Bresser die DDR-Demonstranten selbst und nicht die Medien im Mittelpunkt. Hierzu stellt er eine interessante Frage, die auch in dieser Studie aufgegriffen wird: Konnten die Bilder „eine solche Wirkung entfalten, weil sie fernsehgerecht waren – so ganz nach dem Geschmack und den Gesetzen des Mediums? Das Freiheitsdrama als Fortsetzungsserie. Mit allen Zutaten erfolgreicher Fernseh dramaturgie (...). Kein Filmregisseur hätte das besser inszenieren können“ (ebd.: 443). Bresser spricht also die

kommunikationswissenschaftlichen Konzepte von Medienlogik und Medienrealität an. Unter „Medienlogik“ versteht man zunächst die Kriterien, nach denen ein Ereignis überhaupt zur Nachricht wird. Im Sinne der Nachrichtenwerttheorie (vgl. Galtung/Ruge 1965, zitiert nach Pürer 2014: 135-136) spielen hierbei Faktoren wie Intensität, Überraschung, Bedeutsamkeit und eben auch Kontinuität eine Rolle. Somit erfüllt die Protestbewegung innerhalb der DDR als eine für die zuhause sitzenden RezipientInnen spannende „Reality-Revolutionsserie“ einige der wichtigsten Bedingungen, die für ein besonderes Medieninteresse sprechen. Denn Massenmedien funktionieren nach dem „Imperativ der Aufmerksamkeit“ (Meyen 2018: 21): die Bindung von Rezipienten an den Medieninhalt durch die spektakulärste Geschichte, die besten und exklusivsten Bilder, das Unerwartbare (vgl. ebd.: 10-11). Da Medien in publizistischer und ökonomischer Konkurrenz zueinander stehen, ist der Drang nach Sensationen existenziell. Diese von den Medien geschaffene Realität, die „Medienrealität“, bringt nicht nur gesellschaftliche Akteure dazu, sich ihr zwecks medialer Präsenz anzupassen („Medialisierung“, vgl. ebd.: 26), sondern beeinflusst auch die RezipientInnen konkret in ihrer Wahrnehmung der Umwelt und ihren entsprechenden Handlungen (vgl. ebd.: 21). Diesen Gedanken greife ich im Rahmen meiner Studie auf und frage: Sind medienlogische Tendenzen wie Sensationalisierung, Emotionalisierung oder Personalisierung (vgl. Pürer 2014: 135-136) in der Berichterstattung zur Wende in der DDR zu finden? Hat eine solche Logik eine Medienrealität erschaffen, die die Akteure und dementsprechend auch die Folgeereignisse beeinflusst hat? Dass gerade Westmedien schon damals prinzipiell in den angesprochenen Mustern dachten, haben Pfetsch und Vollmer hinsichtlich des Bundestagswahlkampfes 1990 belegt, indem sie innerhalb der westlichen Berichterstattung (*FAZ*, *SZ*) ein deutlich Plus an Wettbewerbsmentalität (Wahlkampf als sensationeller Wettkampf) und Personalisierung (inklusive Regierungsbonus) gegenüber der ostdeutschen Berichterstattung (*BZ*, *LVZ*) ausgemacht haben (vgl. Pfetsch/Vollmer 1994: 520-523). Klaus Bresser selbst kritisiert seine Branche hinsichtlich der Frage, warum nicht allgemein über langfristige Unzufriedenheit der DDR-BürgerInnen berichtet wurde (an der die Westmedien selbst beteiligt waren, vgl. Bresser 2008: 451), indem er auf ein Interesse für das „offenkundig Neue“ statt „des scheinbar Bekannte[n]“, das Bevorzugen des „Einfachen gegenüber dem Schwierigen“, die Fokussierung auf „einzelne Sensationen“ statt auf „kontinuierliche Entwicklungen“ sowie vor allem die Abhängigkeit von vorherrschenden Trends und einem „Mainstream“ der öffentlichen Meinung hinweist (ebd.: 450). Dennoch würde er als Fernsehjournalist meine Fragen nach medialer Inszenierung erwartungsgemäß eher mit Nein beantworten: „Aber die Bilder waren auch deswegen nicht fragwürdig, weil sie solche Emotionen auslösten. Die Emotionen selber waren

Teil der Realität (...). Das Fernsehen tat, wozu es da ist. Es zeigte, was ist, und die Wirklichkeit stellte sich so eindeutig dar, dass keine weiteren Worte nötig waren. Die Ereignisse sprachen für sich, die Menschen sprachen für sich, auch ihre Gefühle. Von der Kamera zum Sehen gezwungen, zeigten wir Journalisten das, was wir sahen, berichteten, was sich vor unseren Augen vollzog“ (ebd.: 444). Wie bei Jesse bleiben also auch bei Klaus Bresser die DDR-BürgerInnen im Zentrum der Entwicklungen.

Die sicherlich gewagteste Studie über den Einfluss von Westmedien auf DDR-Bürger stammt von Friehe, Müller und Neumeier (2020). Die Finanzwissenschaftler, die andernorts bereits den nach der Vereinigung messbaren Rückgang von Verbrechen in bestimmten DDR-Gebieten auf deren besseren Zugang zum Westfernsehen zurückgeführt haben (vgl. Friehe et al. 2017a), stellen ebenjene Präsenz des Westfernsehens in Korrelation zu aus ihrer Sicht demokratischen und nicht-extremen Wahlergebnissen nach der Vereinigung. Wie bereits in der fast deckungsgleichen und drei Jahre zuvor erschienen Version der Studie (Friehe et al. 2017b) gehen die Autoren laut einer Pressemitteilung auf der Website des Informationsdienstes Wissenschaft grundsätzlich davon aus, dass „das DDR-Fernsehen (...) als Propagandainstrument zugunsten der kommunistischen Führung und gegen die BRD [diente]“, während „die westdeutschen Programme (...) hingegen relativ frei von politischer Einflussnahme [blieben] und (...) einen ungeschützten Blick auf Ost und West [boten]“ (Friehe et al. in Scholten 2020). Der Empfang ebendieser westdeutschen Programme spielte dementsprechend laut den Autoren ganz im Sinne des Studientitels eine entscheidende Rolle „in the making of a democrat“ (Friehe et al. 2020), dem „Erstellen eines Demokraten“. So stellen sie nach dem Auswerten der Wahlergebnisse innerhalb der ersten Dekade nach der Vereinigung für die entsprechenden Gebiete einen statistisch signifikanten Zusammenhang fest: „Regionen, in denen vor der Wiedervereinigung westdeutsche Fernsehprogramme verfügbar waren, weisen sowohl für links- als auch für rechtsextreme Parteien deutlich geringere Stimmenanteile auf. Man kann also mutmaßen, dass das ostdeutsche Fernsehen bei einigen DDR-Bürgerinnen und -bürgern eine demokratie- oder kapitalismusfeindliche Einstellung nährte. (...) Unsere Ergebnisse stützen somit die Vorstellung, dass der Zugang zu freien Medien die politischen Einstellungen beeinflusst“ (Friehe et al. in Scholten 2020). Diese Thesen sind im Rahmen meiner Arbeit insofern kritisch zu betrachten, als dass die Perspektive der Wissenschaftler eindeutig zu subjektiv erscheint, um mit konstruktivistischer Diskursforschung in Einklang gebracht zu werden. „Democracy is widely considered to be the most desirable political regime“ (Friehe et al. 2017b) – wenn die Autoren dies anführen, wirkt es eher so, als sprächen sie weniger über Demokratie allgemein als über die konkrete Form der

Demokratie innerhalb des eigenen Systems. Diese kapitalistisch ausgerichtete Form der Demokratie wäre im Sinne der Diskursforschung aber ebenfalls eine ideologische Weltanschauung, die logischerweise auch den Inhalt der für diese Staatsform auf mehreren Ebenen werbenden Westmedien bestimmt. Wie „frei“ sich hier die Medieninhalte dementsprechend ausgestaltet haben, wird im Rahmen meiner Studie untersucht. Gesetzt den Fall, dass tatsächlich der Faktor Westmedien (und nicht eigentlich ganz andere regionale Faktoren, die in der Untersuchung kaum Beachtung finden) für ein verändertes Wahlverhalten verantwortlich war, dann wäre dies rein diskurstheoretisch betrachtet ein Indiz für die bezüglich der DDR-RezipientInnen wachsende Bedeutung des „Machtssystems“ Westmedien bei der Legitimierung des eigenen und der Destabilisierung des konkurrierenden Systems – ohne implizierte subjektive Wertung (nach Foucault 1981, siehe 2.4). Für mich stellt sich demzufolge eher die Frage, welche Inhalte entsprechende Gedanken bei der DDR-Bevölkerung gefördert haben.

2.4 Diskurstheorie nach Foucault

Um gesellschaftliche Diskurse und deren Ursprünge sowohl identifizieren als auch dekonstruieren zu können, müssen Grundverständnis sowie Arbeitsprozess mithilfe einer umfassenden theoretischen Perspektive untermauert werden: „Kein Wissen ohne Theorie“ (Meyen et al. 2011: 33). Die vorliegende Arbeit baut, wie bereits angesprochen, auf den beschriebenen diskurstheoretischen Ansätzen von Michel Foucault auf. Diese von ihm selbst als „Werkzeugkasten“ verstandenen Anregungen, aus denen sich Forscher je nach jeweiligem Forschungsinteresse „bedienen“ können (Keller 2011b: 129), bieten dementsprechend Raum für individuelle Interpretation und machen folglich eine Darlegung meines eigenen Verständnisses bezüglich einer Diskursanalyse nach Foucault unabdingbar. Dieses stützt sich hierbei vor allem auf sein Werk „Archäologie des Wissens“ (Foucault 1981) und stellt damit Foucaults spätere Korrekturen seiner Theorie eher in den Hintergrund. Dies geschieht vor allem im Sinne der Operationalisierung (siehe 2.5), die anhand der in der „Archäologie des Wissens“ dargestellten konkreten Vorschläge nachvollziehbarer vorzunehmen ist. In der praktischen Umsetzung orientiere ich mich dabei an meiner Bachelorarbeit (Wonn 2018), die ebenfalls auf Foucaults diskurstheoretischen Ansätzen aufbaut.

Zunächst einmal muss gefragt werden: Was ist laut Foucault überhaupt ein Diskurs? Der Begriff „Diskurs“ wird schließlich nicht umsonst aufgrund seiner äußerst unterschiedlichen Definitionen in den Kulturwissenschaften als „umbrella term“ (vgl. Ruoff 2012: 15) für ein

ganzes Fachgebiet bezeichnet. Grundsätzlich sind Diskurse nach Foucault „Praktiken (...), die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen“ (Foucault 1981: 74). Ganz konkret auf mein Thema bezogen bedeutet dies: dass aus den beiden Staaten BRD und DDR (und damit ja ebenfalls schon menschengemachten Konstrukten) ein gemeinsamer Staat wurde, ist kein unvermeidlicher historischer Vorgang, sondern ebendieser Vorgang existiert erst durch die Diskurse darüber. Hieraus abgeleitet, ist die im Endeffekt praktizierte Lösung des Anschlusses der DDR an die BRD ebenfalls nicht zwingend, sondern ist das Produkt eines oder mehrerer Diskurse, die diese Lösung als „richtig“ ansehen und sich damit gegen konkurrierende Diskurse durchsetzen. Foucault begreift die Wahrheit prinzipiell nicht als objektive Größe, die dementsprechend eine objektiv „richtige“ Wirklichkeit erzeugt, sondern macht Diskurse für die „Bildung von Wahrheiten, die sich innerhalb von Denksystemen in der Geschichte formieren“ (Ruoff 2013: 92), verantwortlich: „Foucault nähert sich seinen Forschungsgegenständen nicht als selbstverständliche, ahistorische Gegebenheiten. Vielmehr nimmt er eine wissenssoziologische und konstruktivistische Perspektive dazu ein: er betrachtet sie als kontingente Erscheinungen, die ihre Existenz unterschiedlichen Wissens- und Praxisformationen verdanken“ (Keller 2011a: 44, vgl. auch Keller 2011b: 126). Zeit und Sprache sind hierbei wichtige Komponenten, da sie durch ihren maßgeblichen Einfluss auf die Wissensbestände der Menschen den gedanklichen Kontext abstecken, in den das menschliche Denken unausweichlich „eingezäunt“ ist (vgl. Meyen 2013: 28).

Faktoren wie Zeit und Sprache deuten hierbei bereits an, um was es Foucault grundsätzlich geht: „Wie kommt es, daß eine bestimmte Aussage erschienen ist und keine andere an ihrer Stelle?“ (Foucault 1981: 42). Hierzu definiert er Diskurse generell als eine „Menge von Aussagen“, die sich „auf ein und dasselbe Objekt beziehen“ bzw. dadurch „zur selben diskursiven Formation gehören“ (ebd.: 170). Mithilfe seiner „Formationsregeln“, der Zusammensetzung von Objekten, Äußerungsmodalitäten, Begriffen und Strategien (genauere Erklärung in Abschnitt 2.5), sucht Foucault nach solchen „diskursiven Formationen“ (vgl. ebd.: 58): Regelmäßigkeiten, mit denen Aussagen sowohl in gesprochener, geschriebener als auch visueller Form auftreten (vgl. ebd.: 58; ebd.:170). Die Formationsregeln legen hierbei fest, welche „Aussagen überhaupt in einem bestimmten historischen Moment an einem bestimmten Ort erscheinen können“ (Keller 2011a: 46-47).

Wenn es also keine objektive Wahrheit gibt, ist auch das Wissen darüber kein Produkt objektiver wissenschaftlicher Forschung, sondern basiert auf der Interpretation einer ebenfalls durch Denksysteme determinierten Realität. Das diesbezügliche Wissen steht in

Wechselbeziehung zum Diskurs: zum einen ist es für seine Gestaltung verantwortlich, zum anderen bestimmt der Diskurs rückwirkend auch den jeweiligen Wissensbestand (vgl. Foucault 1981: 260, Meyen 2013: 29). In diesem Kontext finden „Wahrheitsspiele“ statt: Nach welchen Regeln wird etwas „wahr“ und etwas anderes „falsch“? Wie konstituieren sich hieraus „Fakten“ und Wissensbestände (vgl. Meyen 2013: 29)? Hierzu existiert in jedem Diskurs eine „diskursive Praxis“: „Regeln, die bestimmen, was von wem wo und wie gesagt werden kann (und was eben auch nicht) und die folglich auch definieren, ob und wie eine Aussage wirkt“ (ebd.: 29). Durch die aus dieser „regulierten Praxis“ (Foucault 1981: 116) resultierenden „Struktureffekte“ werden somit die Grenzen des Sagbaren abgesteckt (Keller 2011b: 128).

Doch wer entscheidet im jeweiligen Diskurs im Endeffekt darüber, was „wahr“ und was sagbar ist? An dieser Stelle wird Foucaults Verständnis von Macht entscheidend. „Macht“ meint für ihn keine prinzipiell hierarchische Ordnung mit herrschenden bzw. niedriger gestellten Subjekten (vgl. Ruoff 2013: 17). Vielmehr geht es um Deutungshoheit, darum, „dass Diskurse mit Ermächtigungs- und Ausschlusskriterien verkoppelt sind. Dazu zählen etwa akademische Grade oder auch Rezensionsweisen. Diese Kriterien unterscheiden mögliche legitime Sprecher von nicht-legitimen Sprechern (ich belasse die Bezeichnung „legitime Sprecher“ auch im Folgenden in der männlichen Form, da ich sie als Fachterminus auffasse, schließe hierbei aber selbstverständlich weibliche Personen mit ein); sie konstituieren damit Subjekt-Positionen. Sowohl die Aussagen wie auch die Menge möglicher Sprecher sind unterschiedlichen Verknappungsprozessen unterworfen: Ritualen der Qualifikation, Kommentierungen, die den Stellenwert von Aussagen im Diskurs bewerten, Wahr-Falsch-Urteilen, die bewahrenswerte ‚Ergebnisse‘ selektieren“ (Keller 2011b: 127). Ergo wird nicht nur das Wissen selbst durch Macht produziert. Die jeweilige Machtverteilung im Diskurs legt auch schon vorab fest, was überhaupt als Wissen gelten kann. Die Legitimierung bzw. Nicht-Legitimierung von Sprechern (man könnte vereinfacht auch sagen: wer beispielsweise als seriöser Experte für ein Gebiet gilt und wer nicht) führt zurück zu den Wahrheitsspielen. In jeder Gesellschaft gibt es Machtsysteme, die „Wahrheit“ produzieren und damit zu definieren versuchen, was „wahr“ und was „falsch“ ist. Zu diesen Machtsystemen zählen neben Institutionen aller Art (u.a. Universitäten) auch politische Organisationen/Parteien und – für meine Studie besonders entscheidend – die Massenmedien (vgl. Foucault 1978: 51-54, Meyen 2013: 32). Da es objektive Wahrheit nicht gibt, sondern diese dementsprechend von Subjekten (bzw. auch Zusammenschlüssen von Subjekten) gemacht wird, lässt sie sich auch auf deren subjektive Perspektive zurückführen. Da diese von der jeweils eigenen Weltanschauung und Sozialisation determiniert ist, finden ideologische Kämpfe um die Deutungshoheit statt.

Ebendiese Kämpfe sind entscheidend für mein Thema. Ich gehe von der Vermutung aus, dass es mehrere Diskurse über eine „richtige“ Lösung in der Frage nach der Zukunft der DDR gegeben hat. Zum einen haben konkurrierende politische Akteure – namentlich vor allem CDU und SPD – verschiedene solcher Lösungen zur Wahl angeboten. Zum anderen vermute ich, dass der Kampf um ebendiese Lösungen auch und gerade in den Massenmedien zu finden ist. Letztendlich hat sich historisch bekanntlich der von der Bundesregierung forcierte Anschluss des DDR-Gebiets an die BRD durchgesetzt. Welchen Anteil hatten daran die Machtsysteme Massenmedien? Welche Realität haben sie für ihre RezipientInnen konstruiert? Gerade unter dem Gesichtspunkt, dass viele DDR-BürgerInnen den eigenen Medien eine gewisse Skepsis entgegenbrachten, können die Westmedien als besonders legitime Sprecher angesehen werden. Wie haben die in ihrer Weltanschauung subjektiv geprägten Menschen, die für Medien mit ihren jeweiligen ebenfalls subjektiven redaktionellen Linien (siehe 3.2) Inhalte produziert haben, den Kampf um die Deutungshoheit ausgestaltet und damit sowohl Wissensbestände und Wahrnehmung als auch die eventuell daraus resultierenden Handlungen ihrer Rezipienten beeinflusst? Hierbei muss es sich gar nicht zwangsweise um Kommentare handeln: wenn beispielsweise einem Politiker/einer Partei durch eine auffällig höhere Repräsentation innerhalb der eigenen Medieninhalte mehr Raum für seine/ihre Haltung gegeben wird, erscheinen sowohl Sprecher als auch Haltung bereits als legitimer. Dies muss nicht definitiv für den Inhalt des gesamten Mediums gelten. Es ist nicht zu erwarten, dass sich ein Medium komplett von Beginn bis Ende des Untersuchungszeitraums auf einen Diskurs „festlegt“ bzw. die identifizierten Diskurse überall in „Reinform“ vorkommen, sondern eher, dass mehrere Diskurse in einem Medium (und möglicherweise sogar in einzelnen Beiträgen) repräsentiert sind. Hier kommt es auch auf die Entwicklung über den Zeitraum hinweg und vor allem die jeweilige Art der Argumentation an, deren Ausgestaltung für die Diskursanalyse elementar ist. Um den jeweiligen argumentativen Erfolg zu gewährleisten, werden sich außerdem bei der empirischen Rekonstruktion der Regeln eines Diskurses (vgl. Keller 2011b: 133) Dinge finden, die nicht sagbar sind. Hier offenbart sich ein großer Vorteil einer Diskursanalyse nach Foucault, da anhand dieser Theorie nicht nur das untersucht werden kann, was gesagt wird, sondern eben genau auch das, was nicht gesagt wird. Gerade wenn es um Veränderungen über einen Zeitraum hinweg geht, bieten sich hierbei viele analytische Möglichkeiten.

2.5 Kategoriensystem

Da qualitative Forschung aufgrund der im Vergleich zu quantitativen Methoden zentraleren Bedeutung des forschenden Subjekts eine vollständige sowie detailgenaue Reproduktion des Forschungsprozesses und der daraus resultierenden Ergebnisse nicht erlaubt, ist die Gewährleistung von intersubjektiver Nachvollziehbarkeit von besonderer Wichtigkeit (vgl. Meyen et al. 2011: 35-38). Auch Leserinnen und Lesern dieser Arbeit muss dementsprechend ein Verständnis darüber ermöglicht werden, wonach ich innerhalb der immensen Anzahl an infrage kommenden Medienbeiträgen (siehe 3.2) gesucht habe und welche Kriterien diese Suche determiniert haben. Hierzu greifen qualitative Studien auf Kategoriensysteme zurück, denn diese „grenzen einen komplexen Gegenstand ein und gliedern ihn in einzelne (analysierbare) Teilaspekte“ (Meyen et al. 2011: 36). Damit bieten sie zusätzlich zur intersubjektiven Nachvollziehbarkeit auch einen strukturellen Vorteil für den Forscher selbst, der sich an einem solchen „Gerüst“ orientieren kann.

Das von mir entwickelte Kategoriensystem basiert in seinem Grundaufbau zunächst deduktiv auf Foucaults Theorie (siehe 2.4), konkreter: auf den Formationsregeln, anhand derer sich laut Foucaults „Archäologie des Wissens“ Diskurse analysieren und rekonstruieren lassen: die Formation der Gegenstände, die Formation der Äußerungsmodalitäten, die Formation der Begriffe und die Formation der Strategien (vgl. Foucault 1981: 61-104). Hierbei konnte ich mich neben der Inspiration durch andere Diskursanalysen (z.B. Meyen 2013) vor allem an meiner eigenen Bachelorarbeit orientieren, die ebenfalls Foucaults Ansätzen folgt (Wonn 2018). Des Weiteren wurde das System induktiv mehrfach an Fragestellungen, Untersuchungsgegenstände sowie den Forschungsverlauf angepasst. Zum einen, weil „Kategorien (...) jedes Mal aufs Neue zu entwickeln [sind]: für das konkrete Forschungsproblem und den jeweiligen theoretischen Hintergrund“ (Meyen et al. 2011: 38). Zum anderen, weil gerade qualitative Forschung ein sich im Fortgang des Untersuchungszeitraums verändernder Prozess ist, der Anpassung im Prozess nicht nur möglich, sondern auch empfehlenswert macht. So habe ich beispielsweise die historischen Schlüsselereignisse erst durch das Studium des Materials eindeutig identifiziert, in ihrer Wichtigkeit erkannt und ihnen im Kategoriensystem anschließend folgerichtig eine wichtige Stelle eingeräumt. Unter solchen und anderen Gesichtspunkten soll im Folgenden mein Kategoriensystem (siehe Abb. 11) mitsamt seiner einzelnen Analysekatoren sowie deren jeweiligen möglichen Ausprägungen vorgestellt werden.

Formation der...	Kategorien
Gegenstände	Themen: Um welches Thema geht es vordergründig? Beispiele: Verhalten der DDR-BürgerInnen (z.B. Bürgerproteste oder Ausreisen); Aussagen von PolitikerInnen etc.
	Hintergrund: Vor welchem Hintergrund wird darüber berichtet? Beispiele: Historische Schlüsselereignisse (siehe 2.1), Wirtschaft, Europäische Integration
	Kontext: Im Kontext welcher Zukunftsaussicht wird darüber gesprochen? DDR-Reformen; Vereinigung allgemein; Vereinigung nach BRD-System; Vereinigung inklusive neuer Verfassung
Äußerungsmodalitäten	Legitime Sprecher: Wer spricht/darf sprechen? JournalistIn, PolitikerIn, BürgerIn, Experte/Expertin etc.
	Position: RedakteurIn/ReporterIn, NachrichtensprecherIn, Regierungsmitglied, OppositionspolitikerIn, BürgerrechtlerIn, BürgerIn etc.
	Perspektive: Persönlich, professionell/beruflich, taktisch, propagandistisch
	Art der Sprache: Beschreibend, erklärend, erzählend, kritisch, appellierend, warnend, alternativlos, sensationalisierend, simplifizierend, euphorisch etc. → Medienlogik?
Begriffe	Argumentationsstruktur: Mithilfe welcher Mittel wird argumentiert? „Selbstverständlichkeiten“, untermauernde Beispiele, Expertenmeinungen, politische Vorgaben/Ziele, ökonomische Motive, rechtliche Vorgaben (z.B. Grundgesetz), Vergleich zu anderen Herangehensweisen/Lösungsansätzen und deren Diskreditierung etc.
	Rhetorische Schemata: Metaphern, Allegorien, Emotionalisierung (Begeisterung, Zugehörigkeitsgefühl, Abgrenzung von anderen), Heroisierung, Wortspiele, Wiederholung, Kampfrhetorik etc. → Medienlogik?
Strategien	Medienlogik: Lassen sich medienlogische Charakteristika (Sensationalisierung, Personalisierung etc.) zugunsten mediengerechter Aufmachung und der eigenen Quote/Auflage/Meinung finden? Wenn ja: welche Realität wird dadurch konstruiert?
	Theorie der „richtigen“ Lösung: Welche Theorie zeichnet sich in der Zusammenfassung von Gegenständen, Äußerungsmodalitäten und Begriffen ab? Wie soll die Zukunft beider deutscher Staaten aussehen? Welche Partei ist deshalb (direkt oder indirekt) favorisiert?
	Funktion des Diskurses: Welchen Zweck soll der Diskurs konkret erfüllen? Wem nützt er? Welchen Einfluss hat der Diskurs auf andere gesellschaftliche Bereiche?

Abbildung 11: Kategoriensystem

- Formation der Gegenstände

Die erste Oberkategorie, die Formation der Gegenstände, beinhaltet in meiner Studie drei Unterkategorien. Zunächst einmal geht es ganz prinzipiell um die angesprochenen Themen: Welches Thema behandelt ein Beitrag vordergründig? Hierbei stehen Ausprägungsmöglichkeiten wie *Verhalten/Aussagen der DDR-BürgerInnen (z.B. Bürgerproteste, Ausreisen)*, *Verhalten/Aussagen der BRD-BürgerInnen (z.B.*

Aufnahmebereitschaft, Ablehnung), Verhalten/Aussagen von PolitikerInnen, politische Entscheidungen/Vorschläge, politische Debatten und Ähnliches im Fokus. Es ist erwartbar, dass Ereignisse oder Aussagen im Rahmen dieser konkreten Themenkomplexe in jedem auffindbaren Diskurs vorkommen und somit allein schon eine grobanalytische Vergleichsbasis geschaffen wird. Innerhalb der zweiten Unterkategorie geht es um die Hintergründe, vor denen über die konkreten Themen gesprochen wird. Hier finden sich neben Ausprägungen wie *DDR-Wirtschaft, BRD-Wirtschaft, Umweltschutz, Europäische Integration* oder *Internationales Mächtegleichgewicht* vor allem die bereits angesprochenen *Historischen Schlüsselereignisse: Proteste vom 09. Oktober, Krenz-Wahl, Mauerfall, Volkskammerwahlkampf (besonders Kohls Rede in Dresden; Kohls Verhandlungen mit Gorbatschow)*. Es geht darum, die Themen in Beziehung zueinander zu setzen, ehe es in der dritten Unterkategorie um den allgemeinen Kontext geht, der die Beiträge für den Zweck meiner Studie voneinander separiert und einordnet. „Hintergrund“ ist also eher thematisch gemeint, während „Kontext“ als strukturell zu begreifen ist. Die Kategorie behandelt nämlich, inwiefern in einem Beitrag Aussagen gefunden werden können, die sich einer der möglichen Zukunftsaussichten für die politische Situation (*DDR-Reformen, Vereinigung allgemein, Vereinigung beider Staaten nach BRD-System, Vereinigung beider Staaten inklusive neuer Verfassung*) zuordnen lassen bzw. die eine dieser Möglichkeiten bevorzugt. Dass es einen solchen Bezug in jedem Beitrag geben muss, ist allein schon durch die Auswahlkriterien der Studie (siehe 3.2) vorgegeben. Ein Beispiel für die Kategorie Formation der Gegenstände: Ein Beitrag berichtet im Rahmen der Krenz-Wahl (Hintergrund) über weitere DDR-Flüchtlinge (Thema) und plädiert dafür, dass dem Staat geholfen werden muss, geplante Reformen (Kontext) durchzusetzen.

- **Formation der Äußerungsmodalitäten**

Die Formation der Äußerungsmodalitäten ist insofern von besonderer Bedeutung für meine Studie, als dass hieraus zunächst abgeleitet werden kann, ob eine Bevorzugung/Benachteiligung einzelner politischer Positionen/Meinungen oder konkreter politischer Akteure in der Berichterstattung vorliegt. Hier geht es in der ersten Unterkategorie um legitime Sprecher; sprich: darum, wer überhaupt zu Wort kommt und damit Wahrheit im Diskurs produzieren kann. Dies können neben *JournalistInnen* und *GastautorInnen* vor allem auch *PolitikerInnen, zitierte/interviewte ExpertInnen* sowie *BürgerInnen* sein. Bei Letzteren ist folglich auch die Möglichkeit der Überrepräsentation opportuner Zeugen im Sinne einer bestimmten Position zu untersuchen. Im nächsten Schritt wird analysiert, aus welcher Position heraus die jeweiligen Akteure sprechen. Bezüglich der *JournalistInnen* beispielsweise können

die Ausprägungen neben *RedakteurIn/ReporterIn* und *NachrichtensprecherIn* auch bis zu *ChefredakteurIn* oder das *Medium* als Ganzes reichen, was einem Beitrag automatisch mehr Gewicht verleiht. Andere mögliche Ausprägungen sind neben *Experte/Expertin* bezüglich der PolitikerInnen *AmtsinhaberIn/Regierungsmitglied* oder *OppositionspolitikerIn* (Überrepräsentation? Regierungs- bzw. Kanzlerbonus?) und bezüglich der BürgerInnen *BürgerrechtlerInnen* oder ebenfalls einfach *BürgerInnen*. Im Rahmen der dritten Unterkategorie wird dann nach der jeweils eingenommenen Perspektive gefragt (*persönlich, professionell, taktisch, propagandistisch*), während sich die vierte Unterkategorie mit der Art der verwendeten Sprache befasst. Möglich Ausprägungen hier wären beispielsweise *beschreibend, erklärend, erzählend, kritisch, appellierend, warnend, alternativlos, sensationalisierend, simplifizierend, euphorisch*. An dieser Stelle könnten gerade bezüglich der drei letztgenannten Möglichkeiten bereits Rückschlüsse auf eine an die Medienlogik (siehe 2.3) angepasste Berichterstattung gezogen werden.

- **Formation der Begriffe**

Die Kategorie Formation der Begriffe besteht aus zwei Unterkategorien, die für die Argumentation eines Diskurses essentiell sind. Damit sind sie für meine Studie von besonderer Wichtigkeit, da ich die Existenz mehrerer Diskurse/Diskursstränge erwarte, die in einem starken Konkurrenzkampf um die Meinungshoheit ringen. Zunächst einmal geht es generell um die Argumentationsstruktur: Wie wird argumentiert und worauf stützt sich die Argumentation des Diskurses? Möglich sind hierbei *bisherige Erfahrungen*, „*Selbstverständlichkeiten*“, *untermauernde Beispiele*, *Expertenmeinungen*, *politische Vorgaben/Ziele*, *ökonomische Motive*, *rechtliche Vorgaben* (z.B. *Grundgesetz*) und eben auch der *Vergleich zu anderen Herangehensweisen/Lösungsansätzen und deren Diskreditierung*. Die zweite Unterkategorie behandelt mit ihrem Fokus auf rhetorische Schemata die Ausgestaltung der Argumentation: Werden Schemata wie *Metaphern*, *Allegorien*, *Wortspiele*, *Wiederholung*, *Emotionalisierung* (*Begeisterung*, *Zugehörigkeitsgefühl*, *Abgrenzung von anderen*), *Heroisierung* oder *Kampf-/Wettbewerbsrhetorik* verwendet. An dieser Stelle kann gerade in puncto Emotionalisierung oder Kampf-/Wettbewerbsrhetorik erneut nach Anzeichen für eine Berichterstattung im Sinne der Medienlogik gesucht werden.

- **Formation der Strategien**

Die Formation der Strategien führt, verallgemeinert gesprochen, die vorherigen Kategorien zu einem Gesamtbild zusammen. Hierbei muss allerdings vorangestellt werden, dass es sich um die Kategorie handelt, die in ihrem Aufbau am meisten sowohl auf meiner subjektiv geprägten

Herangehensweise als auch den Gegebenheiten des spezifischen Forschungsthemas basiert. Da Diskurse schlichtweg zu unterschiedlich sind, um sie anhand eines „Generalsrezept[s]“ (Meyen 2013: 31) untersuchen zu können, wurde es auch Foucault selbst bei der Umschreibung der Formation der Strategien „sehr schwer, ins Detail zu gehen“ (Foucault 1981: 94-95). So stellt für mich die bereits an einigen Stellen angesprochene Medienlogik und die damit geschaffene Medienrealität eine solche mediale Strategie dar, die sich aus mehreren vorherigen Kategorien zusammensetzt und konkrete Ziele sowohl im Sinne der Meinungshoheit als auch der Reichweite und/oder des ökonomischen Profits verfolgt. Es stellen sich daher in einer eigenen Unterkategorie die Fragen: *Lassen sich medienlogische Charakteristika (Sensationalisierung, Personalisierung etc.) zugunsten mediengerechter Aufmachung und der eigenen Quote/Auflage/Meinung finden? Wenn ja: welche Realität wird dadurch konstruiert?* Entscheidend ist dann die zweite Unterkategorie, die das Gesamtbild der vorangegangenen Kategorien zur jeweiligen Theorie über die „richtige“ Lösung zusammensetzt: *Welche Theorie zeichnet sich in der Zusammenfassung von Gegenständen, Äußerungsmodalitäten und Begriffen ab? Wie soll die Zukunft beider deutscher Staaten aussehen? Welche Partei ist deshalb (direkt oder indirekt) favorisiert?* Diese Fragen leiten direkt zur letzten Unterkategorie über, die mit ihrem Fokus auf die Funktion des Diskurses die Formation der Strategien abrundet (*Welchen Zweck soll der Diskurs konkret erfüllen? Wem nützt er? Welchen Einfluss hat der Diskurs auf andere gesellschaftliche Bereiche?*).

Die dargestellten Strategien bieten nicht nur die entscheidende Vergleichsmöglichkeit zwischen den Diskursen allgemein, sondern sind auch geeignet, Veränderungen innerhalb der Diskurse über den Untersuchungszeitraum hinweg festzustellen. Schließlich ist davon auszugehen, dass der Kampf um die Meinungshoheit je nach Taktik der Konkurrenz dynamisch verlaufen sein könnte. Durch identifizierbare „Bruchpunkte“ (Foucault 1981: 96) können also sowohl auf Gemeinsamkeiten/Unterschiede zwischen Diskursen bzw. Diskurssträngen als auch ebensolche innerhalb eines einzelnen Diskurses bzw. Diskursstranges hinweisen. Hierbei stellt sich letztendlich die wichtige Frage: Wer entscheidet letztendlich über diese Gemeinsamkeiten/Unterschiede?

3. Methode

3.1 Qualitative kategoriengeleitete Inhaltsanalyse

Im Sinne der Nachvollziehbarkeit des Forschungsprozesses, der zum Gewinn meiner Erkenntnisse geführt hat, ist nicht nur die bereits erläuterte Bildung des Kategoriensystems (2.5), sondern auch die Darlegung der angewandten Methode von zentraler Bedeutung. Diese „Dokumentation des Forschungsprozesses“ (Meyen et al. 2011:48) veranschaulicht dem Leser zum einen mein konkretes Vorgehen und zum anderen die Gründe, die mich zur Entscheidung für ebendiese und keine andere Methode geführt haben.

Hierbei ergibt sich bereits aus den Fragestellungen meiner Studie sowie der zugrundeliegenden Theorie einer Diskursanalyse nach Foucault die logische Konsequenz, dass ich das Thema prinzipiell qualitativ angehe. Des Weiteren handelt es sich bei meinen Untersuchungsgegenständen um Zeitungs- bzw. Zeitschriftentexte sowie Beiträge einer Nachrichtensendung, weswegen sich das nicht-reaktive Verfahren einer Inhaltsanalyse anbietet. Reaktive Verfahren wie Interviews (beispielsweise mit damals aktiven JournalistInnen und/oder ChefredakteurInnen, PolitikerInnen und BürgerrechtlerInnen) oder Gruppendiskussionen wären unbestreitbar äußerst interessant und möglicherweise für zukünftige Studien ins Auge zu fassen, gleichzeitig aber auch sehr schwer realisierbar und eingedenk des Umfangs dieser Arbeit zu aufwendig gewesen. Dass ich mich für die qualitative Inhaltsanalyse als Methode entschieden habe, begründet sich aber nicht nur durch die Ablehnung anderer Herangehensweisen, sondern auch in den Stärken dieser Methodik: im Gegensatz zur Praxis quantitativer Forschung bietet ein qualitativer Zugang die Möglichkeit, Texte auf Komposition und konkrete Inhalte sowie die enthaltenen Argumentationsmuster, rhetorischen Stilmittel und Kontexte hin zu untersuchen (vgl. Meyen et al. 2011: 143) – also auf all das, was den Kern einer Diskursanalyse nach Foucault ausmacht. Weshalb ich hierbei, wie von Meyen et al. 2011 empfohlen (vgl. ebd. 35-38), kategoriengeleitet arbeite, habe ich bereits in Punkt 2.5 dargelegt.

Mit den Stärken qualitativer Forschung gehen natürlich auch gewisse Schwächen einher (vgl. Meyen et al. 2011: 38-45), die ausdrücklicher Klärung bedürfen. Hierbei spielt vor allem die fehlende Verallgemeinerbarkeit eine wichtige Rolle: Ergebnisse können nicht statistisch untermauert und somit generalisiert werden. Die Analyse von vier West- und zwei Ostmedien – seien sie in puncto Meinungsbildung auch noch so einflussreich – legt zudem natürlich nicht alle Facetten eines bzw. mehrerer Diskurse offen; die entsprechenden Medieninhalte haben damit eher einen repräsentativen als einen die Gesamtheit abbildenden Charakter. Des Weiteren

bietet eine Inhaltsanalyse nicht die Möglichkeit, direkte Rückschlüsse auf konkrete Handlungen oder Handlungsabsichten zu ziehen. Dies betrifft zum einen die KommunikatorInnen (die JournalistInnen), deren direkten Wirkungsabsichten sich nur analytisch angenähert werden kann. Zum anderen betrifft es insofern auch die RezipientInnen, als dass ich nicht mit Sicherheit sagen kann, ob und inwieweit deren Meinungen, Weltanschauungen, Handlungen oder Wahlabsichten tatsächlich vom medialen Klima oder gar von konkreten Medieninhalten geprägt wurden. Es können diesbezüglich lediglich Vermutungen angestellt werden, die sich zum einen von den im Theorieteil beschriebenen Ansätzen bzw. Hypothesen und zum anderen von der Interpretation der Kombination aus Ereignissen und den Ergebnissen der Studie stützen lassen. Solch direkte und uneingeschränkte Medienwirkungen, wie Dovifat oder Hagemann sie noch in ihren Kommunikationsmodellen vertraten (vgl. Meyen/Löblich 2006: 66), können heutzutage generell als überholt angesehen werden. Diese Arbeit möchte aber auch grundsätzlich keine verallgemeinerbaren Aussagen darüber treffen, ob und zu welchen Teilen mediale Berichterstattung die Ereignisse der Wende und den Meinungsumschwung der DDR-Bürger beeinflusst hat. Vielmehr geht es mir darum, die Inhalte zu präsentieren: Wovon konnten DDR-Bürger inhaltlich denn überhaupt potenziell beeinflusst werden? Welche Diskurse gab es? Wie haben diese sich entwickelt bzw. wie sah der „Kampf der Meinungen“ über den Untersuchungszeitraum hinweg aus? Und worüber hat welches Medium konkret berichtet? Hieraus lassen sich Rückschlüsse auf das Meinungsklima ziehen, dem damalige MedienkonsumentInnen Tag für Tag ausgesetzt waren und lässt verstehen, aus welchen unterschiedlichen Perspektiven die Lage betrachtet werden konnte. Und damit lässt sich auch sicherlich die sich verändernde Gemütslage der Bürger ein gutes Stück weit besser nachvollziehen.

3.2 Untersuchungsgegenstände

Im Rahmen dieses Kapitels soll ein genaueres Licht auf die Untersuchungsgegenstände geworfen werden. Denn das Medium, für das ein jeweiliger legitimer Sprecher schreibt/spricht, beeinflusst durch seine redaktionelle Linie und die damit oft einhergehende auf Homogenität abzielende Struktur der Berichterstattung meist die Perspektive, aus welcher heraus die Aussagen getätigt werden. Ebenjene redaktionelle Linie kann demzufolge auch determinieren, welche legitimen Sprecher von außerhalb (z.B. PolitikerInnen, BürgerInnen mit einer bestimmten Meinung) häufiger bzw. prominenter zu Wort kommen. Ehe also Charakter, Ausrichtung und Reichweite jedes untersuchten Mediums beleuchtet werden (zuerst West-, dann Ostmedien), soll allerdings ebenso begründet werden, warum ich mich gerade für explizit diese Medien entschieden habe. Dies hat zwei Gründe: Bedeutung und Verfügbarkeit. Wie

bereits angesprochen, gehe ich von einer entscheidenden Rolle von Leitmedien (oder auch Meinungsführermedien) für die komplette Medienlandschaft und demzufolge eine gesamtgesellschaftliche Debatte aus: „Media opinion leaders are certain prestigious media that other journalists use as a source for information and a frame of reference. Opinion-leading media have a trend-setting function, presenting new issues and interpretations, thus initiating chain reactions in the media system (...)” (Mathes/Pfetsch 1991: 36, zitiert nach Wilke 2006: 30). In einem entsprechenden Aufsatz nennt Jürgen Wilke sieben Kriterien, nach denen Medien als Leitmedium eingestuft werden können: Verbreitung und Reichweite, Verbreitung und Reichweite bei der Elite (v.a. politische EntscheidungsträgerInnen), Bindung (z.B. eine große und treue Leser- bzw. Zuschauerschaft), Mediennutzung der Journalisten, Expertenurteile, publizistische Leitfunktion (siehe vorangegangenes Zitat) und Zitierhäufigkeit (vgl. Wilke 2006: 32-43). Innerhalb all dieser Kriterien kann das Abschneiden der von mir ausgewählten Medien als Berechtigung für die Bezeichnung ebenjener als Leitmedien gelten, was ich in den folgenden Porträts der Medien noch genauer untermauern werde. Bezüglich des zweiten Auswahlgrundes, der Verfügbarkeit, ist schlicht zu sagen, dass die ausgewählten Medien die größten und einflussreichsten waren, zu denen ich als Student einen guten Zugang hatte. Als Beispiel für solche Leitmedien, die unter diesem Gesichtspunkt nicht für die Analyse infrage kamen, sei die anfangs eingeplante *Frankfurter Allgemeine Zeitung* genannt, auf deren Online-Archiv ich mit meinem studentischen Universitäts-Account keinen ausreichenden Zugriff hinsichtlich Beiträgen innerhalb meines Untersuchungszeitraums habe. Nichtsdestotrotz ist die Studie mit vier bedeutenden West- und zwei ebenso wichtigen Ostmedien breit aufgestellt.

Dafür spricht alleine schon die riesige Anzahl an relevanten Beiträgen, die zum einen die Relevanz des Themas, zum anderen aber auch die dringende Notwendigkeit von Ausschlusskriterien für meine Studie belegt. Da man prinzipiell eine Masse an Beiträgen im vierstelligen Bereich hätte auswerten können, habe ich als erstes Kriterium festgelegt, dass ein Beitrag zwingend eine der Zukunftslösungen für beide Staaten (DDR-Reformen, Vereinigung) behandeln muss. Vage Beiträge über allgemeine DDR-Themen oder -Personen genügen hierfür nicht. Zweitens arbeite ich mit dem Verfahren einer theoretischen Sättigung: ich gehe davon aus, dass sich gewisse Themen bzw. Argumentationen auch über mehrere Medien hinweg stark wiederholen, sprich: dass die Analyse vieler Beiträge keine neuen Erkenntnisse und damit keinen Mehrwert für die Studie liefert. Drittens kommt der Berichterstattung rund um die in 2.1 identifizierten Schlüsselereignisse eine besondere Bedeutung zu. Diese sind Wendepunkte in der Chronologie der Geschehnisse, welche auch den Charakter der Medienbeiträge im Folgenden sicherlich verändert haben. Insgesamt habe ich natürlich zuerst einmal dennoch alle

möglicherweise infrage kommenden Beiträge über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg gelesen und auf Eignung überprüft. Die Festlegung ebenjenes Untersuchungszeitraums geht hierbei ebenfalls aus 2.1 hervor: er beginnt einen Monat vor Mauerfall (die Montagsdemonstrationen waren mittlerweile sehr groß geworden) mit dem 09.10.1989 und endet mit dem 18.03.1990, dem Tag der Volkskammerwahl (jeweils einschließlich). Diese Ereignisse stellen insofern die Eckpunkte der Analyse dar, als dass sich seit den Demonstrationen, die in den Mauerfall mündeten, bis zum Zeitpunkt der Wahl das gesellschaftliche Meinungsbild in einer in diesem Ausmaß unvorhergesehenen Art und Weise in Richtung der BRD-Administration entwickelt hat.

Hätte ich alle Beiträge ausgewertet, die die Behandlung einer der möglichen Zukunftsperspektiven beinhalten, wäre ich immer noch auf 80 bis 100 Beiträge pro Medium und damit eine Gesamtanzahl von fast 600 Artikeln bzw. Sendungen gekommen. Die etwas erhöhte Konzentration auf Schlüsselereignisse und vor allem die theoretische Sättigung aber erlaubten es, wirklich wesentliche Beiträge herauszufiltern. Somit bilden nun letztendlich 143 Beiträge (Westmedien: 101; Ostmedien: 42) das Sample dieser Arbeit. Wie sich diese über die Medien hinweg aufteilen und wie sich die Suche nach ihnen gestaltet hat, ist ebenfalls Teil der nun folgenden kurzen Medienporträts. Beginnend bei den Westmedien erfolgen diese in alphabetischer Reihenfolge, wobei ich die jeweiligen Internetpräsenzen ausspare. Diese wären in heutigen Analysen zwar gerade für die Reichweite ebenfalls ein wichtiger Faktor, haben aber logischerweise in den Jahren 1989 und 1990 noch keinerlei Rolle gespielt. Sie seien hier nur erwähnt, um in etwaigen Zahlenvergleichen dem Eindruck vorzubeugen, die entsprechenden Medien hätten an Einfluss eingebüßt, obwohl die Verringerung von Reichweite und Auflage vor allem der Verlagerung auf das Internet und der damit einhergehenden Krise traditioneller Medien allgemein geschuldet ist.

Die *BILD*-Zeitung gilt allgemein bereits seit Jahrzehnten als auflagen- und reichweitenstärkste Tageszeitung Deutschlands. Dies belegen sowohl die aktuellen (2019: 8,63 Millionen Leser pro Ausgabe, 1,37 Millionen verkaufte Auflage im vierten Quartal; vgl. Weidenbach 2020a) als auch – und das ist für mich und meinen um die dreißig Jahre zurückliegenden Untersuchungszeitraum besonders wichtig – ältere Statistiken: „Unter den (...) Chefredakteuren der 1990er Jahre (...) blieb die verkaufte Auflage stets über der 4-Mio.-Marke“ (Schröder 2018)). Durch die hieraus schon automatisch erwachsende Bedeutung, die sie in politischen Debatten erfährt, kann die *BILD* für sich beanspruchen, eines der wichtigsten Leitmedien der Bundesrepublik zu sein. Dies wird auch durch die Zitierhäufigkeit in Beiträgen anderer Medien

(in den Messungen der letzten Jahre immer mindestens Platz 2 im entsprechenden bundesweiten Ranking, vgl. u.a. Media Tenor 2019) und noch entscheidender durch die ihr von politischen Eliten zugemessene Rolle in Agenda-Setting und Willensbildung der Bürger zementiert, wie das Beispiel des Altkanzlers Gerhard Schröder zeigt: „Zum Regieren brauche ich *Bild*, *Bams* [Anmerkung: *Bild am Sonntag*] und Glotze“, hatte der Medienkanzler einst gesagt. Auch heute gilt noch: „So erreicht man die Massen“ (Tjong 2015). Wenn also Albrecht Müller gerade der *BILD* eine massenmanipulative Funktion im Wandlungsprozess der Wende zuschreibt, erfüllt ebendieses Medium definitiv zumindest am meisten über die nötigen Voraussetzungen dafür. Die Zeitung gilt sowohl hinsichtlich ihrer boulevardesken Themensetzungen als auch Formulierungen als kontrovers: „Gleichzeitig ist das Blatt so umstritten wie kaum ein anderes deutsches Medienerzeugnis. Als populärkulturelles Medienprodukt und darüber hinaus als Deutschlands einzige überregionale Boulevardzeitung zieht *Bild* Skepsis und Argwohn der Kultur- und Medienkritik an wie keine andere“ (Brichta 2010: 202). Die *BILD* gilt zudem als konservativ-national; sie ist „von links gehasst und von rechts mit ‚nun denn‘ apostrophiert“ (Dorsch-Jungsberger 2007: 11). Laut ihrer Kritiker bedient sie vor allem emotionale Affekte der RezipientInnen, „um die Aufmerksamkeit für das Produkt zu steigern und dadurch die Kaufbereitschaft zu erhöhen: Angst einjagen, der Eitelkeit schmeicheln, Gier stimulieren, Neid schüren, Zorn anfachen bis hin zum Aggressionsanschub. Bei *Bild* heißt das: Stimmung machen, aufgreifen und verstärken, Polarisierung, persönliche Diffamierung, Provokation, Tabuverletzung und mehr“ (ebd.: 12). Damit betreibt sie – und dies ist eben gerade im Hinblick auf Albrecht Müller interessant – „Kampagnenjournalismus“, der finanzielle und gesellschaftliche Ziele verfolgt (ebd.: 13). Diese auch auf Medienlogik hinweisenden Charakteristika, werden im Rahmen meiner Studie genauer untersucht. Dabei wies die *BILD* die höchste Schwierigkeit bezüglich ihrer Beschaffung auf: vertreten in keinem Online-Portal, ist sie nur in Archiven verfügbar. Da nahezu alle Archive für den größten Teil des Zeitraums der Corona-Pandemie geschlossen wurden, war ich dazu gezwungen, mich wiederholt an der Anmeldung um die begehrten Termine im Allgemeinen Lesesaal der Bayerischen Staatsbibliothek zu bemühen, was die Beschaffung des Materials stark verlangsamte. Dennoch konnte ich schließlich alle relevanten Beiträge dieses für meine Studie besonders wichtigen Mediums einsehen, von denen es schlussendlich 28 ins Sample geschafft haben.

Betrachtet man den Einfluss eines Mediums auf die Inhalte anderer Medien beispielsweise anhand der Zitierhäufigkeit (hier meist Platz 1, vgl. u.a. Media Tenor 2019), behauptet sich im publizistischen Wettbewerb vor allem der *SPIEGEL* auf Augenhöhe mit der *BILD*-Zeitung: „Das Hamburger Nachrichtenmagazin zählt immer zu den ersten, die in Diskussionen über

Agenda-Setter und Meinungsführer genannt werden“ (Bönisch 2006: 1). Das wöchentlich erscheinende Magazin (2019: 4,66 Millionen Leser pro Ausgabe, 705.000 verkaufte Exemplare; vgl. Weidenbach 2020b) erwarb diesen Status spätestens mit der als „*SPIEGEL*-Affäre“ bekannten juristischen Auseinandersetzung aus dem Jahre 1962, in dem es symbolisch für den Sieg der Pressefreiheit über den Vorwurf des „Landesverrats“ stand (vgl. Doerry/Janssen 2013: 1-3). Der *SPIEGEL* wird grundsätzlich eher im linken als im konservativen Spektrum verortet und ist vor allem für politische Enthüllungen sowie lange, sprachlich ausgeschmückte und meinungsstarke Artikel/Reportagen bekannt: „Augstein [Anmerkung: Gründer und langjähriger Herausgeber] nannte das Magazin einmal ‚im Zweifel links‘ (...). Augstein verstand seine Publikation als ersten Wächter der Demokratie und nicht als Propagandist gesellschaftlicher Entwicklungen. Ins Herz des redaktionellen Selbstverständnisses trifft hingegen die Kritik an Sprache und Erzählstil des Magazins: Hans Magnus Enzensberger monierte bereits 1957, die auf das politische Personal zugeschnittenen Geschichten seien nur ein Ersatzstoff für wahre, an Problemen und Sachfragen orientierte Aufklärung“ (Kohler 2016). Dadurch, dass der *SPIEGEL* seine alten Ausgaben auf seiner Internetseite archiviert hat und in voller Länge gratis zur Lektüre freigibt, was dieses Medium vergleichsweise leicht zu beschaffen. In meinem Sample finden sich insgesamt 29 *SPIEGEL*-Beiträge.

Als Repräsentant einer sogenannten „Qualitätszeitung“ ist die *Süddeutsche Zeitung* (kurz: *SZ*) in meiner Studie vertreten. Aus dieser ihr von innen und außen zugeschriebenen Rolle erwächst ihre überregionale gesellschaftliche Relevanz: „(...) Quality Papers wie die ‚*Süddeutsche Zeitung*‘ gehören ‚traditionell zu denjenigen Medien, die durch Eliten und Entscheidungsträger in Wirtschaft und Gesellschaft besonders intensiv genutzt werden. (...) So treffen diese Entschlüsse mit weit reichenden Konsequenzen, die unter anderem durch das seitens der Qualitätspresse bereitgestellte Fachwissen abzusichern sind“ (Schenk/Mangold 2011: 239). Die Tageszeitung, die auch vergleichsweise hohe Werte in puncto Reichweite und Auflage vorweisen kann (2019: nach *BILD* zweithöchste Reichweite einer überregionalen Tageszeitung mit 1,28 Millionen Lesern, 2020: 308.000 verkaufte Exemplare im zweiten Quartal (ebenfalls direkt hinter *BILD*); vgl. Weidenbach 2020c und 2020d), ist in politischer Hinsicht „damals wie heute nicht eindeutig einer bestimmten Richtung zuzuordnen. (...) Erst ab der Bundestagswahl 1957, als die CDU/CSU die absolute Mehrheit errang, glaubten manche, bei der *SZ* eine Nähe zur Politik der Sozialdemokraten erkennen zu können. Als größter gemeinsamer politischer Nenner für die *SZ* tauchte dann immer wieder der Begriff ‚linksliberal‘ auf“ (Von Harbou 2015: 6-7). Man kann also am ehesten von einer „Mitte-links“-Ausrichtung

des Blattes ausgehen. Die Sichtung des Materials war über den E-Medien-Login für Studenten möglich. Mit einem solchen universitätsinternen Account ist Zugriff auf eine SZ-Datenbank gewährt, die alle Beiträge auflistet. Letztendlich ist die *Süddeutsche Zeitung* mit 23 Beiträgen im Sample vertreten.

Die *ARD-Tagesschau* ist nicht nur die älteste Nachrichtensendung (seit 1952) des deutschen Fernsehens, sie ist von Beginn an bis heute auch die meistrezipierte und dementsprechend einflussreichste: 9,8 Millionen Zuschauer konnten im Jahr 2019 gemessen werden. Zum Vergleich: die zweitplatzierte *ZDF-Nachrichtensendung heute* kommt im selben Zeitraum auf 3,81 Millionen Zuschauer (vgl. Weidenbach 2020e). Die Relevanz der *Tagesschau* speist sich vor allem auch aus dem Vertrauen, das ihr ihr Publikum entgegenbringt. So wird die Nachrichtensendung, die laut NDR-Staatsvertrag offiziell zur komplett objektiven Berichterstattung verpflichtet ist (vgl. Gordeeva 2017: 29) und neben dem Hauptsender *ARD* auch „in den Dritten Fernsehprogrammen (außer *MDR*), bei *3sat*, *Phoenix*, *tagesschau24*, *ARD-alpha* und *One*“ täglich läuft (ebd.: 29), von vielen Bürgern gar „als Synonym für Nachrichtensendungen verwendet“ (Gscheidle/Geese 2017: 314). Infolge des Fakts, dass die *Tagesschau* öffentlich-rechtlich und damit von den BürgerInnen selbst finanziert ist, befindet sie sich in einem „Spannungsfeld von erstens den Abhängigkeiten des Rundfunks von Politik und Ökonomie, zweitens der journalistischen Idealvorstellung der universell gültigen, wahrheitsgemäßen Berichterstattung und drittens der Einschaltquote als Indikator für Erfolg“ (Schäfer 2007: 30). Das hier angesprochene Ideal einer komplett objektiven Berichterstattung wird im Verständnis meiner Studie als uneinlösbare Utopie betrachtet. Folgerichtig ist hier keine unmittelbar erkennbare politische Ausrichtung dieses auch schon im Untersuchungszeitraum extrem einflussreichen Mediums vonnöten, um anhand der Analyse von Komposition, Argumentation und den zu Wort kommenden legitimen Sprechern Muster eines jeweiligen Diskurses zu identifizieren. Insgesamt haben es 21 Beiträge aus der Fülle der 20:00 Uhr-Sendungen in die endgültige Auswahl geschafft. Die Sichtung des Materials gestaltete sich hierbei vergleichsweise einfach: auf der Internetseite der *Tagesschau* ist es möglich, sich alle 20:00 Uhr-Sendungen in einem Archiv direkt anzusehen.

Als Vergleichsmöglichkeit und – noch viel eher – als Gradmesser dafür, wie stark sich eventuell die von den Westmedien geprägten Diskurse auch in den Medien des Ostens niederschlugen, habe ich mich für zwei DDR-Zeitungen entschieden, die charakteristisch für die Medienlandschaft der DDR standen und zugleich heute noch existieren. Hierbei ist es mir wichtig, dass sich trotz ihrer systembedingten Nähe zur SED-Politik auch ein Vergleich

zwischen den beiden Blättern selbst lohnt, sprich: dass sie sich dennoch in Aufbau sowie Leserschaft unterscheiden. Neben der Zeitung *Neues Deutschland*, für die ich mich aufgrund ihrer allgemeinen Bedeutung zuerst entschieden habe (siehe unten), sprachen zum einen ebendiese Gesichtspunkte für die *Berliner Zeitung (BLZ)*. Ein weiterer Faktor war außerdem die Beschaffung: gerade diese beiden Medien lassen sich nach Anmeldung in einem medienhistorischen Internetportal der Berliner Staatsbibliothek einsehen. Bezüglich der *Berliner Zeitung* im Allgemeinen ließ sich Stand 1997 Folgendes sagen:

„Die 1945 gegründete *Berliner Zeitung* erschien im größten DDR-Verlag, dem SED-eigenen Berliner Verlag. Sie unterstand dem Zentralkomitee und erfüllte zugleich die Aufgaben eines Organs der Berliner SED-Bezirksleitung. Im Sommer 1990 übernahmen Gruner + Jahr (G+J) und die Maxwell-Mirror-Group den Berliner Verlag als Joint Venture. Die Auflage der *BZ* [Anmerkung: dieses Kürzel wird heute für eine andere Zeitung verwendet, daher eigentlich *BLZ*] sank von anfänglich 400 000 (1989) auf 270 000 (1992), ein Zehntel wird seit 1991 in den Westbezirken der Stadt abgesetzt. Die gut behauptete Stellung in ihrem alten Verbreitungsgebiet und ihr Charakter als liberal gesinnter Generalanzeiger macht die *Berliner Zeitung* vergleichbar mit den anderen 14 ehemaligen SED-Regionalzeitungen.“ (Kapitza 1997: 21)

Vor allem der letzte Satz qualifiziert das Medium insofern für meine Studie, da er zeigt, dass es zumindest in Ansätzen als repräsentativ für eine Vielzahl anderer Medienangebote der DDR gelten kann. Ansonsten ist das Zitat natürlich mittlerweile veraltet: das Blatt ist nach mehreren Wechseln der Eigentümer mittlerweile in der Hand von Privatbesitzern und verbucht für das vierte Quartal 2019 eine Auflage von 83800 Exemplaren (vgl. Weidenbach 2020f). Der heutige Einfluss auf bundesdeutsche gesellschaftliche Debatten kann also als eher gering eingeschätzt werden, wobei dies wohl auf die meisten ehemaligen DDR-Medien zutrifft. Doch im Rahmen des Untersuchungszeitraums ist es besonders interessant zu sehen, wie eine SED-Regionalzeitung mit der Situation im Land und möglicherweise auch der schrittweise erfolgenden Ausweitung der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten umging. Die *Berliner Zeitung* ist mit 22 Beiträgen im Sample vertreten.

Den Schluss dieser Aufzählung bildet ein Medium, das wie kein anderes Printprodukt für die direkte Lenkung der Presse durch das DDR-Regime stand: das *Neue Deutschland (ND)*. Das Zentralorgan der SED galt als Leitmedium Nummer eins: „Eine besondere Rolle nahmen das *Neue Deutschland*, die *Aktuelle Kamera* und der *ADN* ein: Da sie direkt ‚von oben‘ angeleitet wurden, gaben sie die aktuelle politische Lesart für alle anderen Medien vor – insbesondere für die Presse in den Bezirken, die nur sporadisch Vertreter nach Berlin schicken musste“ (Fiedler/Meyen 2011: 10). Dementsprechend handelte es sich bei den dort arbeitenden JournalistInnen laut Günter Schabowski (der nicht nur hochrangiger SED-Politiker, sondern zeitweise auch Chefredakteur des *ND* war) um die qualifiziertesten des Landes (vgl. ebd.: 13).

Die Relevanz des Mediums innerhalb der DDR und damit auch für meine Studie ist damit mehr als eindeutig dargelegt:

„Das SED-Zentralorgan war vor allem im politischen Alltag der DDR ein unersetzlicher Begleiter. In Parteiversammlungen oder im Betrieb durfte getrost das wiedergegeben werden, was man morgens im *ND* gelesen hatte. Dass die Zeitung von ihren Lesern dabei so wahrgenommen wurde, wie sie gedacht war (als ‚Sprachrohr‘ der SED-Führung), traf auch auf die zweite wichtige Zielgruppe im Ausland zu (...). Politiker, Botschafter oder ausländische Medien deuteten die Zeitungsinhalte als offizielles Statement der SED und versuchten, auf die Position und die Ziele der DDR-Führung zu schließen.“ (Fiedler/Meyern 2011: 13)

Gerade die Essenz dieser Ausführung macht das Medium so interessant: Wie äußern sich die von Westmedien geprägten Diskurse im Rahmen des im Printbereich wichtigsten Zentralorgans der DDR-Regierungspartei? Verändert sich dies über den Untersuchungszeitraum hinweg? Wenn ja, wie? Wie werden Ereignisse kommentiert? Und gibt es markante Unterschiede zu den Inhalten der *Berliner Zeitung*? Zumindest eines ist im Vergleich zu den Westmedien unwahrscheinlich: da hier nicht auf Quote bzw. Verkaufszahlen geachtet werden muss, sollten Tendenzen der Medienlogik weniger stark ausgeprägt sein. Lässt sich hier doch etwas finden, könnte dies bei dem sonst eher trockenen Stil der DDR-Zeitungen (vgl. ebd.: 7) als besonderes Ringen um Aufmerksamkeit interpretiert werden, was an und für sich schon ein aussagekräftiges Ergebnis wäre. Jedenfalls kann von einer solchen Bedeutung, die das *Neue Deutschland* in der DDR erfahren hat, in der heutigen Zeit nicht mehr gesprochen werden. Vermutlich in der Rezipientenwahrnehmung zu stark mit der DDR und den Praktiken ihrer Herrschaft verknüpft, kommt die seit 2020 in „*nd. Der Tag*“ umbenannte und laut eigenem Verständnis immer noch sozialistisch ausgerichtete Tageszeitung im zweiten Quartal 2020 auf eine Auflage von 19500 Exemplaren und ist damit heutzutage das mit Abstand kleinste Medium meiner Auswahl (vgl. Weidenbach 2020g). In meinem Sample finden sich 20 Beiträge aus dem *Neuen Deutschland*.

3.3 Untersuchungsablauf

Da die Masse an Beiträgen, wie bereits im letzten Kapitel angeklungen, immens ist, geht damit auch eine riesige Menge an angesprochenen Themen einher. Beides stellte mich als Forscher im Rahmen dieser Untersuchung vor die grundlegende Herausforderung, die für mein Forschungsthema wirklich relevanten Ergebnisse herausfiltern zu können. Für ein solches Unterfangen ist allgemein eine systematische Vorgehensweise vonnöten. So habe ich mich zum einen intensiv mit den Untersuchungsgegenständen beschäftigt und dabei sowohl mit der Technik des „Close Reading“ als auch mit der Paraphrasierung der Textstellen gearbeitet (vgl.

Meyen et al. 2011: 171-172). Zum anderen habe ich mich natürlich, wie bereits in 2.4 und 2.5 angesprochen, an Theorie und Kategoriensystem orientiert.

Hierbei war es wichtig, sowohl die Forschungsfragen als auch meinen Plan für die Präsentation im Ergebnisteil im Auge zu behalten, um gezielt arbeiten zu können. Es gilt hier nämlich – wie auch in der im Anschluss erfolgenden Darlegung für den Aufbau des Ergebnisteils beschrieben – den Unterschied zwischen den identifizierbaren Diskursen als Ganzem und der jeweiligen Berichterstattung einzelner Medien zu beachten. Hier können beispielsweise je nach Medium verschiedene Argumentationsschemata oder auch unterschiedliche Stile praktiziert werden, obwohl die mit diesen Mitteln geformten Aussagen zu ein und demselben Diskurs bzw. Diskursstrang zählen. Des Weiteren müssen Diskurse nicht in „Reinform“ auftreten, es kann auch Beiträge geben, in denen Formationen mehrerer Diskurse bzw. Diskursstränge auffindbar sind. Im Grundprinzip war daher vor allem immer die Rückbesinnung auf das wichtig, was die Diskurse bzw. Diskursstränge voneinander separiert: das politische Ziel, sprich: die angestrebte/präferierte Zukunftslösung für die beiden deutschen Staaten. Selbst wenn dies nicht eindeutig geäußert wurde, war es nach eingehender Beschäftigung mit dem Material bald offensichtlich, welche Art der Aussagen, welche Platzierung legitimer Sprecher oder welche Argumentationsstrukturen einer bestimmten Zukunftsaussicht nützen – und damit zum jeweiligen Diskurs gehören. Dies kann durchaus auch für Medien gelten, die ansonsten möglicherweise in allen anderen Beiträgen einem anderen Diskurs/Diskursstrang zuzuordnen sind. Ich habe quasi mit dem jeweiligen Ziel als Ausgangspunkt begonnen, um die Strategien, die in ebendieses münden sollen, identifizieren zu können. Dazu habe ich Aussagen und Positionen zu besonders dominant auftretenden Themen zusammengefasst und dadurch einen Eindruck von der Wichtigkeit bestimmter Themenkomplexe sowie der unterschiedlichen Darstellung/Interpretation derselben Ereignisse in verschiedenen Diskursen/Diskurssträngen gewonnen. Mithilfe dieser Informationen habe ich die dabei verwendeten rhetorischen Muster sowie die Auswahl der zu Wort kommenden Personen/Institutionen dekonstruiert und schließlich ein komplettes Bild des jeweiligen Diskurses/Diskursstranges zusammensetzen können.

Da aber, wie bereits verdeutlicht, die Unterscheidung zwischen Medium und jeweiligen Diskurs/Diskursstrang nicht eindeutig verläuft, sollen nicht nur die Diskurse allgemein veranschaulicht werden, sondern auch die Medien im Einzelnen. Dies führt mich zum Aufbau des Ergebnisteils, der folgerichtig aus mehreren Teilen besteht, die im Folgenden kurz erläutert werden sollen:

1. Die Diskurse: Zunächst werden die identifizierten Diskurse/Diskursstränge vorgestellt. Hierbei ist die Anmerkung wichtig, dass ich nicht stoisch die Kategorien des Kategoriensystems nacheinander abgearbeitet habe. Vielmehr wollte ich ein Gesamtbild erstellen, das zum einen den jeweiligen Diskurs/Diskursstrang als Ganzes porträtiert und sich zum anderen auf diejenigen Punkte konzentriert, anhand derer die Diskurse prinzipiell vergleichbar sind. Daher finden sich trotz der Entscheidung für eine relativ freie Darstellung der diesbezüglichen Ergebnisse bestimmte Konstanten wieder, anhand derer Gemeinsamkeiten/Unterschiede zwischen den Diskursen/Diskurssträngen ersichtlich werden. Wie prominent werden die Themen beispielsweise präsentiert? Handelt es sich bei den jeweils schreibenden/sprechenden JournalistInnen immer um dieselben oder um unterschiedliche Personen? Welche legitimen Sprecher kommen wo, wann und wie zu Wort? Wie lässt sich die Rhetorik des Diskurses/Diskursstranges umschreiben? Hieraus werden die Strategien abgeleitet: Wie sieht die „ideale“ Zukunft für beide Staaten aus? Wie soll dieses Ziel erreicht werden? Inwiefern setzt sich hieraus – auch zu eigenen Gunsten – eine medienlogische Strategie zusammen? Wem nützt der Diskurs/Diskursstrang? Und wer entscheidet über Gemeinsamkeiten/Unterschiede zwischen den Diskursen/Diskurssträngen?
2. Medienporträts: Wie bereits dargelegt, gibt es bereits Untersuchungen, die einen generellen Einfluss der westmedialen Berichterstattung auf die Ereignisse der Wende beschreiben. Meine Untersuchung allerdings konzentriert sich erstmals auf die tatsächlichen Medieninhalte, die einen solchen Einfluss ausgelöst haben könnten. Folgerichtig ist es von besonderem Interesse, für jedes Westmedium im Einzelnen darzulegen, wie diese Inhalte jeweils aussahen. Ich beschreibe also nicht nur, welche Diskurse/Diskursstränge in einem bestimmten Medium auffindbar waren, sondern zeige mithilfe von Textstellen sowie Beispielen, was tatsächlich konkret geschrieben wurde. Damit soll ein Gesamtbild des Verhaltens bzw. der Strategie eines einzelnen Mediums in dieser relativ turbulenten Umbruchszeit rekonstruiert werden, das sich mit den Gesamtbildern bezüglich der anderen Westmedien vergleichen lässt.
3. Zeitliche Entwicklung: Dieses Ergebniskapitel ist insofern von besonders zentraler Bedeutung, als dass der Wandlungsprozess der Wende als äußerst dynamisch einzustufen ist. Da die Untersuchungsgegenstände (in diesem Kapitel nur West) tages- bzw. wochenaktuell auf Ereignisse bzw. – und dies ist entscheidend – auf die Berichterstattung der Konkurrenz reagieren, muss demzufolge auch von einer dynamischen Berichterstattung ausgegangen werden. Dies können direkte Reaktionen

auf Ereignisse bzw. Medieninhalte anderer Westmedien sein. Es kann sich aber zeitgleich auch um über den gesamten Zeitraum hinweg ablaufende unterschwellige Prozesse handeln, die eine Veränderung in eigener Haltung und/oder ein stärkeres/schwächeres Aufkommen an Aussagen einzelner Diskurse/Diskursstränge beinhalten. Hier liegt die Quintessenz meiner Studie, denn hier erwarte ich ebenjenen Wandel, der dazu geführt hat, dass aus den auf Reformen pochenden DDR-Bewegungen eine Wahl zur Vereinigung durch Anschluss wurde. Denn falls eine solche Verschiebung der Aufmerksamkeit auf eine oder mehrere bestimmte Lösungen in den Westmedien stattgefunden hat, wurde diese für die Rezipienten Teil ihrer Realität – und damit möglicherweise Grundlage für ihre Wahlentscheidung. Dieses Kapitel bildet also anhand der identifizierten Schlüsselereignisse den im „Kampf“ der Diskurse/Diskursstränge potenziell stattfindenden Wandel der Berichterstattung ab.

4. Die Diskurse in den Ostmedien: Das abschließende Ergebniskapitel bringt die Ostmedien ins Spiel. Hierbei soll, wie bereits angeklungen, nicht nur der Vergleich zwischen Ost- und Westmedien, sondern auch zwischen den beiden Ostmedien selbst gezogen werden. Hierzu wird zunächst vor allem nach der Existenz der vom Westen geprägten Diskurse/Diskursstränge in den Medieninhalten der Ostzeitungen gesucht. Anschließend geht es um eine möglicherweise DDR-eigene Ausgestaltung dieser Diskurse/Diskursstränge: Wo liegen Gemeinsamkeiten/Unterschiede in Darstellung, Personen, Rhetorik, Argumentation und Strategie? Im größeren Kontext betrachtet, schließen sich zwangsläufig zwei weitere Fragen an: Wie stehen diese Diskurse/Diskursstränge in Bezug zueinander und welche Gewichtung erfahren sie hinsichtlich ihrer Bedeutung bzw. hinsichtlich der Strategien, die das Ostmedium bzw. die Ostmedien verfolgt/verfolgen? Wie verändert sich dies über den Untersuchungszeitraum hinweg? Das Kapitel umfasst also in kürzerer Form die Punkte, die in den vorherigen Kapiteln bezüglich der Westmedien festgehalten wurden.

Im Sinne von Transparenz und lebendiger Gestaltung findet sich in jedem Ergebnisteil eine Vielzahl von Zitaten und Ankerbeispielen (vgl. Meyen et al. 2011: 170). Da qualitative Forschung lediglich Interpretation zulässt, sind diese außerdem Stützpfiler für die von mir gezogenen Rückschlüsse. Es sei außerdem erwähnt, dass es zwischen den Inhalten der einzelnen Kapitel zwangsläufig immer wieder zu Überschneidungen kommt. Der Aufbau des Ergebnisteils bildet eher ein Gerüst für die Ergebnispräsentation, ist aber nicht vollkommen starr definiert. Eine solch unflexible Herangehensweise würde das komplexe Thema auch nicht gestatten.

4. Ergebnisse

4.1 Europa, Geschichte und die BRD als Entwicklungshelfer: Der Reformdiskurs

„Ich möchte nicht wiedervereinigt werden. Mich drängt nichts in jenen Reichsverband zurück, über dessen Wiege das Schwert hing und dessen Segnungen in gut 40 halbwegs friedlichen, viertelwegs demokratischen Jahren vom größtenwahnsinnigen Endgalopp in den Ersten Weltkrieg bei weitem überragt wurden. (...) Wenn der Krenz den Mut hat, dann soll er das DDR-Fernsehen entschnitzeln, soll seine Zeitungen nicht zensieren, seine Leute demonstrieren und nach Westen reisen lassen. (...) Zurück kann er sowieso nicht mehr. Geht er aber den versprochenen Weg, (...) dann haben die DDR und die deutsch-deutsche Annäherung ihre Chance. (...) Das alles hat mit "Wieder"-Vereinigung im Sinne der westdeutschen Berufsvertriebenen und nationalistischer oder sentimentaler Gesamt-Deutschland-Schwärmer nichts zu tun. Und wird auch nicht dadurch verdaulicher, daß der rechte Flügel der Union ihnen nach dem Maule schreit. 80 Prozent der Westdeutschen gierten nach Wiedervereinigung, sagen sie - aber sie verschweigen, daß man den Demoskopierten die realistischen Alternativen vorenthalten hat. (...) Sind vereinigte Ost- und Westdeutsche wichtiger als vereinigte Ost- und Westeuropäer? Wer beides will - und nur beides zusammen geht, bedingt einander -, braucht die Gunst der Stunde. (...) Wer sich so, ideologiefrei und pragmatisch, einander nähert, dem werden selbst neidische Nachbarn oder hegemoniale Großmächte auf Dauer die freie Selbstbestimmung über ein nachbarliches oder gar konföderiertes Zusammenleben der beiden Deutschland [sic!] nicht verwehren können.“ (Böhme im *SPIEGEL* vom 30.10.1989: 20-21)

Dass das Eingangszitat des damaligen *SPIEGEL*-Chefredakteurs Erich Böhme so lang ausgefallen ist, liegt daran, dass es bereits sehr anschaulich wesentliche Themen und Charakteristika ebenjenes Diskurses darstellt, der auf grundlegende Reformen innerhalb der DDR abzielt: des Reformdiskurses. Entgegen der heutzutage oft suggerierten Vermutung, eine solche Meinungsposition habe es nur im Osten (und dort auch nur bei Günstlingen des Systems) geben können, lässt sich auch in Medieninhalten des Westens ein Diskurs rekonstruieren, dessen Argumentation pro tiefgreifende Reformen des DDR-Systems letztendlich auch die Zweistaatlichkeit Deutschlands entweder für einzig realistisch oder gar für wünschenswert hält. Im Folgenden soll erläutert werden, wie sich der Reformdiskurs ausgestaltet.

Zunächst einmal muss ganz grundsätzlich festgestellt werden, dass die Zweistaatlichkeit vor allem zu Beginn des Untersuchungszeitraums für viele Menschen innerhalb beider deutscher Staaten eine Selbstverständlichkeit darstellt. Auf dieser Basis tritt vor allem nach den Demonstrationen des 09. Oktobers der Reformdiskurs in den Westmedien auf den Plan. Die im Sinne der Reformen positiv konnotierten Proteste markieren hierbei sein erstes Hauptthema. Der Reformdiskurs konstruiert hierfür das Bild eines auf vielen Ebenen kaputten Nachbarlandes und unterteilt dabei in zwei explizit voneinander getrennte Gruppen: Regierung und Bevölkerung. „Die“ Bevölkerung ist hierbei aber kein Synonym für die Protestbewegung bzw.

die Menschen, die gerade gegen die Zustände im Land demonstrieren. Neben der Darstellung ebendieser unterstützenswerten Bewegung wird das Bild einer im gleichen Maße bedauernswerten Gesamtbevölkerung gezeichnet, die jahrzehntelang unter einem totalitären und ideologisch verblendeten Regime gelebt hat (hier gilt: dass die eigene Weltanschauung ebenso eine Ideologie darstellt, ist nicht sagbar). Der Reformdiskurs hat also den Schuldigen für die Misere in der bisherigen Regierung, konkret der Honecker-Administration, ausgemacht. Die dem gegenüber stehenden Bürger, ob auf der Straße oder nicht, wollen mehrheitlich einen besseren Sozialismus, was durch den Hinweis auf die artikulierten Wünsche der Oppositionsgruppen belegt wird (vgl. Hinze in der *SZ* vom 09.10.1989: 3). Dieser Zukunftsperspektive schließt sich der Reformdiskurs im Westen auch durch das Stilmittel der Heroisierung an: zum einen der Protestbewegung selbst, zum anderen des für Glasnost und Perestroika stehenden Gorbatschow.



Abbildung 12: Das Bürgerbüro der Bewegung „Neues Forum“ in Torgau 1989

Dadurch, dass der Diskurs von den historischen Gegebenheiten geprägt wurde, ändert er sich folgerichtig auch, als ebendiese sich ändern: die Absetzung Honeckers und die Kür von Egon Krenz als Nachfolger bringen den Vereinigungsdiskurs (s. 4.2 und 4.4) endgültig auf den Plan. Diese Konkurrenzsituation verändert die vorherige Diskursdynamik; direkte Bezugnahmen zum Gedanken der Vereinigung, eine andere

Themenaufbereitung sowie unterschiedliche Positionen innerhalb des eigenen Diskurses treten auf. Denn an der Person Egon Krenz scheiden sich die Geister: während einige (wie z.B. Erich Böhme, s.o.) dem neuen Mann an der Spitze die Chance geben wollen, seinen Reformwillen zu beweisen, ist er für andere das Symbol der alten Administration und demnach nicht zu Reformen in der Lage. Der Diskurs erzeugt hierbei einen Eindruck, den man auch bei der Betrachtung seines Konkurrenzdiskurses gewinnt: der Westen unterstützt die Reformbewegung in der DDR gerne, solange sie seinen eigenen Vorstellungen entspricht – und somit auch die Personenwahl aus neuen Köpfen bzw. „genehmen“ Kandidaten besteht. Der als eher auf den Westen zugehend geltende Regierungschef Modrow wird deutlich positiver konnotiert. Jedenfalls ist dies die hauptsächliche Unstimmigkeit innerhalb des Reformdiskurses: Reformen mit oder ohne SED?

Auf der argumentativen Ebene möchte der Diskurs vor allem Vernunft vermitteln. Dementsprechend wählt er oft eine professionelle oder taktische Perspektive. Auch die Sprache soll Vernunft vermitteln, die den sich überschlagenden, zu Hektik verführenden Ereignissen entgegensetzt werden soll: es gilt, mit oftmals sachlicher, gebildeter, belehrender und Selbstverständlichkeit vermittelnder Sprache den Eindruck zu erzeugen, dass die schreibenden Journalisten bzw. Qualitätsmedien vor allem aufgrund ihrer tiefgreifenden Expertise wahrlich als legitime Sprecher angesehen werden können, die den Rezipienten Orientierung vermitteln und ihnen die nötige Sachkenntnis liefern, um das „große Ganze“ zu sehen (ein Argument gegenüber dem Konkurrenzdiskurs, der als kurzsichtig und emotional diskreditiert wird). Denn obwohl der Diskurs Makro- (Gesamteuropa; Militärbündnisse), Meso- (Angelegenheiten beider deutscher Staaten bzw. eines der beiden Staaten; z.B. Wirtschaft) und Mikroebene (bezogen auf die Bürger selbst) abdeckt, gilt sein Hauptaugenmerk der Makroperspektive. Hierbei ist schon die Themenauswahl so strukturiert, dass die Themen selbst bereits Argumente für die eigene Position darstellen: Europäische Integration, Mächtegleichgewicht zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs und die deutsche Historie werden dem Vereinigungsdiskurs als Gegenargumente gegenübergestellt:

„Die deutsche Frage hat ja nie den Deutschen alleine gehört (...). Wiedervereinigung durch Anschluß an den Westen kann auch der aufgeklärteste Herrscher in Moskau nicht akzeptieren; jegliche andere Lösung müßte die kostbaren Bindungen an den Westen gefährden von der EG bis zur NATO. (...) Erst wenn Europa zusammengewachsen ist - wenn militärische Stabilität und Gleichgewicht entgültig in die Statistenrolle abgedrängt worden sind -, stellt sich die nationale Frage im Herzen Europas in neuem Licht. Die Trasse auf dem Weg zum ganzen Europa ist noch längst nicht stabil genug, um schon morgen das Gewicht des ganzen Deutschlands zu tragen.“ (Joffe in der SZ vom 28.10.1989: 4)

Abgesehen davon, dass man also schon aus historischer Sicht nicht in die Landesgrenzen eines Deutschen Reiches zurück möchte, wird die europäische Integration als bedeutend wichtiger als die deutsche Frage angesehen. Hierbei gilt es, die Bündnispartner nicht mit „großdeutschen“ Visionen zu verschrecken. Außerdem lässt sich aus den Aussagen des Diskurses eine Sorge um das komplizierte Mächtegleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Pakt erkennen: Welchem Bündnis sollte ein vereinigtes Deutschland angehören, ohne das andere in Alarmbereitschaft zu versetzen? Eine mögliche Neutralität Deutschlands kommt für die journalistischen Sprecher nicht infrage, da die EG als großartige Errungenschaft heroisiert wird.

Trotz der großen Bedeutung der Makroperspektive ist vor allem ein Thema der Mesoebene kennzeichnend für den Reformdiskurs in den Westmedien: die Wirtschaft. Grundsätzlich ist die BRD dabei in den Augen des Diskurses grundsätzlich verpflichtet, dem Nachbarland finanziell in hohem Maße zur Seite zu stehen. Es findet eine Legitimierung des eigenen Systems statt: ohne die Hilfe der nicht ohne Grund wirtschaftlich mächtigeren BRD ist die DDR nicht nur

nicht reform-, sondern generell nicht existenzfähig. Daher ist auch für den Reformdiskurs klar: der Erhalt des politischen Systems in der DDR wird bejaht, der Erhalt der Planwirtschaft klar verneint. Es soll sich beim angestrebten System dementsprechend um einen Sozialismus mit zumindest ganz grundlegenden kapitalistischen Marktmechanismen handeln (wobei eventuell Sympathien für das System Sozialismus und weltanschauliches Interesse für dessen Erhalt nicht sagbar sind). Über die Art der Beteiligung des Westens an der Etablierung einer solchen Ordnung lassen sich zwei unterschiedliche Positionen innerhalb des Diskurses finden. Zum einen gibt es Beiträge, die eine allzu arrogant wirkende Einmischung der BRD in die Angelegenheiten inklusive eines breiten Katalogs an politischen Forderungen ablehnen (diese halten auch über einen längeren Zeitraum noch Reformen durch die SED für möglich; vgl. u.a. *SPIEGEL* vom 16.10.1989: 29-30). Zum anderen lassen sich Äußerungen finden, die darauf pochen, dass die DDR nun einmal finanzielle Hilfe nicht ohne gewisses politisches Entgegenkommen verlangen könne, was in deren Logik ja auch den freiheitswilligen DDR-Bürgern entgegentäme (hier wird bezweifelt, dass die SED zu solcher Flexibilität in der Lage ist; vgl. u.a. Schröder in der *SZ* vom 28.11.1989: 4). Dass die BRD aber praktisch eine Art „Entwicklungshelfer“ für die DDR sein muss, ist im Diskurs unbestritten. Der Reformdiskurs behandelt damit letztendlich eine Art „Wirtschaftswunder“ in der DDR als realistisches Ziel.

Generell basiert die Forderung nach wirtschaftlicher Hilfe dennoch nicht ausschließlich auf dem Wunsch nach einem besseren Leben für die Bürger des Nachbarstaates. Die damit zu sichernde Stabilität der DDR hilft vor allem auch der eigenen Wirtschaft. Zunächst kommt hier das Thema der Flüchtlingswellen, die von der DDR hinüber in die BRD schwappen (über welche vorher weitestgehend faktenbasiert berichtet worden war), ins Spiel. Diese Menschen bedeuten finanzielle Herausforderungen für das westdeutsche System und destabilisieren zudem die Wirtschaft ihrer Heimat weiter, was wiederum mehr Hilfen der BRD notwendig macht: „Ihnen das Daheimbleiben als verlockend erscheinen zu lassen, ist nun auch eine der Aufgaben der Bundesrepublik. Die Diskussion über die nächsten wirtschaftlichen Hilfeprogramme ist vordringlicher als Spekulationen über die Wege zur Einheit oder gar zur Wiedervereinigung“ (Schröder in der *SZ* vom 28.11.1989: 4). Noch größere finanzielle Probleme werden im Falle einer solchen Vereinigung gesehen. Es wird eine Argumentation etabliert, nach der der Westen massive Einschnitte in seinen Wohlstand hinnehmen müsste, ohne dann den ehemaligen DDR-Bürgern überhaupt eine bessere Perspektive bieten zu können als eine reformierte DDR es könnte. Überspitzt: da hätte dann ja niemand etwas davon. Dass man hierbei durchaus von eigenem finanziellen Egoismus sprechen könnte, ist im Diskurs nicht sagbar. Solch banal anmutende Gründe passen nicht in das Konstrukt einer über den Dingen

stehenden Expertenperspektive. Hierzu passt auch, dass es als nicht sagbar erscheint, dass es sich bei einigen Thesen um Meinungen, nicht um unverrückbare Fakten handelt. Dies gilt beispielsweise auch für das einzig auffindbare mikroperspektivische Argument, welches den Zweifel beinhaltet, ob sich zwei Bevölkerungen trotz Verwandtschafts- und Bekanntschaftsbeziehungen über die Grenze hinaus kulturell überhaupt so einfach vereinigen ließen: „Aber klar ist, daß nun die Zeit kommt, in der sich herausstellen muß, zu wieviel nationaler Gemeinsamkeit die Deutschen nach vierzig Jahren Trennung noch in der Lage sind“ (Rudolph in der *SZ* vom 11.11.1989: 4).

Der Reformdiskurs verfolgt also langfristige Ziele. Er lehnt eine mögliche Einheit nicht pauschal ab, sieht aber entweder in den nächsten Jahren keine wirklich vernünftige in dieser Richtung weisende Perspektive oder hält sie nicht für notwendig: „Es gilt, die weitere Auszehrung der DDR zu stoppen und den westlichen Sog zu mindern. (...) Doch fraglich ist, warum die Einheit kommen muß, wenn die Vertragsgemeinschaft auch schon nützt: Die DDR kann sich darin entwickeln, die BRD daran teilhaben, und die auch dabei mißtrauisch-ängstlichen Nachbarn können einen Staatenbund nicht abblocken (...) Zeit der Verbrüderung. Nicht der Vereinigung.“ (*SPIEGEL* vom 18.12.1989: 25). Hierbei fällt auf, dass fast ausschließlich die durch ihren Schreibstil als ExpertInnen auftretenden JournalistInnen als legitime Sprecher auftreten. Ansonsten sind vereinzelt Interviews mit ExpertInnen und PolitikerInnen sowie Aussagen von BürgerrechtlerInnen zu finden, die Reformen für notwendig und realistisch halten (vgl. Mahler/Knips im *SPIEGEL* vom 09.10.1989: 28-31; Interview mit Egon Bahr im *SPIEGEL* vom 16.10.1989: 29-30; *SZ* vom 17.10.1989: 2). Was in der Strategie der vernünftigen und belehrenden Sprache, dem geringen Fokus auf Personen und deren Eigenschaften sowie dem Abtun der die deutsche Frage betreffenden Parteienstreits als „kleinkarierte Keilerei“ (Schröder in der *SZ* vom 28.10.1989: 4) sehr kurz kommt, ist derweil die Medienlogik. Statt dem Versuch, eine möglichst spektakuläre Schlagzeile zu präsentieren, zielen die Sprecher des Reformdiskurses auf ein erhofft intellektuelleres Publikum ab und verfolgen damit die Verkaufsstrategie von Qualitätsmedien, die entweder alle Rezipientenkreise abdecken oder sich von auf eine breitere Masse ausgerichteten Produkten abheben wollen. Es gilt praktisch, sich bewusst den Mechanismen der Medienlogik entgegenzustellen und eben genau deshalb Rezipienten bzw. Unterstützer der eigenen politischen Zielsetzung zu finden. Der Diskurs nützt letztendlich vor allem den Oppositionsgruppierungen innerhalb der DDR, deren Anliegen eines rundum erneuerten Sozialismus durch den Reformdiskurs auch in den Westmedien repräsentiert wird. Er nützt aber auch in gewissem Maße der SED, da Teile des Diskurses sie als ernstzunehmenden

Verhandlungspartner der BRD-Regierung etablieren. Gerade angesichts einer relativ unorganisierten Opposition bedeutet eine Souveränität der DDR auch einen Machterhalt ihrer Staatspartei – zumindest übergangsweise. Der insgesamt kleine Reformdiskurs (kommt in ca. 15 Prozent der untersuchten West-Beiträge vor) ist nämlich nahezu ausschließlich zu Beginn des Untersuchungszeitraums zu finden. Warum dies so ist, wird in 4.4 erläutert.

4.2 Vereint im Glauben an die Unreformierbarkeit: Der Vereinigungsdiskurs

„Vertrauen zu schaffen, ist das oberste Ziel der gegenwärtigen Politik. Doch die, die das versuchen, sind die, die für die bisherige Politik verantwortlich sind.“ (*Tagesschau* vom 29.10.1989)

„Wer aber glaubt in der DDR dann noch an die DDR? Wen immer man unter vier Augen spricht - der gerade nicht. Manche behaupten, sie kennen nicht einen einzigen überzeugten Kommunisten. (...) ‚Die Zone iss [sic!] im Arsch‘, sagt Kalle.“ (*SPIEGEL* vom 09.10.1989: 42)

„(...) Der heute noch offiziell geltende ‚Marxismus-Leninismus‘ (...) war nie zu reformieren, er ist gar nicht reformierbar, gleichgültig wo (...). Bewiesen aber ist nun, daß der Weg des Marxismus-Leninismus in eine Sackgasse geführt hat. (...) Die jeweils angepaßte Lehre war nie eine reine, sondern immer eine falsche.“ (Augstein im *SPIEGEL* vom 09.10.1989: 20)

Dem Reformdiskurs steht, wie bereits angedeutet, ein immer wichtiger werdender Konkurrent gegenüber: der Vereinigungsdiskurs. Es ist alleine schon ein aussagekräftiges Ergebnis, dass er letztendlich in nahezu 85 Prozent der untersuchten West-Beiträge vorkommt. Bevor ich ihn näher beschreibe, sei jedoch hierbei eines erklärt: der Vereinigungsdiskurs spaltet sich bald in zwei Diskursstränge, die nicht nur unterschiedliche Lösungsansätze verfolgen, sondern ebenfalls in direkter Konkurrenz zueinander stehen (siehe 4.2.1 und 4.2.2). Daher enthält die folgende Umschreibung des Gesamtdiskurses quasi die gemeinsame Basis, auf der beide Stränge des Diskurses aufbauen, ehe ich mich ebendiesen noch im Einzelnen widme.

Zunächst einmal ist schon zu Beginn des Untersuchungszeitraums deutlich spürbar, dass es diesen Diskurs generell nicht erst seit Beginn der Proteste in der DDR gibt. Im Extremfall als „sehnlichster Wunsch aller Deutschen“ bezeichnet (*BILD* vom 30.11.1989: 1), wird er von Anfang an mit einer aus der Historie der Trennung gewachsenen Sehnsucht verknüpft. Dass er also auch im Untersuchungszeitraum bereits auftritt, als noch überhaupt keine politischen Schritte in diese Richtung unternommen werden (was Dahns und Müllers Thesen stützt), ist nicht überraschend. Spätestens, als Egon Krenz gewählt wird, nimmt seine Dynamik dann rasant Fahrt auf. Denn das Argumentationsfundament des Diskurses fußt auf einer zentralen

Meinung: die DDR ist nicht reformierbar. Mehr noch: es ist eher gut, dass sie es nicht ist, denn dadurch wird sie endlich obsolet (vgl. u.a. *SPIEGEL* vom 06.11.1989: 20-29). Denn so sehr sich der Vereinigungsdiskurs auch mit dem Reformdiskurs darüber einig ist, dass der Nachbarstaat ökonomisch und moralisch mehr als marode ist, so gibt es doch einen gewaltigen Unterschied bezüglich der Schuldzuweisung für diese Misere. Im Vereinigungsdiskurs ist nicht nur die ehemalige SED-Regierung bzw. die an sich SED schuldig, sondern ebenso das System Sozialismus als solches, das vom Anfang an sowohl zum Scheitern verurteilt als auch menschenunwürdig war.

Dass nun Egon Krenz gewählt wurde, ist im Vereinigungsdiskurs eine willkommene Argumentationsgrundlage, denn dieser kann sowohl mit der bisherigen Regierung als auch dem Ruf als Günstling des ja eben für das Alte stehenden Honeckers und der damit einhergehenden Rolle als Befürworter eines stalinistischen Sozialismus in Verbindung gebracht werden. Dementsprechend wird Krenz diskreditiert, bevor er überhaupt eine Amtshandlung ausgeführt hat. Dies geschieht sowohl auf politischer als auch auf privater Ebene:

„Der am 19. März 1937 in Kolberg geborene Sohn eines Schneiders galt bereits seit Jahren als ‚Kronprinz‘ des bisherigen Parteichefs Erich Honecker. (...) Im Saarland hatte Krenz seine Sympathie für die Pekingische Regierung offen bekundet und ihr blutiges Eingreifen gegen die Demokratiebewegung gutgeheißen. (...) Es wurde Krenz auch zeitweilig nachgesagt, daß er sehr gern ein Gläschen trinke. Andere glauben zu wissen, eine sehr gefährliche Zuckerkrankheit mache ihm arg zu schaffen.“ (*SZ* vom 19.10.1989: 6)

„Hier verlor sich der Wodka-Fan wechselweise mit Honeckers Ex-Frau Margot und willigen FDJ-Blondinen in Schäferstündchen, die ihn von der täglichen Volksunterdrückung ablenken.“ (*BILD* vom 20.10.1989: 7)

Zur Unterstreichung dessen, dass Krenz außerdem auch gar keine Chance auf mögliche Reformen bekommen wird, werden zudem DDR-BürgerInnen zitiert, die Krenz von Anfang an keinerlei Vertrauen für sein Vorhaben entgegenbringen (vgl. u.a. *Tagesschau* vom 19.10.1989). Dass diese jedoch die einzig gezeigten Stimmen sind, macht eine Nicht-Sagbarkeit deutlich: es ist nicht sagbar, dass zum einen wohl vor allem mit dem System unzufriedene BürgerInnen überhaupt so zwanglos mit Westmedien sprechen und dass es zum anderen bei aller Skepsis mit Sicherheit auch andere Meinungen zur Personie Krenz gibt. Doch die Mikroperspektive ist besonders wichtig für den Vereinigungsdiskurs. Aufgrund ihrer hohen Überzeugungskraft für Außenstehende sind DDR-BürgerInnen als opportune Zeugen die geeignetsten legitimen Sprecher, um zu Beginn des Untersuchungszeitraumes den Staat DDR zu destabilisieren. Dies gilt auch im Besonderen für die Flüchtlingsbewegung in Richtung BRD, die unter Verwendung

emotionaler Bilder, Interviews mit Unzufriedenen und heroisierter Einzelschicksale begleitet wird (vgl. u.a. Abb. 13; „Die tollkühnste Flucht“ (*BILD* vom 10.10.1989: 7)). Was delegitimiert einen Staat mehr, als dass die eigenen BürgerInnen entweder seinem System misstrauen und ihm gar unter Einsatz des eigenen Lebens komplett den Rücken kehren? Und was könnte im Umkehrschluss dann gerade jenen Staat stärker legitimieren, in den diese Bürger so



Abbildung 13: Von der Tagesschau interviewte DDR-Flüchtlinge in der Prager Botschaft. Der Tenor: sie fliehen, weil die DDR nicht reformierbar ist.

unbedingt fliehen wollen? Es lassen sich konkrete Anzeichen für eine Medienlogik finden, die den Rezipienten im Westen tatsächlich eine „Revolution vom Sofa aus“ bietet, an deren Einzelgeschichten sie emotional teilnehmen können und sollen. Hierbei ist ein wesentliches grundsätzliches Muster des Diskurses identifizierbar: es wird meist über „die“ DDR-Bürger als einheitliche Masse gesprochen. Im Vereinigungsdiskurs steht die mit großen Sympathien begleitete Protestbewegung oft synonym für die Gesamtbevölkerung, die als Kollektiv ihr eigenes System nicht mehr will. Dass die in 2.1 dargestellten Umfragezahlen klar gegen diese Verallgemeinerung sprechen, ist im Diskurs nicht sagbar. Ebenso ist eindeutig nicht sagbar, dass die Oppositionsbewegung der DDR eher als Mittel zum Zweck angesehen wird: zwar destabilisiert sie das politische System der DDR von innen, doch wird ihr keine wirkliche Rolle innerhalb der daraufhin folgenden Gesellschaftsordnung zugedacht. Daher wird meist ausgiebig und wohlwollend über ihre Handlungen, aber hauptsächlich neutral über ihre Forderungen (ein besserer Sozialismus) berichtet.

Während sich die Aussagen auf der Mesoebene (hier vor allem die Wirtschaft betreffend) in den einzelnen Diskurssträngen stark unterscheiden (siehe 4.2.1 und 4.2.2), gibt es doch eine gemeinsame makroperspektivische Basis: obwohl auch hier die Art der Argumentation teilweise stark differiert, geht der Gesamtdiskurs von einem sich über die Jahrzehnte nach dem Krieg erworbenen Recht auf eine gewisse Selbstbestimmung der eigenen Zukunft des Landes aus (vgl. u.a. Augstein im *SPIEGEL* vom 27.11.1989: 16). Diese Zukunft betrifft „die“ Deutschen, also beide deutschen Staaten. Eine solche Verallgemeinerung lässt sich mittlerweile treffen, denn ein wesentliches Argumentationsmuster des Vereinigungsdiskurses ist die Selbstverständlichkeit darüber, dass die Einheit im Prinzip aufgrund der so rasant verlaufenden Dynamik der Ereignisse trotz aller fortwährenden Prozesse innerhalb der politischen

Institutionen prinzipiell schon längst beschlossene Sache ist (vgl. u.a. Augstein im *SPIEGEL* vom 04.12.1989: 26). Daher ist es in den Augen des Diskurses schon längst die „deutsche“ und nicht die „ostdeutsche“ Frage“. Ebendiese Selbstverständlichkeit verkörpert bereits eine gewichtige Strategie gegenüber dem Konkurrenten Reformdiskurs, denn sie prägt entscheidend das Bild, das alle Rezipienten – West und Ost – vom Prozess der Wende erhalten. Auch zu Zeitpunkten, an denen die entsprechenden politischen Bedingungen noch nicht existieren, wird suggeriert, dass die Frage danach, ob eine Vereinigung kommen wird, schon beantwortet ist.

Es bleibt die Frage nach dem Wie. Und genau an diesem Punkt spaltet sich der Diskurs in zwei Stränge auf, die zwar beide dieselben immer wiederkehrenden Themen behandeln, sich in der Art der Sprache, der Fokussierung auf bestimmte legitime Sprecher und Argumentation jedoch so maßgeblich unterscheiden, dass sie separat betrachtet werden müssen. So sind beispielsweise Gorbatschow und Modrow im Gesamtdiskurs generell positiv konnotiert, die Art und Weise unterscheidet sich aber innerhalb des jeweiligen Stranges. Beide Diskursstränge gibt es schon zu Beginn des Untersuchungszeitraums, doch entfalten sie ihre Mechanismen immer stärker, je mehr es in Richtung Wahlkampf geht. Denn ihre jeweils als ideal erachteten Lösungen für die Zukunft beider deutscher Staaten schließen sich gegenseitig aus. Sie sind direkte Konkurrenten – und deshalb entscheidet sich die sogenannte „deutsche Frage“ daran, welcher der beiden Diskursstränge sich durchsetzen kann.

4.2.1 Schnell und emotional zur Einheit: der Anschluss-Diskursstrang

„Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“ (ehemaliger Artikel 23 GG, zitiert nach Münch 2018)

„Ob es also vom System her einen menschlicheren Sozialismus als den bisherigen geben kann, ist fraglich. Ein menschlicher Kapitalismus dagegen, in dem der Staat wirtschaftlich nicht handelt, sondern andere überwacht, sie auf gewisse Rahmenbedingungen verpflichtet, der ist realisierbar. Es gibt ihn schon (...). Heute ist die Marktwirtschaft in so viele Verträge und Gesetze vom Tarifabkommen bis zum Kündigungsschutz eingebaut, daß sie sich sozial nennen darf und jedenfalls keineswegs so hartherzig ist, wie das in der DDR von manchem einer Bevölkerung suggeriert wird, deren Mehrheit jedem neuen Sozialismus-Experiment argwöhnisch gegenübersteht.“ (Thoma in der *SZ* vom 20.12.1989: 4)

„Wir haben mit dem Grundgesetz die beste, freieste und gerechteste Verfassung der Welt. Und übrigens: wenn man nicht mit ‚neuen Linken‘, sondern mit ganz einfach Menschen auf der Straße und in den Betrieben der DDR spricht, dann hört man fast nur: neues Grundgesetz – nein danke! Bitte, das bewährte, das der Bundesrepublik!“ (Schindlbeck in der *BILD* vom 14.03.1990: 2)

Der erste der beiden konkurrierenden Diskursstränge ist der Anschluss-Diskursstrang. Er lässt sich in ca. 30 Prozent der West-Beiträge meines Samples finden und zielt – wie der Name schon andeutet – auf die Einheit nach dem damaligen Artikel 23 des Grundgesetzes ab. Da es sich

hierbei bekanntlich auch um die Lösung handelt, die dann im Folgenden tatsächlich umgesetzt wurde, ist eine Rekonstruktion seiner Mechanismen von zentraler Bedeutung. Hier lassen sich die Inhalte finden, die nach Logik meiner Studie so stark auf das Meinungsklima und die RezipientInnen eingewirkt haben, dass sie die deren politische Ansichten und Entscheidungen (und damit auch den Lauf der Ereignisse) erfolgreich beeinflussen konnten.

Der Anschluss-Diskursstrang zeichnet sich zunächst vor allem dadurch aus, dass er einige Muster der Vereinigungsdiskurses geradezu auf die Spitze treibt – basierend auf der grundsätzlichen Argumentation, dass die Einheit ohnehin selbstverständlich kommen wird. Hierbei spielt die Diskreditierung der Konkurrenz eine wesentliche Rolle (Reformdiskurs und der in 4.2.2 dargestellte Diskursstrang), wobei der Diskursstrang allerdings eine um ein Vielfaches gesteigerte Aggressivität offenbart. Er schöpft seine Dynamik meist primär daraus, dass andere Lösungsmöglichkeiten und vor allem deren legitime Sprecher als ahnungslos oder lächerlich dargestellt werden. Dadurch, dass alles andere also gar nicht ernst zu nehmen ist, braucht er weniger Argumente dafür, um sekundär für seine eigenen Vorstellungen zu werben.



Abbildung 14: Die BILD-Titelseite nach Kohls Dresden-Besuch. Die schwarz-rot-goldene Umrandung ist ein häufig auftretendes Stilmittel des Mediums.

Diese Dynamik ist für den Diskursstrang sehr wichtig, denn bald fällt auf: der Anschlussdiskursstrang verfügt schlichtweg über weniger Sachargumente als seine Konkurrenz. Sein Hauptargument ist eines, das er selbst konstruiert: ein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl. Dieses ist nicht allein dadurch erreicht, dass in sehr vielen Fällen bereits nur noch von „den Deutschen“ gesprochen wird, statt in BürgerInnen beider Staaten zu unterteilen oder dass oft von einem „Deutschland“ die Rede ist, in dem BRD und DDR wie selbstverständlich verschwinden (Grundannahme: „Zwei souveräne Staaten. Mag sein. Aber ein souveränes Volk“ (Fust 1989: 2)). Vielmehr

äußert es sich auch in der stark emotionalen Sprache, mithilfe derer die Aussagen des Diskursstranges getroffen werden. So konstruiert dieser eine populistisch anmutende Grundatmosphäre, indem er eine „Wir gegen die“-Mentalität etabliert. „Wir“ ist in diesem Fall „das Volk“: eine homogene Masse, die aus den BürgerInnen beider Länder besteht und die mit Ausnahme weniger Journalisten, Linker („Meinungsbildner“; „blind-links taub“ (Rudorf in der *BILD* vom 05.12.1989, S. 2) oder „schmarotzender Profiteure“ (Thoma in der *SZ* vom

17.01.1990: 4) geschlossen die Vereinigung will. „Die“ sind schlichtweg all diejenigen, die der Realisierung einer Einheit im Wege stehen bzw. auch nur Kritik daran üben. Dies reicht von SED-Politikern (v.a. Krenz (siehe 4.2) und später Gysi (vgl. u.a. Straub in der *BILD* vom 17.02.1990: 5)) über Sprecher anderer Diskurse/Diskursstränge bis hin zu internationalen Staatshäuptern, die der Vereinigung aus historisch und/oder mächtropolitisch motivierter Sorge mit Argwohn oder auch nur Zögerlichkeit gegenüberstehen:

„Kann man wirklich Verträge unter Freunden schließen und dann kaltblütig nicht einhalten? Man kann, aber man sollte auch wissen, was das bedeutet. Mutet man den braven Deutschen die Gewißheit zu, daß sie zu Adenauers Zeiten in jeder Hinsicht betrogen wurden, macht das keinen guten Eindruck. Die nichtsozialistischen, die westdeutschen Bundesgenossen werden sich darauf ihren Reim machen. (...) Margaret Thatcher und Mitterand haben uns wissen lassen, was sie von uns halten.“ (Augstein im *SPIEGEL* vom 11.12.1989: 18)

„Jetzt wissen wir, wer unsere Freunde sind. Das Drängen nach Wiedervereinigung wird immer stärker (...). Aber die Einwände, Einsprüche, Ausreden mancher westlicher Partner und Freunde (?) nehmen ebenfalls zu. (...) Waren wir nur solange gut, wie wir zahlten und schwiegen? (...) Die ganze Dritte Welt, die ganze Welt hat inzwischen ihr Selbstbestimmungsrecht – sollen wir schlechter behandelt werden als jedes andere Volk?“ (Tiedje in der *BILD* vom 13.12.1989: 1)

Hieran lässt sich die emotionale Dynamik gut erkennen: nur wer sich pro Einheit äußert, ist – ungeachtet aller anderweitigen Verdienste um die internationalen Beziehungen – ein „Freund“. Indem alle Skeptiker aggressiv als „falsche Freunde“ angegangen werden, wird suggeriert, dass es sich de facto gar um Feinde handelt (auffallend hierbei: gerade der relativ früh in Richtung einer Einheit einlenkende Gorbatschow wird äußerst stark heroisiert: „Macht Gorbatschow zum Ehren-Deutschen!“ (Bartels/Tiedje in der *BILD* vom 01.02.1990: 1), des Weiteren Sympathien für den für die DDR verhandelnden Modrow). Generell wird den RezipientInnen also neben einem für den Diskursstrang essentiellen Nationalbewusstsein auch eine emotionale Identität vermittelt, die sich von der der anderen abgrenzt.

Sind eine solche Identität und das darin implizierte Zusammengehörigkeitsgefühl erst etabliert, wird deutlich, auf welche Art von „Deutschland“ sich ebendieses ausrichten soll: auf das System der Bundesrepublik. Das wird zunächst einmal – typisch für den Diskursstrang – dadurch erreicht, dass laut diesem nichts aus einem solchen Staat erhaltungswürdig wäre, dessen Gesellschaftssystem sowohl als menschenunwürdig als auch als nicht reformierbar präsentiert wird (weitere



Abbildung 15: Das Cover des SPIEGELS eine Woche vor der Volkskammerwahl. Eine Warnung an die Westdeutschen, welche "hohen Preis" man für eine Einheit ohne Anschluss bezahlen würde.

Überspitzung der Argumentation in 4.2). Diesem Bild wird die Darstellung einer solchen BRD gegenübergestellt, innerhalb derer einfach alles besser ist. Dieses „Alles“ betrifft die Suggestion von Freiheit – und vor allem den lockenden Wohlstand: „Gewiß führt auch eine trotz sozialer Orientierung doch auf dem Leistungszwang aufgebaute Marktwirtschaft nicht ins Schlaraffenland. Aber zumindest in ein menschenwürdiges, besseres Leben. Genau das wollen die Bürger der DDR. Darüber mag dann der die Nase rümpfen, der selbst wie die Made im Speck lebt“ (Thoma in der *SZ* vom 17.01.1990: 4). Die Existenz eigener ökonomischer Probleme sowie eines wirtschaftlichen Risikos bei der Zusammenführung zweier so ungleich finanzkräftiger Länder ist nicht sagbar. So wird entweder simplifiziert oder es werden nur solche ExpertInnen zitiert, die von einem durch die Einheit erst recht ökonomisch starken Deutschland ausgehen (vgl. u.a. Brinkmann in der *BILD* vom 23.11.1989: 2), während andere Meinungen entweder nicht zu Wort kommen oder sofort als belanglos dargestellt werden. Diese ungemein nachdrückliche Legitimation des eigenen kapitalistischen Gesellschaftssystems mündet automatisch in die Lösung, die der Diskursstrang verfolgt: eine Vereinigung inklusive änderungsloser Übernahme des Grundgesetzes als Verfassung. In Bezug auf die WestrezipientInnen wird dies sogar mit einer Angst schürenden Gegenvision verknüpft: die Erarbeitung einer neuen Verfassung wäre das „Ende der Bundesrepublik“ als hoher „Preis der Einheit“ (siehe Abb. 15), denn sie würde die Etablierung eines neuen Systems bedeuten, das ja unmöglich so gut sein kann wie das eigentlich perfekte bisherige.

Diese klare Positionierung pro Artikel 23 GG wird allerdings selten direkt und offen ausgesprochen. Das muss sie allerdings auch gar nicht, denn der Diskursstrang sorgt mit den bereits genannten Mitteln dafür, dass sich diese „weise Formel unserer Verfassungsväter“ (Kremp in der *BILD* vom 08.03.1990: 2) in den Köpfen der RezipientInnen festsetzen kann. Vor allem aber muss auch nicht explizit erwähnt werden, wem der Diskurs vornehmlich nützt: der Bundesregierung, vornehmlich der CDU und dem Kanzler Helmut Kohl. Denn der Anschlussdiskursstrang pocht nicht nur aus ideologischen Gründen, sondern auch aus einer ganz simplen Motivation heraus so vehement auf die Anschlusslösung: es geht im Vergleich zur Konkurrenzlösung (siehe 4.2.2) deutlich schneller. Und dieses Ziel der schnellen Umsetzung der Einheit teilt der Diskursstrang eben auch mit dem Kanzler. Der zwar nicht kritiklos betrachtete Kohl wird dementsprechend aber als „Architekt der Deutschen Einheit“ (*BILD* vom 12.02.1990: 1) tituiert. Außerdem wird er im Hinblick auf die Darstellung anderer Politikeräußerungen gerne zuerst zitiert und seine Wahlkampfrolle im Osten werden immer wieder durch die Äußerungen konformer Augenzeugen untermauert (vgl. u.a. Schaeffler in der *BILD* vom 20.12.1989: 3). Während der Kanzler dies aus macht- und wahlpolitischem Kalkül

heraus anstrebt, lässt sich beim Diskursstrang Sensationslust erkennen: die Ereignisse sollen beschleunigt, vorangetrieben, provoziert werden. Denn zum einen wollen die jeweiligen Sprecher merkbar selbst bei einer solchen historischen Begebenheit „live“ dabei sein und zum anderen liefert man eben genau das, was die im Anschlussdiskursstrang omnipräsente starke Ausprägung der Medienlogik vorgibt: Sensation, Schlagzeilen, Spektakel, Pathos, emotionale Bilder und Aussagen. Somit profitieren neben den bereits genannten politischen Akteuren auch die RedakteurInnen und Medien selbst vom Diskursstrang, indem das eigene Produkt durch spektakuläre und emotionale Meldungen für die RezipientInnen attraktiver wird – und sich damit auch schlichtweg besser verkauft. Der Einfluss der eigenen Anteilnahme am Geschehen sowie besagter Medienlogik auf die Berichterstattung sind aber natürlich nicht sagbar. Und ebenso wenig sagbar ist es auch, dass ein großer Teil der Äußerungen aus emotional hervorgebrachten Mutmaßungen und teilweise sogar Parolen statt aus komplex durchdachten Argumenten besteht, wie auch der *BILD*-Appell an die DDR-RezipientInnen am Tag vor der Volkskammerwahl belegt:

„Und *BILD* möchte allen sagen: Glaubt an die gemeinsame Zukunft! Lasst euch nicht verwirren – die Einheit bringt allen Wohlstand und Glück! Habt keine Angst. Die Deutschen im Westen drücken die Daumen – morgen wählt ihr Deutschland!“ (*BILD* vom 17.03.1990: 1)

4.2.2 Geduldig und gleichberechtigt zur Einheit: der Symbiose-Diskursstrang

„Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“ (ehemaliger Artikel 146 GG, zitiert nach Münch 2018)

„Zunächst müssen die Voraussetzungen für ein Zusammenleben unter einem gemeinsamen Dach geschaffen werden. Wie dies möglich wäre, erfordert gründliche Überlegungen und nicht die hechelnde Kurzatmigkeit, die augenblicklich die Bonner Debatte bestimmt.“ (Schröder in der *SZ* vom 28.11.1989: 4)

„Das Grundgesetz muß die Basis sein, auf der die neue deutsche Verfassung steht – so sieht es auch der Fahrplan zur Einheit vor, den die Sozialdemokraten der DDR vorgelegt haben, so verlangt es auch der Deutschlandvertrag. (...) Der neue Text dürfte sodann nicht nur von den beiden Parlamenten gebilligt, er müßte einer Volksabstimmung vorgelegt werden. So wird jeder Bürger in den Prozeß der Einigung einbezogen (...). Die Bundesrepublik ist aus der Retorte entstanden, das Grundgesetz unter der Anleitung der Alliierten. Ein neu verfaßtes Deutschland aber kann diesen Makel ausgleichen: Es kann die 40jährige rechtsstaatliche Tradition der BRD verknüpfen mit der demokratischen Autorität des revolutionären Wandels in der DDR. Es wäre ein kapitaler Fehler, auf eine Legitimation von solcher Güte zu verzichten.“ (Prantl in der *SZ* vom 05.03.1990: 4)

Auch die zweite aus dem Grundgesetz heraus interpretierbare Möglichkeit bezüglich einer Vereinigung von DDR und BRD wird innerhalb des Vereinigungsdiskurses repräsentiert: der in ca. 26 Prozent der untersuchten Westbeiträge vorkommende Symbiose-Diskursstrang verfolgt die Lösung einer von beiden Staaten neu erarbeiteten gemeinsamen Verfassung, die

dann den BürgerInnen zur Abstimmung vorgelegt werden soll. Damit ist bereits offensichtlich, dass ebendieser Diskursstrang in direkter Konkurrenz zum Anschluss-Diskursstrang steht, da deren jeweilige Ziele einander ausschließen. Doch damit nicht genug: der Symbiose-Diskursstrang entsteht in der Art seiner Sprache und seiner Argumentation sogar als Gegenbewegung zum Anschluss-Diskursstrang – und schließt damit nicht nur diejenigen Sprecher mit ein, die konkrete Aussagen hinsichtlich einer gemeinsamen Verfassung treffen, sondern auch solche, die hierin das letztmögliche Mittel sehen, einen Anschluss zu verhindern.

Denn bereits die grundsätzliche Art der Sprache kennzeichnet den Unterschied zwischen den Kontrahenten. Der Symbiose-Diskursstrang will hauptsächlich als sachlich, unaufgeregt und faktisch korrekt wahrgenommen werden. Die hierbei zutage tretenden Ähnlichkeiten zum Reformdiskurs sind nicht zufällig: der Diskursstrang speist sich zu einem Teil aus JournalistInnen, in deren Texten sich zu früheren Zeitpunkten des Untersuchungszeitraums Aussagen ebenjenes Reformdiskurses finden lassen. Hieraus lässt sich ableiten: ab einem gewissen Zeitpunkt (siehe 4.4) wird der Reformdiskurs als nicht mehr durchsetzbar angesehen. Dementsprechend scheint für einige der Symbiose-Diskursstrang anschließend zumindest die bessere der beiden Vereinigungsalternativen darzustellen. Folgerichtig werden auch Argumente des Reformdiskurses weiter übernommen, diesmal in Abgrenzung zu den Vertretern der Konkurrenz. Es wird sowohl eine Arroganz der Westparteien- und Politiker als auch ein anmaßender Hochmut gegenüber der DDR beklagt, was sich vor allem darin äußert, dass über eine für die DDR-BürgerInnen so grundlegende und weitreichende Entscheidung ein ungenierter Vorwahlkampf für die Bundestagswahl 1990 geführt wird (vgl. Schröder in der *SZ* vom 20.01.1990: 4; DR in der *SZ* vom 02.02.1990: 4; *Tagesschau* vom 17.03.1990).

Diese Faktoren befeuern in der Sichtweise des Symbiose-Diskursstrangs die völlig unvernünftige Eile, mit der eine Vereinigung vorangetrieben wird. Ausgehend von der Annahme, dass die Ereignisse ohnehin bereits jegliche konstruktive Debatte überrollen bzw. dass die BürgerInnen der DDR die Politik schneller vorantreiben, als diese reagieren kann, versucht der Diskursstrang, das Credo Geduld, Behutsamkeit und Fingerspitzengefühl zu etablieren, um eine undurchdachte und überstürzte Einheit abzuwenden. Hierbei greift er – wie schon der Reformdiskurs – wieder verstärkt auf die Makroperspektive zurück. Dies ist für ihn nun besonders wichtig, da der konkurrierende Diskursstrang die Debatte durch seinen mikroperspektivischen Fokus extrem emotionalisiert hat. Es geht sowohl um Mächtegleichgewicht und europäische Integration als auch um die für beide Staaten historische Bedeutung einer Vereinigung: „Denn mit diesem Prozeß ändert sich nicht nur etwas für die

DDR. Auch für die Bundesrepublik bringt er einen tiefen, ihre bisherigen Gewohnheiten und Leitvorstellungen umbrechenden Wandel. An seinem Ende wird sie nicht mehr sein, nicht mehr sein können, was sie über die längsten Strecken ihrer Nachkriegsgeschichte war“ (Rudolph in der *SZ* vom 03.02.1990: 4). Für den Symbiose-Diskursstrang ist klar, dass die Bundesrepublik nicht nur fordern darf, sondern auch in diese Einheit investieren und sich selbst verändern muss – alles andere wäre keine wirkliche Einheit, sondern könnte im Verständnis des Diskursstranges nahezu als Annexion aufgefasst werden. Dies unterstreicht eine Grundwahrnehmung des Diskursstranges: im Prozess der Vereinigung sollen BRD und DDR trotz ökonomischer Ungleichheiten gleichberechtigte Partner sein. Denn neben den zuvor im Reformdiskurs auffindbaren legitimen Sprechern finden sich hier solche, die allgemein hoffen, eine neue Verfassung könne sozusagen das „Beste aus zwei Welten“ kombinieren: Marktwirtschaft der BRD und sozialpolitische Aspekte des DDR-Systems (vgl. u.a. Prantl in der *SZ* vom 15.03.1990: 4, Von Dohnanyi im *SPIEGEL* vom 15.01.1990: 108-117).

Trotz dieser auf der Makroebene angesiedelten Perspektive geht der Diskursstrang auch auf die anderen Ebenen ein. So behandelt auch er das auf der Mesoebene dominante Thema der Wirtschaft. Hierbei herrscht sowohl hinsichtlich des Reformdiskurses als auch bezüglich der Konkurrenz Einvernehmen darüber, dass sowohl wirtschaftliche Hilfen der BRD in Richtung DDR sowie die Marktwirtschaft als Ganzes trotz aller Zugeständnisse an die DDR im Vereinigungsprozess nicht verhandelbar sind. Dennoch geht der Diskursstrang eingedenk seiner ansonsten vernünftigen bis gar behelenden Sprache auf relativ harten Konfrontationskurs hinsichtlich der Versprechungen, die sowohl politische AkteurInnen als auch ExpertInnen den BürgerInnen innerhalb des Anschluss-Diskursstranges im Hinblick auf ein mögliches Wirtschaftswunder in der DDR machen:

„Die Wirtschaftsexperten warnen nach wie vor vor zu großer Hast. Und im Gegensatz zu den Politikern sprechen sie die unbequemen Wahrheiten deutlich aus: dass es nämlich auch mit Einführung von Westmark noch viele Jahre dauern wird, bis die Lebensverhältnisse in der DDR so sind wie bei uns.“ (*Tagesschau* vom 07.02.1990)

„Aber die einfache Botschaft, wer die Allianz wählt, der wähle die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik, überstrahlt alles andere. Daß das Heulen und Zähneklappern kommen wird - nach dem 18. März -, wenn es dann in der DDR um die nackten ökonomischen Wahrheiten geht, steht auf einem ganz anderen Blatt. Kohl kennt dieses, sein Dilemma. Er wird nicht halten können, was sich die Menschen von ihm versprechen.“ (Süskind in der *SZ* vom 02.03.1990: 4)

Der Tenor ist klar: auch hier ist Übereifer äußerst schädlich. Nur langfristige Lösungen können verhindern, dass den DDR-BürgerInnen Anreize zur Ausreise geschaffen werden und das dortige System (auch zu Lasten des Westens) demzufolge kollabiert. Außerdem wird die

politische Linie der Bundesregierung direkt angegriffen, da ebenjene zentralen Gründe für die Wahl von CDU – personalisiert durch Kohl – de facto als leere Versprechen dargestellt werden. Dass man allerdings bei dieser Einschätzung ebenso wie der Konkurrenzdiskursstrang mit konformen ExpertInnen argumentieren muss, ist nicht sagbar.



Abbildung 16: DDR-BürgerInnen protestieren gegen die "BeeRDigung der DDR" und bringen damit ihre Angst vor einem Ausverkauf zum Ausdruck.

Trotz all seiner Bemühungen um Sachlichkeit kommt auch der Symbiose-Diskursstrang nicht komplett ohne ein Mindestmaß an Emotionalität aus. Diese wird – ebenso wie beim Konkurrenzdiskursstrang – auf der Mikroebene ausgelöst. Das wird dadurch deutlich, dass dieser Diskursstrang kurioserweise als einziger Teil der Diskurse tatsächlich DDR-Oppositionelle einbezieht, anstatt meist nur über sie zu sprechen. Der Diskursstrang begleitet sowohl die Protestbewegungen als auch die neu gegründeten

Parteien hierbei nicht nur wohlwollend (wie den auch hier heroisierten Gorbatschow), sondern sieht in ihnen die einzige Chance auf wirkliche Demokratie in der DDR. Entgegen der diesbezüglichen Unschlüssigkeit im Reformdiskurs ist hier nämlich klar: die SED/PDS ist hierfür nicht mehr zu gebrauchen („Der Ausschluss des vorübergehenden Parteichefs Egon Krenz und der alten Führungsriege ist am Ende nichts anderes als der Versuch, sich von alten Zöpfen zu befreien, der Öffentlichkeit das Bild einer neuen, sich wandelnden Partei zu suggerieren“ (*Tagesschau* vom 21.01.1990)). Somit lässt der Diskursstrang Oppositionelle zu Wort kommen, die entweder den Verlust ihrer Heimat befürchten oder zumindest nicht von Ungeduld und einer übermächtigen BRD überrollt werden wollen (vgl. u.a. Schneider im *SPIEGEL* vom 05.02.1990: 29-31; Weiß im *SPIEGEL* vom 19.02.1990: 27-28; *Tagesschau* vom 18.12.1989) und solidarisiert sich mit ihnen: „Immer ungeduldiger aber geht die Mehrheit mit jenen Oppositionellen um, die vor einer zu schnellen deutschen Einheit warnen. Auch wenn es sich um dieselben Personen handelt, die damals im Spätherbst als Erste auf die Straße gegangen waren“ (*Tagesschau* vom 22.01.1990). Repräsentativ sollen sie für all jene BürgerInnen stehen, die Angst vor einem Ausverkauf der DDR haben (siehe Abb. 16). Allerdings handelt es sich hierbei meist um Schriftsteller, Regisseure oder ähnliche Berufsgruppen, was die Aussagen trotz emotionaler Note oft auch vergleichsweise intellektuell und wenig mobilisierend wirken lässt. Echte Emotionalität kann der Diskursstrang schließlich kaum entfachen, da er ja bewusst gegen ebendiese argumentiert:

„Zu beklagen ist dagegen, daß [sic] der Wahlkampf in der DDR offenbar dabei ist, mehr und mehr in Aggressivität und Polarisierung abzugleiten. Zunehmend werden Wahlplakate beschädigt, kommt es am Rand von Veranstaltungen zu Ausschreitungen - Symptome für eine Verschärfung des Klimas, die den Wahlkampf emotional auflädt. Man kann die ‚Allianz für Deutschland‘ vermutlich nicht davon freisprechen, mit ihrem massiven, von CDU und CSU getragenen Einsatz dazu beigetragen zu haben.“ (Rudolph in der SZ vom 08.03.1990: 4)

Alles in allem setzt sich der Symbiose-Diskursstrang also für eine Einheit ein, die in eine neue gemeinsame Verfassung und damit auch in einen neuen gemeinsamen Staat mündet. Innerhalb eines durchdachten, notfalls relativ langwierigen und damit wirklich auf Zukunftsfähigkeit und Fairness fokussierten Prozesses sollen BRD und DDR zu diesem Zwecke gleichberechtigt zusammenkommen und den BürgerInnen gemäß Artikel 146 GG einen erarbeiteten Vorschlag zu einer solchen Verfassung zur Abstimmung vorlegen. Artikel 23 GG erscheint dabei nicht einmal zwanghaft als Widerspruch:

„Die Verfechter eines Beitritts der DDR täuschen sich: Der Weg zur Einheit nach Artikel 23 kann das Grundgesetz nicht in seiner heutigen Form konservieren. Er kann das Nachdenken über eine neue deutsche Verfassung nicht ersparen. (...) Nach der Vereinigung beider deutscher Staaten nach Artikel 23 müßte eine Nationalversammlung oder ein Regierungsgremium eine neue Verfassung ausarbeiten und diese sodann einer Volksabstimmung vorlegen: So mündet also der Weg nach Artikel 23 letztlich in den nach Artikel 146 Grundgesetz ein.“ (Prantl in der SZ vom 15.03.1990: 14)

Hierbei ist die Medienlogik relativ schwach ausgeprägt, da gerade deren starke Ausprägung im Konkurrenzdiskursstrang (Emotion, Sensation, Spektakel) heftig kritisiert wird. Dass es sich allerdings auch bei den eigenen Äußerungen immer wieder um Meinungen statt um unumstößliche Fakten handelt, ist nicht sagbar. Ebenso ist im Rahmen eines Diskursstranges, der sich als über den Dingen stehend präsentieren will und daher jede politische Richtung generell zu Wort kommen lässt, nicht sagbar, wer letztendlich von seiner Strategie profitiert. Sowohl anhand der Ziele als auch einiger legitimer Sprecher (Brandts Reden im Osten ebenso oft gezeigt wie die des Kanzlers) und Charakterisierungen (z.B. Kohl überhastet, vgl. UB in der SZ vom 02.12.1989: 4) ist aber klar: der Strang nützt den Oppositionsbewegungen und letztendlich vor allem auch der Partei, die zum einen den Artikel 146 GG favorisiert und zum anderen die besten Chancen gegenüber der in ihren politischen Zielen abgelehnten Union hat: der SPD (sowohl in Ost als auch in West). Deren auf Geduld und Dialog ausgerichteter „Fahrplan zur Einheit“ wird im Symbiose-Diskursstrang gegenüber allen Anschluss-Plänen deutlich positiver dargestellt.

4.3 Medienporträts

- *BILD-Zeitung*

„Die DDR kommt zu uns. Die Wiedervereinigung findet längst statt. Jede Minute. Jede Stunde. (...). Es sind Menschen, die da an unsere Tür klopfen. Es sind Deutsche.“ (Bartels/Tiedje in der *BILD* vom 09.11.1989: 1)

„Elf Millionen sind aufgebrochen, den Westen zu sehen. Vor ihnen ein Garten Eden. Hinter ihnen Stasiland. (...) Am Tag, an dem die Mauer brach, begann die deutsche Wiedervereinigung. Nichts und niemand hält sie auf. Deutschland kommt!“ (Rudorf in der *BILD* vom 05.12.1989: 2)

Gerade aufgrund des konkreten Vorwurfs, den Albrecht Müller in Richtung *BILD-Zeitung* geäußert hat, ist dieses Medium für meine Studie natürlich von besonderem Interesse: lässt sich hier gezielte Beeinflussung der DDR-Bürger nachvollziehen? Untersucht man die Zeitung auf ihre Inhalte und dekonstruiert ihre Berichterstattung im Sinne der von mir angewandten Diskurstheorie, lässt sich zumindest ganz eindeutig belegen, dass die *BILD* hinsichtlich der deutschen Frage den ihr auch sonst immer wieder unterstellten Kampagnenjournalismus betreibt. Sie verfolgt vom Anfang bis zum Ende des Untersuchungszeitraums das klare Ziel, so viel wie möglich zu einer Vereinigung von BRD und DDR beizutragen. Ihre Rigorosität und ihre taktische, teilweise schon propagandistische Perspektive hierbei lassen erahnen, dass ihr dazu fast jedes verfügbare Mittel recht erscheint.

Die *BILD-Zeitung* setzt grundsätzlich Prioritäten. Die erste Priorität lautet: die Einheit soll kommen. Logischerweise ist sie damit hundertprozentig Vertreterin des Vereinigungsdiskurses und bedient sich seiner Mechanismen in einer extremen Weise. So wird schon früh eine Selbstverständlichkeit um die Einheit herum konstruiert, die den RezipientInnen das Bewusstsein einer Alternativlosigkeit hierzu vermitteln soll. Der Ausspruch „Wir sind ein Volk“ findet sich tatsächlich – zumindest bezüglich der Medien – zuerst in der *BILD* (vgl. Kremp in der *BILD* vom 11.11.1989: 6). Außerdem mündet ihre Perspektive in eine immense Verunglimpfung aller Befürworter des Reformdiskurses über den kompletten Zeitraum hinweg. Ob Krenz (siehe 4.2), Gysi oder die hinsichtlich der Einheit skeptische englische Staatschefin Margaret Thatcher: sie alle werden sowohl auf politischer als auch auf persönlicher Ebene stark angegriffen (vgl. u.a. Straub in der *BILD* vom 17.02.1990: 5). Die Diskreditierung anderer ist das meistgenutzte Argument der *BILD*. Es ist daher auch keine Überraschung, in welchen Diskursstrang sich das Medium einreicht: die *BILD-Zeitung* ist (wie in 4.2.1 bereits ersichtlich) die vehementeste Anhängerin des Anschlussdiskursstranges. Dennoch ist die Durchsetzung dieser Lösung eher die zweite Priorität. *BILD* lässt an manchen Stellen durchblicken, dass auch

eine deutsche Neutralität oder die SPD-Lösung infrage käme, solange nur die Einheit sicher kommt. Erst als dies als gesichert betrachtet wird, lässt sich anhand der zunehmenden Heroisierung Kohls (neben der dauerhaften, sehr starken Heroisierung Gorbatschows), der nationalistischen Sprache und Gestaltung (schwarz-rot-goldene Seiten) und schließlich auch deutlichen Bekenntnissen (siehe 4.2.1) ableiten, dass die *BILD* die Anschlusslösung ganz klar bevorzugt. Dabei greift sie aber nicht – wie sonst – die Gegenmeinung direkt an, denn diese wird vor allem durch den auch bei der *BILD*-Leserschaft beliebten Willy Brandt personalisiert. Dessen Wahlkampf wird im Sinne der Medienlogik (siehe auch weiter unten) auf dieselbe emotionale Art und Weise gezeigt wie der des Kanzlers (vgl. *BILD-Zeitung* vom 08.12.1989: 4). Es wird sich also zwar nicht direkt für Kohl ausgesprochen, aber seine Positionen werden immer deutlicher gelobt, während sein tatsächlicher späterer Herausforderer Lafontaine kaum vorkommt – so werden Kohl und CDU unterstützt, ohne LeserInnen zu verprellen.

Damit die Argumentation der *BILD* funktionieren kann, muss eine Wahrnehmung erzeugt werden, in der bis auf ein paar wenige DDR-Eliten und BRD-Linke (diese werden oft mit Wortspielen lächerlich gemacht: „blind-links“ (Rudorf in der *BILD* vom 05.12.1989: 2), „Wendebeutel“ (Schaeffer in der *BILD* vom 12.03.1990: 2) etc.) ausnahmslos alle eine deutsche Vereinigung wollen. Die gilt sowohl für den Bundestag („Bundestag sang ‚Einigkeit und Recht und Freiheit‘“ (*BILD-Zeitung* vom 10.11.1989: 3)) als auch für die Bevölkerung. Dass es beispielsweise von den Grünen skeptische Äußerungen im Bundestag gibt, ist nicht sagbar; und dass sich in den Umfragen nicht alle Befragten pro Einheit äußern, wird als reine



Abbildung 17: Eine schon vor Beginn des Untersuchungszeitraums auftretende Infobox, mit der *BILD* neu angekommenen DDR-Flüchtlingen Soforthilfe anbietet.

Momentaufnahme dargestellt. Außerdem werden Vorbilder geschaffen: die Zeitung druckt in der Ausgabe vom 20.01.1990 über mehrere Seiten hinweg Statements von damaligen Prominenten, die sich alle kurz und bündig pro Einheit äußern (vgl. *BILD-Zeitung* vom 20.01.1990: 1-11). Noch wichtiger für das von der *BILD* vermittelte Nationalgefühl ist allerdings das Konstrukt eines in Solidarität verbundenen, aber ungerechtfertigt auf zwei Staaten verteilten deutschen Volkes. Um dieses zu erzeugen, versetzt sich das Medium selbst in die Rolle eines „Anwalts der Schwachen“, spricht: der DDR-BürgerInnen sowie -ÜbersiedlerInnen. Die Taktik dahinter ist klar erkennbar: mit Hilfsangeboten an DDR-Flüchtlinge (Abb. 17) sowie Appellen an BRD-Bürgern, diese Menschen aufzunehmen, werden Fluchtanreize geschaffen (ergo: weitere

Destabilisierung der DDR) sowie das Gemeinschaftsgefühl gestärkt. Im Umkehrschluss wird ebenso an Westdeutsche appelliert, keine Neiddebatte bezüglich der Hilfen für DDR-ÜbersiedlerInnen aufkommen zu lassen (vgl. *BILD-Zeitung* vom 20.02.1990: 1) – schließlich gefährdet diese den Zusammenhalt und könnte DDR-BürgerInnen so sehr verschrecken, dass sie in der Volkskammerwahl gegen die Einheit votieren.

Wie bereits angesprochen, bedient sich *BILD* stark der Medienlogik. Mehr noch: kein anderes Medium weist eine derart ausgeprägte Medienlogik auf. Die Fokussierung auf Sensationen, die hochemotionale Sprache, die direkte Ansprache der RezipientInnen – die *BILD-Zeitung* bedient die Affekte ihres Publikums, um zum einen ihr politisches Interesse und zum anderen den eigenen Verkauf voranzutreiben. Neben dem zusätzlich hohen Maß an Selbstlob lässt sich dies anhand zweier Personen veranschaulichen. Zunächst einmal anhand von Egon Krenz. Während er in seiner Zeit als Staatsratsvorsitzender bis hin zu persönlicher Verleumdung (siehe die Behauptungen in 4.2, für die es keinerlei Beweise gibt) angegriffen und delegitimiert wird, darf er sich Wochen später (als er den Interessen der Zeitung nicht mehr schaden kann) im Rahmen einer eigenen Serie (ab: Krenz in der *BILD* vom 19.02.1990: 7) sozusagen selbst reinwaschen – was die *BILD* als exklusive Sensation stark bewirbt. Zum anderen anhand von Hans Modrow. Dieser wird genau so lange als Hoffnungsträger heroisiert, bis er mit Kohl eine erste Einigung über eine deutsche Einheit erzielt. Ab diesem Zeitpunkt ist relativ sicher, dass ebendiese kommen wird. Ergo: Modrow ist für die Interessen der *BILD* nicht mehr nützlich und wird demzufolge fallen gelassen. Wenige Tage nach den Verhandlungen erscheint eine Titelstory, die Modrow in sensationeller Manier als eben doch „klassischen“ SEDler sowie als eiskalt und scheinheilig charakterisiert („Modrow ließ das Volk prügeln“ (Möller in der *BILD* vom 13.02.1990: 1 & 6). Dies setzt sich anschließend so fort.

Kann man also letztendlich von einer gezielten Kampagne der *BILD-Zeitung* in puncto Vereinigung sprechen? Die Frage darüber, ob bewusst beeinflusst werden sollte, beantwortet das Medium zwischen den Zeilen interessanterweise selbst. Zum einen finden sich hinsichtlich einer gewünschten gemeinsamen Strategie der Parteien pro Einheit und gegen SED Aussagen wie „Dann würde auch der letzte begreifen, wie er zu wählen hat“ (Schindlbeck in der *BILD* vom 17.01.1990: 2). Zum anderen verrät eine unscheinbar wirkende Metapher, dass die *BILD* sich selbst als einflussreichen gestaltenden Faktor in der Willensbildung der Bevölkerung in Richtung Einheit wahrnimmt – und darauf auch stolz ist. Im Rahmen eines Kommentars wird sich darüber echauffert, dass sich Medien, die sich nicht wie die *BILD* selbst (und übrigens auch ausdrücklich Rudolf Augstein vom *SPIEGEL*) immer klar pro Vereinigung geäußert

haben, nun im Osten aber genauso schnell ihre Zeitungen verkaufen wollen: „Die Wendbeutel sind schlauer als die Bauern selbst. Nicht säen – ernten!“ (Schaeffer in der *BILD* vom 12.03.1990: 2). *BILD* selbst hat also im eigenen Verständnis die nun zu „erntende“ großflächige Zustimmung zu einer deutschen Einheit nach eigenen Vorstellungen nicht nur unterstützt, sondern eigenhändig und höchstselbst in die Köpfe der RezipientInnen hinein „gesät“ – äußerst wirkungsvoll, wie das anschließende Wahlergebnis vermuten lässt.

- *SPIEGEL*

„Wenn wir dann eines Tages in einem freiheitlichen und demokratischen Europa wieder zu einer politischen Gemeinschaft verschmelzen, dann hätten auch wir in der BRD noch einmal eine Chance, die dringend notwendigen Korrekturen an unserem System vorzunehmen, zum Beispiel im Umweltschutz, in der sozialen Ordnung oder an unserem föderativen, bundesstaatlichen System - Korrekturen, die der politische Alltag angesichts ständiger Wahlkämpfe sonst so schwer erreichbar macht. In der Tat: So viel Anfang war nie. DDR und BRD haben jetzt eine einmalige Chance der Erneuerung, die Völkern sonst eigentlich nur nach verlorenen Kriegen gegeben ist.“ (Von Dohnanyi im *SPIEGEL* vom 15.01.1990: 109)

„Dieser Artikel des Grundgesetzes [Anmerkung: Art. 23GG] würde zwar den schwierigen Einigungsprozeß beschleunigen, was auch im wohlverstandenen Interesse der EG läge. Artikel 146 hingegen würde Verhandlungen mit der EG nötig machen, längere Verhandlungen, wie man fürchten muß. Daß man Gysi und Modrow, gestützt auf die wackelnde Sowjetunion, nicht gestatten darf, in Bonn oder anderswo einen Filibuster-Tisch zu etablieren, soll und muß man sagen.“ (Augstein im *SPIEGEL* vom 12.03.1990: 27)

Der *SPIEGEL* stellt im Rahmen meiner Untersuchung ein vielseitiges und damit äußerst interessantes Medium dar. Unter den Westmedien ist er nämlich das einzige Printmedium, das bewusst darauf zu achten scheint, im Sinne der Ausgewogenheit alle verschiedenen Positionen inklusive verschiedenster legitimer Sprecher (und damit auch alle Diskurse/Diskursstränge) abzubilden. Dies schließt auch alle Diskussionsebenen mit ein. So werden Ereignisse und Sichtweisen auf der Makroebene immer wieder in historische Kontexte eingeordnet, während sich Beiträge auf der Mesoebene mit Wirtschaft und den jeweils aktuellen Beziehungen der beiden Staaten zueinander beschäftigen. Die Mikroperspektive ist indes der stärkste Indikator für die gewünschte Ausgewogenheit: man lässt sowohl PolitikerInnen (z.B. Lafontaine, Gysi, Berghofer, Brandt, de Maiziere) und ExpertInnen (z.B. HistorikerInnen, WirtschaftsexpertInnen) aller Couleur als auch DDR-BürgerInnen und BürgerrechtlerInnen im Rahmen von Interviews oder Reportagen zu Wort kommen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass dies immer wertfrei geschieht. Neben bewusst provozierend scharf gestellten Interviewfragen (vgl. u.a. Bickerich/Funk/Schwarz im *SPIEGEL* vom 18.12.1989: 26-29) setzt der *SPIEGEL* auch in

dieser Thematik auf die oft mit ihm verbundenen meinungsstarken, teilweise relativ langen Beiträge, wobei sehr auf eine Sprache geachtet wird, die sowohl niveauvoll als auch emotional mitreißend sein soll. Das Konzept ist deutlich erkennbar: Medienlogik soll mit einem gewissen Anspruch verknüpft werden, sodass sich sowohl eine intellektuellere Klientel als auch eine breitere Masse angesprochen fühlen können. Der Fakt, dass überhaupt auf Medienlogik zurückgegriffen wird und dass Meinungen mithilfe von intellektuellen Argumentationen als Fakten dargestellt werden, ist nicht sagbar. Diese Nicht-Sagbarkeit gilt ebenso für den Umstand, dass gerade auf konkrete Personen bezogene Reportagen oder Artikel oft konstruiert sind: man war bei internen Treffen de facto nicht dabei und kennt Gefühle und Gedanken handelnder Personen bei weitem nicht so detailliert, wie man sie beschreibt (vgl. z.B. Schnibben im *SPIEGEL* vom 11.12.1989: 27-29).

Zu Beginn des Untersuchungszeitraums präsentiert der *SPIEGEL* Reform- und Vereinigungsdiskurs auf Augenhöhe. Es werden sowohl die unterschiedlichen Positionen als auch Personen gezeigt, die Reformen für die DDR entweder als realistisch und erstrebenswert oder als utopisch und/oder unerwünscht darstellen. Diese Ausgeglichenheit hält allerdings nicht allzu lange an: spätestens nach dem Mauerfall verschwindet der Reformdiskurs bis auf sehr vereinzelte Ausnahmen (v.a. *SPIEGEL* vom 18.12.1989: 16-25) komplett. Im Folgenden lassen sich in der Mitte des Untersuchungszeitraums eine Vielzahl von Aussagen des Anschlussdiskursstranges finden, ehe gegen Ende dann doch vor allem der Symbiose-Diskursstrang auffindbar ist. Auch hier ist insgesamt keine wirkliche Mehrheit für einen der beiden Stränge auszumachen.

Die interessanteste Komponente bezüglich der Berichterstattung des *SPIEGELS* ist daher vor allem der Fakt, dass die Angelegenheiten rund um die deutsche Frage sozusagen immer wieder zur „Chefsache“ werden: einige der gehaltvollsten und für diese Studie gewinnbringendsten Kommentare stammen vom *SPIEGEL*-Gründer Rudolf Augstein selbst. Diesen Beiträgen kann besondere Bedeutung zugesprochen werden, denn im Magazin *SPIEGEL* könnte niemandes Wort so viel Gewicht haben wie das des als Ikone und damit quasi legitimster Sprecher von allen geltenden Augstein. Doch nicht nur aufgrund dieser Stellung des Autors, sondern auch aufgrund seiner Aussagen nehmen diese Beiträge eine Sonderrolle ein.

Dies äußert sich schon direkt zu Beginn des Untersuchungszeitraums. Die anderen Beiträge kreisen hier vor allem um die Fragen: Wie könnten Reformen für die DDR aussehen? Wie kann der Flüchtlingsstrom gebremst werden? Augstein aber erkennt die Chance für eine weitreichendere Debatte – und bringt, nachdem er in der ersten Woche des

Untersuchungszeitraums noch die Unreformierbarkeit des Sozialismus und der DDR beschrieben hat (vgl. Augstein im *SPIEGEL* vom 09.10.1989: 20), bereits in der zweiten Woche quasi eigenmächtig Argumente für eine mögliche Vereinigung auf den Tisch (vgl. Augstein im *SPIEGEL* vom 16.10.1989: 20). Diese will er unbedingt (er ist laut eigener Aussage „Patriot“ (Augstein im *SPIEGEL* vom 06.11.1989: 22)) und schreibt auch in der Folge mithilfe groß angelegter historischer und weltpolitischer Expertise energisch alle Argumente dagegen nieder (wichtige Selbstlegitimation: immenses historisches Wissen und daher quasi „automatisch“ befähigt, auch zu wissen, welches Handeln jetzt „richtig“ wäre). Sein wichtigstes Argument: die BürgerInnen wollen eigentlich alle die Vereinigung (vgl. u.a. Augstein im *SPIEGEL* vom 20.11.1989: 18) und daher kommt sie selbstverständlich so oder so. Damit erzeugt er die Wahrnehmung, dass es schon zu Beginn doch gar nicht um das Ob, sondern nur um das Wann und Wie geht.

Augstein kann sich, nachdem der Vereinigungsdiskurs sich gegenüber dem Reformdiskurs in puncto Präsenz in der *SPIEGEL*-Berichterstattung durchgesetzt hat, relativ deutlich als ein Vertreter des Anschluss-Diskursstrangs einordnen lassen. Auch wenn er sich offen gegen Kohl ausspricht („Minus-Kanzler“, der Angst vor einem Kanzlerkandidaten Lafontaine haben muss (Augstein im *SPIEGEL* vom 12.03.1990: 27)) und hiermit gegen Ende des Zeitraums doch noch Aussagen des Symbiose-Diskursstrangs trifft, nützen sein Bevorzugen einer schnellen Einheit (siehe Eingangszitat), seine klare Absage an alles DDR-Sozialistische und die damit einhergehende Legitimierung des eigenen Systems dessen Linie extrem. Dass das westliche System hierbei laut Augstein auch Schwächen aufweist, fällt insofern kaum ins Gewicht, als dass er dieses als das einzige praktikable und damit als letztendlich nicht tatsächlich hinterfragbar darstellt:

„Die beiden deutschen Staaten, wie auch immer vereinigt, werden die stärkste Wirtschaftsmacht der EG sein. Sie werden sich nicht daran hindern lassen, ihren östlichen Landesteil mittels des verruchten, derzeit ja auch tatsächlich verkommenen, Kapitalismus zu kolonisieren, solange dazu noch Zeit ist. Das würde schon mal fünf Jahre dauern. Mit geballter Kraft werden sie dann den demokratischen Staaten des Ostens helfen. Und Wirtschaftsmacht bedeutet immer auch politische Macht. Dies ist unsere politische Aufgabe jetzt.“ (Augstein im *SPIEGEL* vom 13.11.1989: 45)

Außerdem ist auch seine Emotionalität in der Bewertung Andersdenkender und skeptischer Staatschefs (Margaret Thatcher beispielsweise ist „out of her mind“ (Augstein im *SPIEGEL* vom 11.12.1989: 18)) eindeutig ein Merkmal des Anschluss-Diskursstrangs. Hierbei wirkt er trotz Emotionen auch sehr belehrend, wenn er mit aller Kraft Menschen anderer Meinung und auch skeptische Interessensgruppen (z.B. direkte Ansprache an Juden (vgl. Augstein im

SPIEGEL vom 08.01.1990: 18)) von der Vereinigung überzeugen will. Auch den Beitrag seines eigenen Chefredakteurs Erich Böhme (Böhme im *SPIEGEL* vom 30.10.1989: 20-21) kann Augstein natürlich nicht unwidersprochen stehen lassen (vgl. Augstein im *SPIEGEL* vom 06.11.1989: 22-23).

Schlussendlich achtet der *SPIEGEL* als Ganzes auf Ausgewogenheit und wird diesem Anspruch auch größtenteils gerecht. Doch sein legitimster Sprecher Rudolf Augstein wird nicht ohne Grund von der *BILD*-Zeitung als eine Art Verbündeter wahrgenommen (siehe oben). Seine frühe und sehr rigorose Positionierung pro Einheit und seine mit historischer Expertise verknüpften Aussagen in Richtung Anschluss haben durchaus das Potenzial, die Wahrnehmung der RezipientInnen in dieser Frage zu verändern.

- *Süddeutsche Zeitung*

„Die überbordende Macht des Deutschen Reiches hat zweimal das europäische Gleichgewicht unterspült, mit massenmörderischen Konsequenzen. Was Wunder, daß dieses Gespenst noch immer in den Köpfen der Verbündeten und Nachbarn herumspukt trotz einer geradezu mustergültigen demokratischen Entwicklung innerhalb einer vitalen westeuropäischen Gemeinschaft. (...) Wichtig ist Freiheit und Stabilität - und die Fortführung des großartigen Experiments der europäischen Integration. (...) . Und nationalistische Träumereien an deutschen Kaminen? Die überwältigende Mehrheit der Deutschen in Ost und West will mit dieser Schimäre nichts zu tun haben. Und das ist auch gut so. Denn wer sagen würde, erst die Nation, dann die Freiheit, der könnte in diesem historischen Moment der Enteisung zum Schluß gar beides riskieren.“ (Joffe in der *SZ* vom 10.11.1989: 4)

„Bisher war die deutsche Einheit für viele nicht mehr als eine unverbindliche Spielfigur, für manche ein Traum, für andere ein Alptraum. Nun ist sie zur realen Handlungsperspektive der Politik in der Bundesrepublik geworden. Umso wichtiger ist, wie sie ins Werk gesetzt wird. Denn die Politik hat es in der Hand, Ängste zu wecken und Ängste zu nehmen - bei den anderen Deutschen, die zwar die Treibenden, aber nicht die Steuernden sind, wie bei den europäischen Nachbarn. Die Bedingung dafür ist freilich nicht leicht zu erfüllen. Sie besteht darin, den Prozeß, der nun beginnt, mit Augenmaß und Illusionslosigkeit zu betreiben.“ (Rudolph in der *SZ* vom 03.02.1990: 4)

Schon die Eingangszitate lassen vermuten, welchem Credo die *Süddeutsche Zeitung* in ihrer Berichterstattung folgt: neben möglichst neutral gehaltenen Ereignisberichten gibt es viele mit offen zur Schau gestellter Expertise untermauerte Meinungsbeiträge, die rational, entschleunigend, gebildet und vor allem vernünftig wirken sollen. Diese Art der Sprache weitet sich bis hin zur Belehrung aus. Das konstruierte Bild und die damit verbundene Legitimierung der eigenen journalistischen Sprecher sind klar: hier sollen historisch und theoretisch voll ausgebildete ExpertInnen einem anspruchsvollen Publikum Orientierung geben, indem sie den RezipientInnen nahebringen, welche Faktoren im Hinblick auf das „große Ganze“ tatsächlich zu beachten sind.

Dies legt bereits nahe, welchen Diskurs bzw. welchen Diskursstrang die *SZ* bevorzugt. So ist es keine Überraschung, dass hier zu Beginn – und auch relativ lange (bis tief in den November und damit bis in die Zeit nach dem Mauerfall hinein) – der Reformdiskurs eindeutig dominiert. Die einzige Ausnahme hierzu bildet vereinzelt geäußerte Skepsis hinsichtlich der Reformfähigkeit von SED und DDR unter Egon Krenz (vgl. *SZ* vom 19.10.1989: 6), aber diese leichte Destabilisierung des DDR-Systems fällt kaum ins Gewicht. Stattdessen will die *SZ* pragmatisch bzw. realistisch auftreten und empfindet jede andere Herangehensweise als destruktiv. Dass gerade in dieser Phase Gorbatschow heroisiert wird, zeigt aber auch, dass zumindest die Reformen als klares Ziel verfolgt werden. Erst relativ spät (Anfang Dezember 1989) scheint sich auch in der *SZ* die Erkenntnis durchzusetzen, dass sich die gesamtgesellschaftliche Debatte nicht mehr mit möglichen Reformen auseinandersetzt. Die Vereinigung steht bereits auf der medialen Tagesordnung.

Die *Süddeutsche Zeitung* wird im Folgenden zu einer eindeutigen Vertreterin des Symbiose-Diskursstranges. Fast jeder Meinungsbeitrag weist nun Aussagen bzw. Argumentationsmuster dieses Diskursstranges auf. Hierbei bilden nur zwei Autoren Ausnahmen: in den Beiträgen von Franz Thoma sowie vereinzelt auch in Beiträgen von Dieter Schröder sind Aussagen zu finden, die sich dem Anschluss-Diskursstrang zuordnen lassen (vgl. u.a. Thoma in der *SZ* vom 17.01.1990: 4; Schröder in der *SZ* vom 09.12.1989: 4). Aber auch hier geschieht dies eher unerschwerlich mithilfe der Erhöhung des eigenen BRD-Systems über das DDR-System (vor allem wirtschaftlich: „Wer erreichen möchte, daß es in der DDR möglichst vielen Menschen so gut wie möglich geht, wird an der sozialen Marktwirtschaft nicht vorbeigehen können, auch wenn ihn an unserem Modell aus moralischen oder ökologischen Gründen stört, daß es noch nie so vielen Leuten so gut gegangen ist“ (Schröder in der *SZ* vom 09.12.1989: 4)). Eine Strategie bezüglich des Ziels Anschlusslösung ist nicht erkennbar. Dass es ansonsten keinerlei Aussagen des Anschluss-Diskursstranges gibt, hat außerdem einen guten Grund: gerade die emotionale und schnelle Dynamik dieses Diskursstranges erzeugt eine Ablehnung innerhalb der *SZ*, die seine Anziehungskraft zu durchbrechen und eine solche Lösung folgerichtig zu verhindern sucht. Somit stellt die *SZ* ihre rationale Argumentation bewusst den nationalistischen und emotionalen Tönen gegenüber, um hierzu tatsächlich eine Alternative zu bilden. Dies bedeutet natürlich auch, dass hier kaum Medienlogik auffindbar ist, da Emotion und Eile ja eben als unseriös dargestellt werden sollen. Anhand von zwei Beispielen lässt sich dies veranschaulichen. So etwa am Mauerfall. Die *SZ* tritt im Gegensatz zu fast allen anderen Medien direkt bezüglich der Euphorie auf die Bremse und möchte zu hohen Erwartungen vorbeugen: „Es wird darauf ankommen, Irritationen, wenn sie denn entstehen sollten, mit klaren

Positions-Angaben auszuräumen. Denn was gestern und vorgestern begonnen hat, kann nur der Anfang eines komplizierten, nirgendwo risikofreien Prozesses sein“ (Rudolph in der *SZ* vom 11.11.1989: 4). Interessant ist auch die allgemeine Berichterstattung über Helmut Kohls Besuch in Dresden: während rührende Bilder vom emotionalen Auftritt des Kanzlers vor der Frauenkirche durch viele andere Medien gehen, beschäftigt sich die *SZ* vor allem mit der Bedeutung und den Ergebnissen des Treffens mit DDR-Regierungschef Modrow. Die *Süddeutsche Zeitung* möchte hier merkbar ihrem selbst gesetzten Anspruch als Qualitätsmedium gerecht werden und sich tatsächlich an ein intellektuelleres Publikum richten. Im Gegensatz zu vor allem auf Medienlogik basierenden medialen Geschäftsmodellen scheint dies auch ihre Vermarktungsstrategie in den Zeiten der deutschen Frage zu sein.

Generell dominiert, wie dies bei einem Medium zu erwarten ist, das Reformdiskurs und Symbiose-Diskursstrang abbildet, die Makroperspektive. Es soll meist um historische Zusammenhänge und das Mächtegleichgewicht Europas gehen, wobei die europäische Integration (siehe Eingangszitate) Vorrang vor allen anderen politischen Zielsetzungen genießt. Überhaupt kann über Nationales wie eine deutsche Vereinigung erst dann nachgedacht werden, wenn die sicherheitspolitische Stabilität Europas und der Verbleib eines vereinigten Deutschlands in der EG gewährleistet sind. Ein wichtiges Thema hierbei stellt beispielweise die Debatte um die Oder-Neiße-Linie dar. Dass überhaupt irgendjemand daran denken könnte, ein vereinigtes Deutschland könne es in anderen Grenzen als den nach 1945 etablierten geben bzw. dass man diese Frage als taktisches politisches Mittel nutzt, gilt als unvernünftig und gefährlich; stattdessen ist Fingerspitzengefühl gefragt (vgl. u.a. Bergdoll in der *SZ* vom 11.01.1990: 4). Wie immer zeigt sich die Tendenz der *SZ* zu Geduld, Behutsamkeit und das Verurteilen jeglicher nationalistischer Emotionen. Bezüglich der Mesoperspektive geht es meist um Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten sowie deren jeweiligen Bündnispartnern, während der Wirtschaft deutlich weniger Beachtung geschenkt wird, als dies in anderen Medien der Fall ist. Die Mikroperspektive wird aufgrund ihrer unsachlichen Emotionalität meist nicht gezeigt. Es geht der *SZ* nicht um Einzelschicksale, sondern wie bereits betont um das „große Ganze“. Wenn dennoch beispielsweise über DDR-Flüchtlinge berichtet wird, stehen eher die damit verbundenen Komplikationen für sie selbst und die Helfer vor Ort im Vordergrund. Fluchtanreize werden hier definitiv nicht geschaffen, statt rührend-heroisierter Fluchtgeschichten wird sich allgemein auf praktische Probleme fokussiert.

Als legitime Sprecher kommen PolitikerInnen verschiedener Richtungen im Rahmen von Zitaten zu Wort. Die Einordnung selbst findet allerdings dann doch zum größten Teil durch die

ja auch als ExpertInnen aufgebauten JournalistInnen selbst statt, während Interviews ziemlich neutral begleitet werden. Gastbeiträge sind selten. Ebenso ist im Zuge des Vereinigungsdiskurses ein Fokus auf das westpolitische Geschehen zu bemerken. Ost-PolitikerInnen werden selten eingebunden, DDR-BürgerInnen überhaupt nicht. Bezüglich der Personenbewertung ist zunächst eine leichte Heroisierung von Gorbatschow und von Modrow, später dann von Willy Brandt zu spüren, während Helmut Kohl im Fortlauf des Untersuchungszeitraums immer stärker kritisiert wird (vgl. u.a. Bergdoll in der *SZ* vom 11.01.1990: 4; Süskind in der *SZ* vom 02.03.1990: 4). Obwohl die SPD mit ihren Lösungen ebenfalls kritisch beäugt wird, steht sie dadurch gerade im direkten Vorfeld der Volkskammerwahl deutlich besser da. Auch wenn dies natürlich nicht sagbar ist, zeichnet sich hierbei ein erwartbares Bild ab: die starke Kritik an der Anschlusslösung und damit an den Plänen der Union sowie die Bevorzugung einer in längerem Prozess ausgehandelten Symbiose-Lösung nützt ganz klar der SPD, deren Konzept am ehesten durchsetzbar erscheint – und auch der DDR-Opposition, die zu Beginn des Untersuchungszeitraums Schützenhilfe für ihre Reformpläne und gegen Ende Unterstützung in ihrer Angst um einen kompletten Ausverkauf ihres Landes erhält.

- *Tagesschau*

„Die Grundübereinstimmung aller Parteien, mit Ausnahme der Grünen, in den drängenden Schicksalsfragen der Deutschlandpolitik war wohl noch nie, auch nicht in den schweren Zeiten des Mauerbaus, so komplett wie jetzt, da die Mauer praktisch gefallen ist. Wenn jemals der Stoff, aus dem Geschichte ist, spürbar in eine Debatte verwoben war, dann war das heute im Bundestag der Fall.“ (Tagesschau vom 28.11.1989)

„Aus der SED soll, so wollen es die Delegierten, die Partei eines wirklich demokratischen Sozialismus werden. Doch auch diese Delegierten haben ihre Vergangenheit.“ (Tagesschau vom 09.12.1989)

Um die *Tagesschau* adäquat analysieren zu können, ist es wichtig, deren zentrales Charakteristikum zu bedenken: sie ist grundsätzlich der Neutralität verpflichtet. Dieser Auftrag schränkt Meinungsäußerungen wesentlich stärker ein, als dies bei den Printmedien der Fall ist. Dies bedeutet aber keineswegs, dass sich keinerlei Muster der Diskurse/Diskursstränge finden. Vielmehr ist es von großer Bedeutung, „zwischen den Zeilen“ zu suchen. Hält man sich an folgende Fragen, kann das Medium durchaus im Sinne meiner Studie kategorisiert werden: Welche Seiten eines Ereignisses hält die *Tagesschau* für berichtenswert? Wen lässt sie zu Wort kommen? Und welche Art unterschwelliger Argumentation lässt sich allein schon an der Wortwahl der SprecherInnen/KorrespondentInnen identifizieren?

Zu Beginn des Untersuchungszeitraums lässt sich demzufolge eindeutig eine Unterstützung des Reformdiskurses identifizieren. Die Bilder der Protestbewegung sowie Beiträge über große Flüchtlingsmassen werden positiv begleitet, während die SED als diktatorisch, altmodisch und zunehmend machtlos dargestellt wird. Sowohl von Protesten als auch von Flüchtlingen gibt es jeden Tag Bilder, was die DDR-Führung ebenso stark destabilisiert wie die zeitgleiche Delegitimierung ihrer unglaubwürdigen Medien (vgl. *Tagesschau* vom 11.10.1989). Und hierbei greifen auch bei der Neutralität anstrebenden *Tagesschau* Mechanismen der Medienlogik: es werden emotionale Bilder von zu Tränen bewegten Flüchtlingen bei gelungener Ausreise gezeigt (Mikroperspektive; hier kann sicher auch darüber diskutiert werden, inwieweit dies Fluchtanreize schafft). Die SED wird durch den dadurch entstehenden Druck indirekt aufgefordert, sich weitreichend im Sinne des Westens zu wandeln (vgl. u.a. *Tagesschau* vom 17.10.1989); eine Zweistaatlichkeit erscheint dabei aber als vollkommen selbstverständlich.

Nach dem Wechsel von Honecker zu Krenz (die *Tagesschau* spricht hier ohne Umschweife von einer „Entmachtung“ (*Tagesschau* vom 18.10.1989), obwohl eine Neutralität vielleicht eher die offizielle Erklärung erforderlich gemacht hätte) ist erstmals der Vereinigungsdiskurs erkennbar. Wie bereits festgestellt, ist Egon Krenz nicht gerade ein Wunschkandidat der Westmedien und wird dementsprechend in der *Tagesschau* äußerst skeptisch porträtiert (vgl. ebd.). Tags darauf folgt dann die komplette Delegitimierung. Dies geschieht mithilfe eines der wirksamsten Argumentationsmittel, welches kein anderes Medium so häufig einsetzt wie die *Tagesschau*: opportune Zeugen. Es werden ausschließlich DDR-BürgerInnen interviewt, die Krenz als reformunfähig und schlechtmöglichste Personalentscheidung darstellen (vgl. *Tagesschau* vom 19.10.1989). Hierbei ist nicht sagbar, dass dies keinesfalls repräsentativ ist und dass (wie bereits in 4.2 beschrieben) vermutlich eher Unzufriedene überhaupt offen mit Westmedien sprechen. Stattdessen werden „die“ DDR-BürgerInnen oft als homogene Masse dargestellt.

Ab diesem Punkt ändert sich der Umgang der *Tagesschau* mit der Thematik. Interpretiert man ihre unterschwellig, teilweise fast beiläufigen Aussagen, lässt sich nun die vollständige Ablösung des Reformdiskurses durch den Reformdiskurs feststellen. Dies geschieht anhand der Diskreditierung der SED (der Drohungen gegen die Reformbewegung unterstellt werden, vgl. *Tagesschau* vom 26.10.1989) sowie der Konstruktion einer (wieder mithilfe opportuner Zeugen untermauerten) Grundstimmung, die verdeutlichen soll: nicht nur die SED (siehe zweites Eingangszitat), sondern vor allem auch das gesamte System DDR ist eigentlich nicht reformierbar. Außerdem lässt sich auch die *Tagesschau* zunehmend im emotionalen Sog

mitreißen, der spätestens nach dem Mauerfall allen Beteiligten das Gefühl gibt, bei etwas Großem dabei zu sein.



Abbildung 18: Die Sendung der Tagesschau zum Mauerfall. Bilder feiernder Menschen werden mit Kommentaren wie "Viele der Menschen mit Tränen in den Augen" emotional untermalt.

Hierzu zeigt die *Tagesschau* dementsprechend medienlogische emotionale Bilder und trägt damit zu dem Eindruck bei, dass alle Bürger sich eigentlich eine deutsche Einheit wünschen (siehe Abb. 18). Außerdem schleicht sich hin und wieder mit Metaphern unterfüttertes Pathos in die Formulierungen (siehe erstes Eingangszitat). So heißt es nach Krenz' Rücktritt beispielsweise:

„Die Revolution hat inzwischen alle Bereiche der Gesellschaft erfasst. Das Vertrauen in die Führung ist endgültig verlorengegangen. Die Massen, die die Wende erzwangen, haben nun auch das alte SED-Regime hinweggefegt.“ (*Tagesschau* vom 03.12.1989)

Interessanterweise scheint die *Tagesschau* bald allerdings fast erschrocken darüber, in welche Richtung sich der Vereinigungswunsch infolge der Emotionalität entwickelt. Ab der Mitte des Untersuchungszeitraums lässt sie sich daher relativ eindeutig dem Symbiose-Diskursstrang zuordnen. So setzt sie beispielsweise als einziges Medium direkt hinter den Beitrag über Kohls triumphalen Auftritt an der Dresdner Frauenkirche Bilder einer Gegendemonstration, auf der die Angst vor einem Ausverkauf der DDR geäußert wird (vgl. *Tagesschau* vom 19.12.1989). Außerdem wird es als „böses Omen“ (*Tagesschau* vom 18.01.1990) für die DDR gewertet, wenn Debatten über ihre Zukunft für die Westparteien als Wahlkampfauftakt zur Bundestagswahl 1990 genutzt und diejenigen an den Rand gedrängt werden, die eigentlich im Herbst 1989 noch als Erste den Schritt auf die Straße gewagt hatten (vgl. *Tagesschau* vom 22.01.1990). Makroperspektivisch wird anhand der Thematik bezüglich Bündniszugehörigkeiten und entsprechender Risiken (großes Thema: Diskussion um Oder-Neiße-Grenze) der Wunsch nach Besonnenheit deutlich, während mesoperspektivisch vor wirtschaftlichen Schäden durch übereilte Entscheidungen gewarnt wird (vgl. *Tagesschau* vom 07.02.1990). Dies nützt natürlich der Bürgerrechtsbewegung und auch der SPD, deren Wahlkämpfer Willy Brandt mit seinen Erfolgsreden im Osten genauso oft zu sehen ist wie Kanzler Kohl und deren geduldige Linie durch die Ablehnung der sich überstürzenden Dynamik unterstützt wird. All dies ist natürlich ob der gebotenen Neutralität absolut nicht

sagbar. Diese wird eher durch die Wahl legitimer politischer SprecherInnen zu erreichen versucht: auch wenn ein Übergewicht an WestpolitikerInnen und Regierungsmitgliedern beider Länder erkennbar ist, lässt die *Tagesschau* doch jede politische Partei sowie Vertreter der DDR-Protestbewegung zu Wort kommen. Dies geschieht in keinem anderen Medium so konsequent. Nichtsdestotrotz bekommt man den Eindruck: gerade die emotionalen Bilder, die die *Tagesschau* hinsichtlich Flüchtlingsbewegung und Mauerfall gezeigt hat, haben möglicherweise einen stärkeren Einfluss auf die zahlreichen RezipientInnen ausgeübt, als es dem Medium später selbst Recht war.

4.4 Die Entwicklung der Diskurse im zeitlichen Verlauf

Das folgende Kapitel konzentriert sich im Sinne eines zeitlichen Längsschnitts auf die Frage, in welchem Verhältnis die Diskurse/Diskursstränge zu unterschiedlichen Zeitpunkten des Untersuchungszeitraums jeweils zueinander stehen. Demzufolge soll es auch darum gehen, eine jeweilige zeitliche Dominanz eines bestimmten Diskurses/Diskursstranges gegenüber den anderen zu identifizieren, um basierend auf der Annahme von starken Medienwirkungen nachvollziehen zu können, warum sich die im Folgenden tatsächlich praktizierte Lösung in der gesamtgesellschaftlichen Wahrnehmung als die beste etablieren konnte. Dadurch, dass eine Beschreibung von Diskursen/Diskurssträngen und Medien in den letzten Kapiteln nicht ohne Bezugnahme auf deren Verhältnis zueinander möglich war, wird es im folgenden Kapitel zu einigen inhaltlichen Überschneidungen kommen. Das Kapitel dient dazu, die bereits angeklungenen Tendenzen auszuformulieren und so einen konkreten zeitlichen Überblick zu geben, der sich an den Schlüsselereignissen des Untersuchungszeitraums orientiert.

Zu Beginn des Untersuchungszeitraums ist eine klare Dominanz des Reformdiskurses zu beobachten. Die Protestereignisse werden durchgehend von positiven Konnotationen begleitet. Auch wenn der Vereinigungsdiskurs bereits existiert, äußert er sich nur unterschwellig durch Destabilisierung des DDR-Systems (Unterstützung der Flüchtlingsbewegung, Kritik an System statt nur an SED). Dass aber eine Vereinigung tatsächlich in absehbarer Zukunft liegen könnte, ist nicht vorstellbar. Stattdessen ist es schon eine mediale Sensation, dass sich plötzlich zum einen so viele Menschen auf die Straße trauen und dass zum anderen so viele weitere die Flucht wagen. Es geht mehrheitlich darum, ob und wie die SED die dringend benötigten Reformen im Land umsetzen kann. Ob es dazu andere Kräfte braucht. Ob man es noch schaffen kann, bevor dem Land entweder die BürgerInnen weglaufen oder es im unkontrollierbaren Chaos versinkt.

Und abschließend darum, ob und wie die BRD helfen kann, die DDR (v.a. ökonomisch) wieder zu stabilisieren. Dass der Reformdiskurs ganz klar die gesellschaftliche Debatte bestimmt, zeigt sich alleine schon daran zu sehen, dass ganz zu Beginn des Zeitraums Honecker und seine Regierung als Schuldige, als zur Verantwortung zu Ziehende dargestellt werden. Die Westmedien zielen eindeutig auf eine Absetzung des Staatsratsvorsitzenden ab. Wie es aber dann konkret personell weitergehen soll, wird erst einmal nicht konkretisiert. Denn allein dies wäre ja bereits eine Sensation.

Das erste Schlüsselereignis der Untersuchung stellt daher nicht umsonst die Ablösung Erich Honeckers durch Egon Krenz da. Durch diesen Wechsel verändert sich, wie bereits mehrfach angesprochen, das Verhältnis von Reform- und Vereinigungsdiskurs. Der Reformdiskurs bleibt dominant, doch der Vereinigungsdiskurs beginnt damit, immer wichtiger zu werden. Denn Krenz, im Vorfeld schon längst als „Kronprinz“ Honeckers titulierte, ist augenscheinlich nicht der Revolutionär, der den Westmedien in ihrer Hoffnung auf einen personellen Wechsel an der SED- bzw. DDR-Spitze vorgeschwebt hat. Es stehen zwei Fragen im Raum: Kann sich die SED reformieren? Und vor allem: kann sich die DDR als Ganzes reformieren? Durch die nun wachsende Skepsis daran wird der Boden für ein Wachstum des Vereinigungsdiskurses bereitet, der seine Dynamik auf der Basis der Annahme entwickeln kann, dass das System DDR und nicht nur dessen Regierungspartei schuldig an der Lage im Nachbarland ist. Somit wird ein Bild konstruiert, innerhalb dessen jegliche Reform ohnehin als unmöglich dargestellt wird. Dieser Grundgedanke wird in der Folge den Vereinigungsdiskurs für viele alternativlos erscheinen lassen.

Das zweite Schlüsselereignis, der Mauerfall vom 09.11.1989, kann anschließend als großer Durchbruch des Vereinigungsdiskurses gewertet werden. Hier kommt eine ganz besondere emotionale Komponente ins Spiel: zum einen die sensationelle, für viele unvorhergesehene Entwicklung, zum anderen die ergreifend wirkenden Bilder und die symbolische Wirkung, dass hier etwas zum Einsturz gebracht wurde, was unüberwindbar schien. Dass dies dennoch gelungen ist, wird daher teilweise als etwas nahezu Schicksalhafter inszeniert. Hieraus resultiert ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das den ohnehin stetig wachsenden Vereinigungsdiskurs endgültig an die Spitze der Debatte schiebt. Der Reformdiskurs existiert weiterhin, kann aber gegenüber seiner erstarkten Konkurrenz nicht mehr wirklich davon überzeugen, dass eine zweistaatliche Lösung die beste ist, zumal die Angriffe des Vereinigungsdiskurses ihn mit jeder medialen Enthüllung über Fehlverhalten von SED-PolitikerInnen und/oder systeminternen Institutionen immer härter treffen. In Zukunft dominiert der Vereinigungsdiskurs, innerhalb

dessen sich auf der Basis der freigewordenen Emotionen bereits der Anschluss-Diskursstrang entwickelt. Als Symbol hierfür kann beispielsweise der bereits angesprochene, stark deutsch-nationalistische Beitrag von Herbert Kremp in der *BILD-Zeitung* gelten, wo bereits zwei Tage nach dem Mauerfall erstmals zu lesen ist: „Wir sind das Volk‘ rufen sie heute. ‚Wir sind ein Volk‘ rufen sie morgen“ (Kremp in der *BILD* vom 11.11.1989: 6).

Infolge der geöffneten Grenzen entwickeln sich sowohl Ereignisse als auch Berichterstattung (wie ich vermute: in Wechselwirkung) rasant. Sowohl die Abbildung der Geschehnisse als auch die geäußerten Meinungen und Visionen innerhalb der Medien sorgen dafür, dass der Reformdiskurs bereits im Dezember 1989 nur noch vereinzelt in Westmedien auftritt, bis er endgültig die Bildfläche verlässt – und es ergo nur noch darum geht, wann und wie eine Vereinigung beider Staaten stattfinden kann/soll. Im Einklang mit Kohls nationalistisch untermalten Tönen im Bundestag und dem Entwurf seines Zehn-Punkte-Plans macht sich überdies seit Ende November der Anschluss-Diskursstrang immer stärker bemerkbar. Dessen bereits zuvor aggressiv geäußerte Delegitimation aller VertreterInnen des Reformdiskurses kann jetzt mit konkreten Vorschlägen zu einer gewünschten schnellen Einheit untermauert werden. Während also mittlerweile ein breiter Konsens darüber herrscht, dass die Vereinigung in absehbarer Zeit kommen wird und muss, weckt und bedient der Anschluss-Diskursstrang gleichermaßen bereits ab Ende November nationalistische, emotionale, ungeduldige und sensationslüsterne Sehnsüchte unter seinen RezipientInnen – Tendenz mit jeder politischen Entwicklung steigend.

Um dieser Dynamik entgegenzutreten, bildet sich wie bereits beschrieben der Symbiose-Diskursstrang als vernunft- und geduldbetonte Alternative, sprich: als direkte Gegenbewegung. Dass hierfür eine Notwendigkeit gesehen wird, sagt bereits einiges über die Wucht aus, mit der der Anschluss-Diskursstrang auf die gesellschaftliche Debatte einwirkt. Im Material lassen sich bereits Anfang Dezember erste Anzeichen für den Symbiose-Diskursstrang ausmachen (vgl. UB in der *SZ* vom 02.12.1989: 4). Nachdem sich dessen Präsenz über den Dezember hinweg kontinuierlich steigert, wird er vor allem ab Mitte Januar 1990 wirklich bedeutend. Der bereits begonnene Wahlkampf der bundesdeutschen Parteien (mithilfe der sich nun bildenden Kooperationen mit Partnern im Osten) um die Gunst der DDR-Wählerschaft spielt hierbei eine gewichtige Rolle, da der Symbiose-Diskursstrang neben Eile und trügerischer Emotion auch den sich anbahnenden Missbrauch der Volkskammerwahl als Vorwahlkampf zur Bundestagswahl 1990 ablehnt – ein Szenario, mit dem die Union und der Anschluss-Diskursstrang verknüpft werden. Nachdem also mögliche DDR-Reformen aus der

gesellschaftlichen Debatte verschwunden sind, entscheiden sich die meisten JournalistInnen oder auch die redaktionellen Linien der Medien spätestens ab diesem Punkt für eine der beiden Alternativen, für die sich dann auch im Verlauf des Volkskammerwahlkampfes jeweils immer deutlicher positioniert wird.

Innerhalb des Anschluss-Diskursstrangs ist diese Positionierung nach Kohls Verhandlungen mit Gorbatschow im Februar ganz eindeutig erkennbar. Ab diesem Punkt scheint der Weg für eine schnelle Einheit endgültig frei, was nicht nur Gorbatschow, sondern auch den Bundeskanzler in den Rang eines Symbols für eine solche Lösung erhebt. Hiernach gilt die Einheit als final beschlossen. Ergo kann der Anschluss-Diskursstrang seine bereits zuvor dauerhaft geäußerte Erhöhung des eigenen Systems über das der DDR nun dazu nutzen, um auch seine Vorstellung über die „richtige“ Art der Vereinigung deutlicher als bisher zu artikulieren. Die aufgezeigte Alternative ist klar: wer schnell zu Wohlstand, Freiheit und einer nationalen Brüderlichkeit kommen will, der kann dies nur über einen Anschluss der DDR an die BRD erreichen – und muss hierfür diejenigen wählen, die diese Lösung politisch anbieten: die Allianz für Deutschland.

Der Symbiose-Diskursstrang sieht in den Gesprächen mit Gorbatschow allerdings nur einen Grundstein, auf dessen Basis noch eine Vielzahl ökonomischer, sozialer und gesetzlicher Fragen zu klären sind. Es geht darum, dass das Ereignis Vereinigung zu bedeutend ist, um in irgendeiner Form leichtsinnig damit umzugehen. Kohl wird hier ebenfalls zu einem Symbol, allerdings zu einem Symbol für Geltungsdrang, Unbeholfenheit und Hast. Auch der Symbiose-Diskursstrang artikuliert seine Vision einer „richtigen“ Lösung zwischen den Verhandlungen Kohl-Gorbatschow und dem Tag der Volkskammerwahl zunehmend deutlicher, da auch seine VertreterInnen wissen, dass Gorbatschows Zustimmung zur Einheit im Zuge ebenjener Verhandlungen die Wahl entscheidend für den weiteren Verlauf der Entwicklungen gemacht hat. Die aufgezeigte Alternative wird nicht immer so klar geäußert wie im Konkurrenzdiskursstrang, ist aber dennoch leicht erkennbar: wer wirklich eine Einheit im Wortsinn vollziehen möchte, bei der alle Beteiligten gleichermaßen und gemeinsam einen zukunftsreichen Staat entwickeln können, der kann dies nur über die Möglichkeit der Erarbeitung einer neuen Verfassung erreichen – und darf dafür vor allem nicht die Allianz wählen, sondern im besten Fall den aussichtsreichsten Konkurrenten: die SPD.

Welcher Diskursstrang kurz vor der Wahl besonders stark auftritt, ist stark vom jeweiligen Medium, dessen Strategie sowie dessen gewünschten RezipientInnen abhängig. In meinem Sample lässt sich in *SZ*, *Tagesschau* und *SPIEGEL* ein Übergewicht des Symbiose-

Diskursstrangs feststellen, während die *BILD* ausschließlich den Anschluss-Diskursstrang abbildet. Hier sei daran erinnert, dass mein Sample nicht repräsentativ für die gesamte westdeutsche Medienlandschaft sowie auch nur deren Leitmedien stehen kann.

4.5 Die Ostmedien

Im letzten Kapitel des Ergebnisteils wird die Analyse der Ostmedien präsentiert. Hierbei geht es zunächst vor allem darum, ob sich die in den Westmedien entstandenen Diskurse/Diskursstränge auch innerhalb der DDR-Medien identifizieren lassen. Zwangsläufig stellen sich demzufolge weitere zu beantwortende Fragen: Welche dieser Diskurse/Diskursstränge lassen sich finden? Wo und in welcher Form? Und wie verändert sich dies gegebenenfalls über den Untersuchungszeitraum hinweg? Somit ist auch die zeitliche Entwicklung bereits abgedeckt. Die Ostmedien dienen als Vergleichsgröße und als Indikator für die Bedeutung, die westliche Diskurse auf das Debattenklima innerhalb der DDR gehabt haben könnten. Hierbei ist vor allem auch der Vergleich untereinander entscheidend. Daher beginne ich das Kapitel entgegen der bisherigen Reihenfolge nicht alphabetisch. Stattdessen macht das *Neue Deutschland* den Anfang. Dies hat den Grund, dass die Ergebnisse hier aufgrund des Charakters dieser Zeitung als direktes Parteiorgan der SED als etwas erwartbarer und unflexibler eingeschätzt werden, während bei der anschließend porträtierten *Berliner Zeitung* ein größeres Veränderungspotenzial vermutet wird. Dementsprechend wird die Darstellung der *Berliner Zeitung* keine reine Abbildung der Inhalte sein, sondern bereits stets den direkten Vergleich zum *Neuen Deutschland* beinhalten.

- *Neues Deutschland*

„Womit jene revanchistischen Forderungen wieder aus dem Kasten wären (...): Wiederherstellung des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937. Keineswegs wollen diese Leute Krenz, der DDR überhaupt eine Chance geben, sondern man zielt auf ‚Anschluß‘ und erhebt Ansprüche auf Territorien auch Polens und der UdSSR. Bleibt festzustellen: Nicht die deutsche Frage ist offen. Offen ist die Frage, wann endlich man in der BRD aus den illusionären revanchistischen Träumen erwachen und sich der Tatsache stellen will, daß die DDR existiert und eben dabei ist, den Sozialismus auf deutschem Boden nicht etwa abzubauen, sondern ihn zu verbessern und zu festigen.“ (Herbell im ND vom 01.11.1989: 1)

„Die Stimmen für eine Wiedervereinigung mehren sich. Das macht mir angst. Wollen wir wirklich unsere gerade gewonnene Mündigkeit wieder aufgeben? Richard von Weizsäcker äußerte, daß wir in der DDR die große Chance haben, eine demokratischere Gesellschaft aufzubauen, als in der BRD vorhanden ist. Wollen wir diese Chance verspielen, um des puren materiellen Gewinns willen? Wiedervereinigung jetzt, das hieße Vereinnahmung. Oder glaubt jemand allen Ernstes, die Bundesrepublik würde auch nur einen Schritt von ihrer Position abweichen, die NATO-Mitgliedschaft

aufgeben oder sich gar einem demokratischen Sozialismus anschließen? Warum auch, sie ist stark und kann die Bedingungen diktieren, natürlich schön demokratisch verpackt. (...) Sollte die SED-PDS die einzige Partei sein, die eine souveräne DDR und Freundschaft mit der Sowjetunion garantiert, sehe ich mich, trotz ihrer großen Schuld und bei allem Mißtrauen, das ich noch hege, gezwungen, meine Stimme ihr zu geben.“ (Nuss im ND vom 02.01.1990: 1)

Zunächst einmal ist festzustellen, dass das *Neue Deutschland* aufgrund seiner politischen Zugehörigkeit sowie Ausrichtung aus einer zuweilen taktischen, vor allem aber erwartbar propagandistischen Perspektive berichtet. Dies wirkt sich auch auf die Art der Sprache aus: auch wenn sich die Wahrnehmung bezüglich vergangener Fehler der SED stark verändert (siehe unten), ist die Sprache dennoch in Bezug auf die jeweils aktuelle Richtung alternativlos. Sprich: das, was gerade gemacht wird, ist definitiv immer das Richtige. Dies verknüpft sich mit Appellen an die RezipientInnen (BürgerInnen werden zum Kampf für den Sozialismus und zur Teilnahme an den Erneuerungsprozessen aufgerufen) und einem mit Weltanschauung aufgeladenen Pathos. Als rhetorische Schemata stechen eine besonders ausgeprägte Kampfrhetorik gegenüber dem „Klassenfeind“ (v.a. BRD und ihre PolitikerInnen) sowie eine Vielzahl von Wortspielen (z.B. „Besser bleiben“ (in der DDR und als die BRD; Blaschke im *ND* vom 01.12.1989: 1)) ins Auge. Außerdem finden immer wieder Heroisierungen statt. Dies betrifft meist die aktiven, zum Teil auch die ehemaligen sozialistischen Staatsoberhäupter und -repräsentanten (v.a. die jeweils eigenen SED-PolitikerInnen sowie Gorbatschow). So lange diese regieren, haftet ihnen trotz sich ändernder Darstellung (s.u.) eine gewisse Unfehlbarkeit an, obwohl man damit teilweise eigentlich komplett entgegengesetzte Linien verfolgt (beispielsweise Honecker und Krenz). Letzteres ist natürlich nicht sagbar. Wichtig auch: es geht nahezu ausschließlich um DDR-Themen (Erneuerung auf allen Ebenen und in allen erdenklichen Bereichen). Bundesrepublikanische Themen gibt es nur, wenn dadurch der faschistische Charakter der BRD und die vermeintliche Durchtriebenheit ihrer PolitikerInnen hervorgehoben werden können. Dies bedeutet einen Gegensatz zu den BRD-Medien, die täglich über Entwicklungen in der DDR schreiben.

Ganz zu Beginn des Untersuchungszeitraums inszeniert das *Neue Deutschland* eine große Zelebrierung des 40. Jahrestags der DDR mit komplett positiver Konnotation der Regierung. Über die nebenbei stattfindenden Proteste wird kein Wort verloren. Hierbei findet interessanterweise dieselbe Verallgemeinerung statt, die später der Vereinigungsdiskurs im Westen gebraucht, nur natürlich umgekehrt: Alle DDR-BürgerInnen sind glücklich und ziehen an einem Strang für den Sozialismus.

Am 11.10. wird erstmals von Reformen gesprochen. Dieser Begriff wird allerdings als perfides Mittel des Westens (und v.a. von Kohl persönlich) dargestellt, der damit das Ziel eines Anschlusses der DDR (dieser Gedanke wird tatsächlich hier bereits als das große Ziel des Westens dargestellt) und einer danach beabsichtigten „Wiederherstellung eines ‚Deutschen Reichs‘ in den Grenzen von 1937“ (HE im *ND* vom 11.10.1989: 2) verfolgt. De facto ist damit ausgedrückt: die Bundesregierung besteht aus Faschisten, die sich wie so oft in die Belange „eines anderen souveränen Staats“ einmischen, was sich die gesamte DDR (Gemeinschaftsgefühl: „wir“) nicht bieten lasse (ebd.). Es findet sich somit auch das erste Indiz für einen Einfluss der Westdiskurse, denn es wird sich damit praktisch zu Beginn gegen den aufkeimenden Reformdiskurs gestellt.

Nach der Ablösung Honeckers durch Krenz ist eine schlagartige Veränderung spürbar. Die Ablösung wird zunächst als einfache einvernehmliche Übergabe des Amtes durch einen älteren an einen jüngeren Genossen dargestellt; dieser Wahrnehmung nach ändert sich erst einmal nichts für die DDR. Später wird die alte Regierung (ohne namentliche Nennung, aber unmissverständlich) jedoch alleinverantwortlich für Vertrauensverlust der SED und Krise der DDR gemacht (vgl. u.a. Oschmann im *ND* vom 29.11.1989: 1). Kurz nach dem personellen Wechsel jedenfalls werden Krenz‘ Reden in Richtung Reformen, seine Treffen mit Arbeitern und Kirchenvertretern sowie die nun auf Dialog ausgerichtete Debattenkultur bereits nach seinem Wortlaut als „Wende“ bezeichnet und sehr gelobt: „Ein Stück Parteitagdiskussion in einer Art, wie sie vor zwei Wochen noch nicht denkbar gewesen wäre“ (Brückner et al. im *ND* vom 20.10.1989: 3). Getreu der Linie des neuen Parteichefs ist die Zeitung demnach ab sofort und entgegen der bisher vertreten Meinung absolute Verfechterin des Reformdiskurses. Dass man dem vorher konträr gegenüberstand, ist hierbei nicht sagbar. Ab diesem Zeitpunkt wird auch überhaupt erst sagbar, dass es Probleme im Land gibt, auch wenn diese wenig konkretisiert werden. Sehr wichtig ist außerdem, dass es zunächst als nicht sagbar erscheint, dass man zumindest finanziell Hilfe braucht. Im Gegenteil: die Souveränität wird extrem betont; Unterstützung ist keinesfalls notwendig. Schon gar nicht vom ärgsten Klassenfeind BRD. Erst Ende November wird eine finanzielle Hilfebedürftigkeit indirekt ausgesprochen, als die BRD dafür kritisiert wird, politische Einmischung und Selbstaufgabe der DDR zur Bedingung für Hilfeleistungen zu machen (vgl. Münstermann im *ND* vom 22.11.1989: 1). Diese Dynamik wiederholt sich immer wieder: Missstände oder Gegenmeinungen im eigenen Land werden oft erst dann indirekt thematisiert, wenn sich dadurch hauptsächlich eine Kritik in Richtung Westen äußern lässt. Der Reformdiskurs gestaltet sich also im *Neuen Deutschland* wesentlich aggressiver als in den Westmedien aus, denn es schwingt immer mit, dass man der BRD

beweisen will, dass die DDR handlungsfähig und existenzberechtigt ist. Kaum sind auch nur ansatzweise Gedanken in Richtung Vereinigung zu vernehmen, werden diese dementsprechend mit voller Härte angegriffen. Es wird bereits zu einem frühen Zeitpunkt eine wohl schon lange existierende Angst vor einer Übernahme durch die BRD erkennbar, die über Monate hinweg immer wieder in den Beiträgen aufkeimt.

Zu diesem Zeitpunkt lassen sich auch besonders gut die legitimen Sprecher der *ND*-Berichterstattung ausmachen. So werden ausschließlich DDR-PolitikerInnen (hier natürlich ganz besonders SED-PolitikerInnen) als kompetent dargestellt. Deren Aussagen werden mithilfe von Aussagen opportuner ExpertInnen und konformer BürgerInnen untermauert: „Die in unserem Lande angestauten Probleme können wir nur mit fleißiger Arbeit lösen. Dafür brauchen wir nicht die Ratschläge der Feinde des Sozialismus. Was wir brauchen, ist vor allem mehr Ehrlichkeit und ein gut funktionierendes Leistungsprinzip“ (Dobrzykowsky im *ND* vom 26.10.1989: 1; Arbeiter in einem Motorenwerk). WestsprecherInnen werden nur dann zitiert, wenn sich ihre Aussagen als positiv für die Entwicklung der DDR deuten (Beispiel: WestpolitikerInnen konstatieren Erschöpfung der Reserven für DDR-ÜbersiedlerInnen, was zur Abschreckung hinsichtlich Fluchtgedanken der DDR-BürgerInnen genutzt werden kann (vgl. *ND* vom 10.11.1989: 1)) oder als lächerliche und einfach zu entkräftende Argumentation des Klassenfeindes darstellen lassen. Es ziehen also de facto immer noch alle an einem Strang, nun aber plötzlich für sozialistische Reformen, die auf einmal ganz dringend nötig und von „den“ DDR-BürgerInnen (die vor wenigen Wochen noch „alle“ vollkommen zufrieden waren) als schon länger gewollt erscheinen. Bezüglich des Mauerfalls lässt sich Bemerkenswertes feststellen: das *Neue Deutschland* berichtet hierzu fast gar nicht. Und wenn, dann nur nüchtern über das Reisegesetz allgemein. Bilder von den Szenarien an der Mauer gibt es nicht, stattdessen nur begeistert kommentierte Bilder von Menschenmassen bei öffentlichen Reden von Krenz (vgl. *ND* vom 11.11.1989: 3). Jedes Zusammengehörigkeitsgefühl mit Westdeutschen soll erst gar nicht geweckt und wenn bereits vorhanden, dann sogleich im Keim erstickt werden. Hier arbeitet das *ND* bewusst gegen den im Westen wachsenden Vereinigungsdiskurs.

Ab Dezember wächst offenbar die Besorgnis. Es wird nun sogar im Neuen Deutschland eingestanden, dass eine nicht unerhebliche Menge an Menschen das Vertrauen in die Führung und eine wirklich zufriedenstellende Wende verloren hat und das Land verlässt – auch deshalb, weil man sich vom Westen (illusorischerweise) mehr verspricht. Zahl und Intensität der Appelle an BürgerInnen, „jetzt erst recht“ in der DDR zu bleiben und anzupacken, nehmen zu (vgl. u.a.

Blaschke im *ND* vom 01.12.1989: 1). Auch hier kann eine Wirkung der Mechanismen des Vereinigungsdiskurses vermutet werden. Zudem wird das *ND* selbst aus der Schusslinie genommen, indem man sich nun bald offiziell als Zentralorgan der gesamten Partei (und später als rein sozialistische Tageszeitung) statt nur des Zentralkomitees begreift (vgl. Spickermann im *ND* vom 04.12.1989: 1). Die Treue zur SED/PDS bleibt bei aller Kritik am Bisherigen und ein wenig Öffnung in Richtung anderer Meinungen natürlich dennoch bestehen. Als Krenz zurücktritt, ist dies nur noch eine Randnotiz, er scheint bereits gefühlt nur noch als Ballast wahrgenommen zu werden. Die Heroisierung findet im Folgenden vor allem bei Gysi und Modrow statt. Des Weiteren werden die immer lauter werdenden nationalistischen Töne auf den Leipziger Demonstrationen zunehmend schärfer verurteilt, weil auch eine unterschwellige Angst (*ND* in den Augen Vieler ja selbst ein Teil des alten Systems und offen gegen Anschluss) vor diesen Entwicklungen kontinuierlich spürbarer wird („Morddrohungen werden ausgestoßen. Andersdenkende angepöbelt“ (Prokot im *ND* vom 13.12.1989: 1)). Dass es außerdem nötig erscheint, immer wieder darauf hinzuweisen, dass dies nicht die Mehrheit sei, deutet auf eine Furcht davor hin, dass es ob der rasanten Entwicklung irgendwann eine Mehrheit sein könnte (siehe u.a. zweites Eingangszitat).

Mitte Januar reift die Erkenntnis, dass trotz aller Bemühungen der SED/PDS deren Rolle als Regierungspartei im derzeitigen Meinungsklima nicht mehr zu halten ist. Die Mechanismen des Vereinigungsdiskurses haben den vom Neuen Deutschland vorangetriebenen Reformdiskurs auch innerhalb der DDR so stark delegitimiert, dass nun offen über eine Oppositionsrolle der SED/PDS gesprochen wird. Diese wird natürlich in der Logik des Mediums als „konstruktiv“ und damit positiv dargestellt (Oschmann im *ND* vom 13.01.1990: 1). Im Zuge dessen macht aber die Haltung derer, die damit als wahrscheinlicher für eine Regierungsbildung nach der Volkskammerwahl infrage kommen, deutlich, dass eine Vereinigung über kurz oder lang unabwendbar ist. Daher finden sich ab Anfang Februar im Neuen Deutschland erste Aussagen, die – wenn es denn schon so weit kommen muss – eine Favorisierung des Symbiose-Diskursstranges andeuten: „Moskaus Ja setzt Stabilität in allen Phasen der gegenwärtig so stürmisch verlaufenden Prozesse in Europa voraus. Stabilität, die nur dadurch zu gewährleisten ist, daß die Interessen aller Beteiligten stets in Einklang gebracht werden“ (Wehner im *ND* vom 01.02.1990: 2). Die Souveränität der DDR spielt hierbei deshalb noch eine große Rolle, weil sie zum einen durch das Pochen auf eine langfristige, geduldige Lösung noch länger bestehen bleibt und weil sie zum anderen eine Gleichberechtigung in Verhandlungen mit der sonst übermächtig erscheinenden BRD garantiert. Dadurch soll

wenigstens der Anschluss-Diskursstrang und die damit verbundene Vereinnahmung der DDR abgewendet werden, wenn man schon keine andere Wahl als eine Einheit hat.



Abbildung 19: Titelblatt des ND im Wahlkampf. Die Positionierung gegen den Anschluss-Diskursstrang ist deutlich zu erkennen.

Dies bedeutet auch, dass nun die Union zum erklärten Feind wird, während die Sozialdemokraten auch aufgrund ihrer historischen Überschneidung mit der ehemaligen SED (nun endgültig PDS) favorisiert werden. Dadurch, dass diese Perspektive immer prominenter wird, kann man bald tatsächlich von Unterstützung des Symbiose-Diskursstranges als Reaktion auf den bedrohlichen Anschluss-Diskursstrang sprechen (v.a. die Makroperspektive bezüglich des Mächtegleichgewichts und der Historie sowie die betont vernünftige Sprache des Symbiose-

Diskursstrangs sind häufig anzutreffen). Dies bedeutet aber nicht, dass nun auch der Wahlkampf der SPD in den Vordergrund rückt; besagte Partei ist zwar besser als die von der CDU geführte Allianz, aber deshalb noch nicht wirklich gut. Der Fokus bleibt auf den stets positiv beschriebenen Veranstaltungen der PDS (hier hat die Erneuerung laut *ND* definitiv erfolgreich stattgefunden, weshalb sie die beste Wahl ist (vgl. Prokot im *ND* vom 26.02.1990: 1)), während Äußerungen und VertreterInnen der Allianz für Deutschland (v.a. Kohl, Rühle, De Maiziere) vor allem aufgrund der an ihnen zu verübenden Kritik thematisiert und scharf angegriffen werden (vgl. u.a. Bossenz im *ND* vom 23.02.1990: 1; Einicke im *ND* vom 01.03.1990: 1). Diese Angriffe richten sich gegen den als anmaßend und unehrlich empfundenen Wahlkampf der Bundesparteien innerhalb der DDR sowie deren Pläne hinsichtlich einer Ausbeutung der DDR-BürgerInnen. So wirbt das *ND* auch im Wahlkampfendspurt für eine starke PDS als linke Opposition, die der DDR das Schicksal einer zukünftigen „Ko(h)lonie der BRD“ ersparen soll (Steiniger im *ND* vom 14.03.1990: 1). Die Auswirkungen der Westdiskurse bzw. -diskursstränge sind also sogar im SED/PDS-Organ *Neues Deutschland* ganz deutlich zu spüren: einer aggressiver ausgestalteten Variante des Reformdiskurses folgt die Unterstützung des Symbiose-Diskursstranges, da man die wuchtige Dynamik des Anschluss-Diskursstranges nur durch die Solidarisierung mit dessen direkter Konkurrenz noch aufzuhalten hofft. Im Endeffekt gilt: jedwede Lösung ist für das *ND* immer noch akzeptabler als der Anschluss.

- *Berliner Zeitung*

„Selbstverständlich packt einen die kalte Wut bei den sich täglich mehrenden Nachrichten über Ämtermißbrauch, dubiose Exportgeschäfte und Finanzmanipulationen. Doch was das Land in dieser Situation braucht, ist Besonnenheit. (...) Was das Land in dieser angespannten Lage überhaupt nicht braucht, ist eine Eskalation der Gefühle, ist der Kampf eines jeden gegen jeden. (...) Anarchie jedoch, wo jeder sein eigener Sheriff und Richter ist, kann den Funken für einen ehrlichen Neubeginn zum Erlöschen bringen. An haßerfüllter Gewalt – vielleicht von politischen Abenteurern aus ganz anderer Ecke – darf diese bisher so friedliche Revolution nicht scheitern.“ (Knack in der *BLZ* vom 07.12.1989: 1)

„Per Verwaltungsreform wird da anscheinend die DDR aufgelöst, fast beiläufig die Nationale Volksarmee beerdigt und alles an Gesetzen und sozialen Regelungen liquidiert, was nicht bundesdeutschen Rechtsnormen entspricht. (...) Statt zu erschrecken gilt es darüber nachzudenken, was man gerade wegen des Tempos, in dem die Prozesse verlaufen, an eigenem noch einbringen kann. Dabei wird die Wahlentscheidung eine Chance sein – wenn sie eine von klarer Mehrheit gestützte, an den Interessen des Volkes orientierte Regierung hervorbringt, die in der Lage ist, wenigstens die empfindlichsten Körperparteien vor dem heranrollenden Kapitalismus mit einem sozialen Schild zu schützen.“ (Schaffmann in der *BLZ* vom 06.02.1990: 1)

Allgemein fällt in der Berichterstattung der *Berliner Zeitung* (ehemals *BZ*, heute *BLZ*), ebenso wie in der des *Neuen Deutschlands*, zunächst die Konstruktion eines Wir-Gefühls auf: alle sitzen in einem Boot für Sozialismus und DDR sowie gegen den Klassenfeind im Westen (v.a. in der BRD). Die Perspektive ist also ebenfalls zunächst propagandistisch. Zunehmend will man sich allerdings als schonungslos ehrlich und nah an den RezipientInnen präsentieren. Die Art der Sprache variiert stark zwischen teilweise bewusst seriös bis hin zu scharf hinsichtlich der Äußerungen innerhalb von Kommentaren. Je weiter die Proteste voranschreiten, umso mehr will die *BLZ* jedoch vor allem eine vernünftige Stimme sein und drosselt daher deeskalierend ihre Schärfe. Sie möchte spürbar dazu beitragen, dass es wieder eine grundsätzliche Solidarität zwischen Protestierenden und Regierung gibt. Foren wie der Runde Tisch werden daher unterstützt, während man beispielsweise Forderungen wie Generalstreiks strikt ablehnt (vgl. Wirt in der *BLZ* vom 02.12.1989: 1). Auch traut man der SED eine Erneuerung deutlich länger zu, als dies im Westen der Fall ist. Deren jeweils aktive politische Spitzenpolitiker (Krenz, Gysi, Modrow) werden dementsprechend stets positiv begleitet. Grundsätzlich ist ebenfalls wie im *Neuen Deutschland* auffällig, dass die Meinungen von internen KommentatorInnen sehr oft nah beieinander liegen bzw. nahezu identisch erscheinen – ein Unterschied zu einigen Westmedien.

Außerdem ist die bereits aus dem *Neuen Deutschland* bekannte Konzentration auf DDR-interne Themen anzumerken, die vor allem durch Berichte über andere sozialistische Staaten komplettiert wird. Zusätzlich zu dieser Makroperspektive geht es oft um die mesoperspektivische Wirtschaft, zu deren Verbesserung wiederum mikroperspektivische

Appelle an alle BürgerInnen in puncto individueller Leistungssteigerung gerichtet werden. Die Politik der BRD spielt lange Zeit eine untergeordnete Rolle; erst im Volkskammerwahlkampf rückt sie etwas stärker in den Fokus.

Ganz zu Beginn des Untersuchungszeitraums ähnelt die Berichterstattung der *Berliner Zeitung* aufgrund der politischen Kontrolle natürlich der des *Neuen Deutschlands*: die Feier zum 40. Jahrestag der DDR wird festlich und pathetisch begleitet, während über die zeitgleich stattfindenden Proteste kein Wort verloren wird. Sehr interessant ist hierbei auch die nahezu identische Überschneidung, wenn es um Reformgedanken geht: bei beiden Zeitungen sind zumindest solch grundlegende Veränderungen, die der Reformdiskurs unweigerlich auf die Tagesordnung setzt, zu Beginn solche, die „uns von Antisozialisten ‚empfohlen‘ werden, (...) ohne Dank abzulehnen, selbst wenn sie fein verpackt und mit Schleifchen verziert sein sollten“ (Arnold in der *BLZ* vom 10.10.1989: 2). Auch die damit verbundene Aggression gegenüber der auf kapitalistische Übernahme der DDR abzielenden BRD (allen voran hier Kanzler Kohl) ist erneut feststellbar: „Wenn das die Reformen sein sollen, zu denen die BRD-Medien die DDR Tag für Tag auffordern – daraus wird bestimmt nichts! Vielleicht sollten einige Herren in Bonn mal ihr Gehirn entstauben und entlüften (...)“ (Zett in der *BLZ* vom 11.10.1989: 2).

Es lässt sich allerdings ein Unterschied erkennen: während laut *ND* zu diesem Zeitpunkt alles ideal im Staat verläuft und dementsprechend nicht der geringsten Veränderung bedarf, lassen sich in der *BLZ* zumindest hinsichtlich einiger Punkte zaghafte kritische Äußerungen finden: „Beim Durchsetzen des Leistungsprinzips ein deutliches Stück voranzukommen wäre eine lohnende Reform für den Sozialismus“ (Arnold in der *BLZ* vom 10.10.1989: 2). Die *BLZ* erkennt also deutlich früher überhaupt eine Existenz von Problemen im Land an. Dass ein Handeln zwar notwendig ist, die Probleme aber aus eigener Kraft beseitigt werden können, steht allerdings außer Frage. Interessant hierbei ist: es wird suggeriert, die diesbezügliche gesellschaftliche Diskussion finde bereits unter Honecker statt; das Politbüro habe erkannt, dass man handeln müsse. Dies deckt sich eher weniger mit dem historischen Ablauf und wirkt stattdessen vielmehr wie eine Initiative der *Berliner Zeitung* selbst, die ihre Argumente aber natürlich mit SED-Beschlüssen stützt (vgl. Lemaire in der *BLZ* vom 13.10.1989: 2). Zu diesem Zeitpunkt ist nicht sagbar, dass immer mehr Menschen protestieren und die SED auch innerhalb der eigenen Bevölkerung in der Kritik steht. Die heroisierten SED-PolitikerInnen sind nicht kritisierbar.

Die *BLZ* unterstützt also bereits früh (und wesentlich offensiver als das *ND*) den Reformdiskurs, tut dies aber in einer systemkonformen Variante. Es ist dennoch bemerkenswert, dass die

Entwicklungen in Leipzig die RedakteurInnen offenbar zunehmend dazu veranlassen, früher und offener über Unzufriedenheiten (gar gepaart mit Selbstkritik) zu schreiben, als dies der Honecker-Administration genehm sein dürfte: „100 000 waren am Montag in Leipzig auf die Straße gegangen. (...) Monologe meiner Gesprächspartner, scharfe Kritik an den Zeitungen und Massenmedien der DDR. Eine Kritik, die berechtigt ist. Und ich verüble es meinen Leipziger Gesprächspartnern nicht, wenn sie ihren Unmut an meiner Person ausließen“ (Venus in der *BLZ* vom 18.10.1989: 2). So stark fällt eine Selbstkritik im Neuen Deutschland zu keinem Zeitpunkt aus. Dass man also bei der *BLZ* zuvor entgegengesetzte Linien – freiwillig oder unfreiwillig – unterstützt hat, ist für das Medium durchaus sagbar.

Als Egon Krenz auf Erich Honecker folgt, wird er daher breit unterstützt. Nun wird sagbar, dass nicht nur die Medien, sondern auch die SED ein großes Problem hinsichtlich des Vertrauens der DDR-BürgerInnen besitzen. Der nun auch offizielle Drang nach Reformen scheint auf die *BLZ* befreiend zu wirken: „(...) Mit einer solchen Art neuen Anfangs können wir leichteren Herzens arbeiten“ (Arnold in der *BLZ* vom 20.10.1989: 2). Der Glaube an den Erfolg anstehender sozialistischer Reformen ist groß, Egon Krenz wird entsprechend heroisiert. Dies gilt ebenso für die Sowjetunion in Person des Reformers Gorbatschow. Ein Unterschied zum Neuen Deutschland: von den Protestbewegungen werden bald auch Bilder gezeigt, um auf die Ungeduld in der Bevölkerung hinzuweisen (vgl. *BLZ* vom 06.11.1989: 1).

Zwei Tage nach dem Mauerfall wird hier – im Unterschied zum *ND* – auch tatsächlich mitsamt Bildmaterial von den zahlreichen DDR-BürgerInnen berichtet, die am 09.11. die Grenze nach Westberlin überschritten haben. Dem Datum wird hierbei durchaus eine höhere historische Bedeutung als im *ND* beigemessen, wenngleich der Fokus darauf liegt, dass zum einen die meisten der Grenzgänger wieder zurückgekommen sind (hier wird auch die Flüchtlingsthematik zum ersten Mal indirekt als Problem erkennbar) und dass zum anderen all dies nur durch das Reisegesetz der DDR-Regierung möglich war, die dadurch an Vertrauen zurückgewinnen kann. Hierbei wird tatsächlich mit Mikroperspektive (persönliche Erfahrungen) gearbeitet, die große rührselige Emotionalisierung bleibt aber trotz freudiger BürgerInnen-Zitate aus (hier auch zu bedenken: DDR-Medien nicht im kommerziellen Wettbewerb) (vgl. *BLZ* vom 11.11.1989: 6).

In den folgenden Wochen fällt im Vergleich zum Neuen *Deutschland* vor allem die Abstinenz einer wirklichen Auseinandersetzung mit dem sich im Westen längst auf dem Vormarsch befindlichen Vereinigungsdiskurs auf. Man hat die BRD zwar gerade in der Honecker-Zeit noch für solche Gedanken kritisiert, verlässt sich aber nun auf Aussagen der PolitikerInnen, die

eine Einheit ausschließen. Es ist deutlich: die Zweistaatlichkeit ist für die Berliner Zeitung so selbstverständlich, dass man sie vergleichsweise lange gar nicht infrage stellt. Ebenso zeigt die Vernachlässigung der Fluchthematik, dass man das Reisegesetz zunächst für ausreichend befindet, um die Zufriedenheit der BürgerInnen sukzessive wiederherzustellen. So dauert es bis zum 29. November und der Präsentation von Kohls Zehn-Punkte-Plan über eine Konföderation, bis auch die Berliner Zeitung sich mit den Vereinigungsgedanken der Westdeutschen auseinandersetzt. Dies geschieht mit Misstrauen (ein Trick, um doch die Vereinigung voranzutreiben?) sowie großer Skepsis: „Wie man das ‚Ding‘ auch nennen mag (...), eins sollte allen, die darüber reden, klar sein: nichts geht ohne die Bürger der DDR und ihre freie Entscheidung für oder gegen etwas. So einfach, wie sich Kanzler Kohl den Umgang mit der sozialistischen demokratischen Republik vorstellt, geht’s wohl nicht“ (Harbauer in der *BLZ* vom 29.11.1989: 1). Die *Berliner Zeitung* erscheint nun wie wachgerüttelt. So werden nun all diejenigen zu legitimen Sprechern, die eine Souveränität der DDR betonen und ihre Angst vor einer Vereinnahmung durch die BRD zum Ausdruck bringen. Bis in den Dezember hinein nehmen dementsprechend sowohl die Erkenntnis, das sich die Gemengelage auf den Demonstrationen verändert als auch Positionierungen gegen den Anschluss-Diskursstrang zu: „(...) Die langfristigen Bemühungen um eine kontinentale Friedenordnung, um ein gemeinsames europäisches Haus nicht durch wiedererstandene ‚Deutschland, Deutschland über alles‘-Rufe zerstören lassen“ (Adam in der *BLZ* vom 05.12.1989: 1).

Im Dezember lässt sich dieselbe wachsende Sorge über die Entwicklungen auf den Demonstrationen spüren wie im *Neuen Deutschland*. Die *Berliner Zeitung* bekennt sich demzufolge eindringlich zum Sozialismus als Staatsform und zu den Reformgedanken, die sie selbst aktiv unterstützt hat: „An der Spitze scheinen sich Leute zu drängen, die mit der Erneuerung in diesem Land nichts im Sinn haben. Trittbrettfahrer, denen die ganze Richtung nicht paßt, die Hunderttausende mit ihren Märschen erstritten haben. Teuschtümelei gilt es aufzuhalten. Bevor es zu spät ist“ (Knack in der *BLZ* vom 13.12.1989: 1).

Mitte Januar ist immer noch die Verbundenheit zur SED/PDS zu spüren. Dennoch lässt sich im Rahmen eines Kommentars eine zwar nicht kritiklose, aber immerhin aufgeschlossene Haltung zur Programmatik der Ost-SPD finden. Viele Programmpunkte „zeugen von der Eigenständigkeit einer Partei, die ihre Hausaufgaben gemacht hat. Bestimmt nicht allein. Die große Schwester aus dem Westen wird dabei mehr als nur über die Schulter geschaut haben. (...) Zu der Programmatik der DDR-Sozialdemokraten kann man stehen, wie man will, ablehnend oder bejahend. Gut an der Landesdelegiertenkonferenz war jedenfalls, dass man nun

weiß, woran man mit dieser Partei ist“ (Knack in der *BLZ* vom 16.01.1989: 1). Dass man der Partei außerdem attestiert, zu Recht optimistisch in den Wahlkampf zu gehen, zeigt erstmals, dass der von der *BLZ* unterstützten SED/PDS (gegen die sich die Ost-SPD deutlich positioniert hat) mittlerweile wenig Chancen auf den Machterhalt zugetraut werden; sie sollte daher konstruktiv in Richtung Opposition arbeiten (vgl. Eggert in der *BLZ* vom 16.01.1990: 2). Wie im *ND* ist auch hier erkennbar: der mit den Sozialdemokraten verbundene Symbiose-Diskursstrang ist auch für die *BLZ* zumindest die bessere Alternative als der von der dauerhaft kritisierten Union angestrebte Anschluss. Der Anschluss ist laut *BLZ* die „scheinbar einfache Lösung“, welche aber mit Erwartungen einhergeht, die „niemand (...) wird erfüllen können“ (Adam in der *BLZ* vom 20.01.1990: 2). Als die SED/PDS wenig später den Berliner Verlag und damit auch die *BLZ* aus den Händen gibt und das Medium damit nicht mehr Eigentum der Partei ist, schwindet merklich auch der geäußerte Glaube an deren Reformfähigkeit. Dennoch werden im Sinne der Stabilität des Landes weiterhin alle Vorschläge abgelehnt, die Regierung schon vor den Wahlen aufzulösen. Auffällig ist ebenso: es lässt sich im Gegensatz zum *ND* ein sehr positiver Beitrag über Oskar Lafontaine, den Hoffnungsträger der West-SPD, finden (vgl. Eggert in der *BLZ* vom 29.01.1990: 1). Allgemein kommen sowohl Ost- als auch West-SPD immer häufiger in der Berichterstattung vor.

So verwundert es nicht, dass im März, im Wahlkampfendspurt, mehrere klare und wortwörtliche Positionierungen gegen eine Durchsetzung der Einheit nach Artikel 23 GG erfolgen: „Als Fazit bleibt: Artikel 146 und nicht Artikel 23 ist der für die deutsche Vereinigung vorgesehene“ (Bischoff in der *BLZ* vom 16.03.1990: 3; vgl. auch Adam in der *BLZ* vom 02.03.1990: 1). Die *Berliner Zeitung* spricht sich damit wesentlich offener als das *Neue Deutschland* für eine der Einheitslösungen aus; wohl vor allem deshalb, weil das *ND* logischerweise fast ausschließlich vom Wahlkampf der PDS berichtet. Damit ist die Unterstützung des Symbiose-Diskursstranges praktisch auch offiziell.

Es gibt also schlussendlich markante Unterschiede in der Berichterstattung der *Berliner Zeitung* im Vergleich mit der des *Neuen Deutschlands*, aber in einem wesentlichen Punkt entscheidende Gemeinsamkeiten: in beiden Ostmedien lassen sich deutlich länger Aussagen des Reformdiskurses finden als in den Westmedien. Dass diese Lösung – und die damit einhergehende Souveränität der DDR – präferiert und vor allem die Anschlusslösung abgelehnt wird, ist also ein nicht alleine das SED-Zentralorgan *ND* betreffender Fakt. Inwieweit bei der *BLZ* auch nach deren Abkopplung vom Besitz der SED/PDS eine jahrzehntelange sozialistische Prägung der RedakteurInnen bezüglich persönlicher Weltanschauung und Arbeitspraxis

vorhanden ist, kann im Rahmen dieser Studie nicht untersucht werden. Eines aber ist sicher: eine Unterstützung der im Endeffekt praktizierten Lösung war auf der Basis der Untersuchung dieser beiden exemplarischen Medien mutmaßlich in Ostmedien überhaupt nicht vertreten. Abschließend findet sich in der *Berliner Zeitung* ein Zitat, das eine Brücke zwischen der Wandlung des sogenannten „deutschen Rufes“ und der Angst vor Vereinnahmung und Ausverkauf der DDR schlägt:

„(...) In meinem Wohngebiet fielen mir einige Autos mit BRD-Kennzeichen auf, aus denen heraus CDU-Werbung stattfand (...). Und natürlich den unverzichtbaren Aufkleber ‚Wir sind ein Volk‘. Die Aufschrift erinnerte mich an jenen anderen Satz, der von Leipzig aus um die Welt ging: ‚Wir sind das Volk‘. Er wurde zum Symbol einer Wandlung von historischem Ausmaß. (...) Seitdem sind Wochen vergangen. (...) Wie sozial sie [Anmerkung: die CDU] sich geben werden, wenn ihre Pläne von Währungsunion und deutscher Einheit erst wahr geworden sind, wird sich erweisen. Ein gewisses Mißtrauen sei gestattet, hatten sie es doch noch nie so sehr mit den Interessen des sogenannten einfachen Volkes“ (Bringmann in der *BLZ* vom 13.02.1990: 2)

5. Fazit

Diese Studie hat sich an einer Rekonstruktion des Debattenklimas zwischen dem Herbst 1989 und der Volkskammerwahl 1990 versucht. Sie möchte Erklärungsansätze dafür liefern, warum sich ein Großteil der DDR-BürgerInnen zu Beginn der als „Wende“ bekannten Revolution für sozialistische Reformen innerhalb der DDR aussprach – und sich dennoch einige Monate später in der Volkskammerwahl mit fast absoluter Mehrheit für diejenigen entschied, die mit einer Vereinigung durch Anschluss an die kapitalistische Bundesrepublik geworben hatten. In diesem Zusammenhang habe ich die Existenz eines Vereinigungsdiskurses in den Westmedien vermutet, der eine solche Stärke entwickeln konnte, dass er zunächst die Debatte so intensiv prägen und damit schließlich auch die RezipientInnen so nachhaltig in ihrer Wahrnehmung der Lage und ihrer darauffolgenden Entscheidungsfindung beeinflussen konnte, dass sich schließlich ein gesellschaftlicher Meinungswechsel vollzog. Ich habe dies auf die These gestützt, dass dabei die Medien ein aktiver Faktor gewesen sein könnten, die die tatsächlichen politischen Ereignisse weder allein verursacht noch rein als Chronisten abgebildet haben, sondern die mit ebenjenen Geschehnissen in eine Art Wechselwirkung getreten sind. Sprich: die Medienberichte über Ereignisse rufen neue Ereignisse dieser Art hervor, woraufhin die Medien weiterhin berichten können. Die Art, wie sie berichten, bestimmt auch den Charakter der stattfindenden Ereignisse – und wie RezipientInnen diese wahrnehmen. Dass gerade Westmedien im Fokus standen, hat mehrere Gründe: aktuelle Vorwürfe diesbezüglich in der Literatur (Dahn, Müller; siehe 2.1), Mechanismen der Medienlogik in puncto publizistischer

und ökonomischer Wettbewerb (Sensation, Spektakel, Interesse an Folgeberichterstattung) sowie westliche Weltanschauung. Zusätzlich dazu dienten die untersuchten Ostmedien als Indikator dafür, wie eventuell auch hier Westdiskurs/-diskursstränge in die DDR-interne Debatte eingeflossen sind.

Zunächst einmal konnte ich tatsächlich sowohl einen Reformdiskurs als auch einen Vereinigungsdiskurs ausmachen. Es kristallisierte sich zudem heraus, dass besagter Vereinigungsdiskurs aufgrund zweier unterschiedlicher Lösungen hinsichtlich der Einheit selbst auch nochmal in zwei Diskursstränge unterteilt war: Anschluss- und Symbiose-Diskursstrang. Zu Beginn des Untersuchungszeitraums dominierte klar der Reformdiskurs. Dieser ging mit der offensichtlichen Selbstverständlichkeit der Zweistaatlichkeit sowie dem artikulierten Wunsch der DDR-Protestgruppen nach Reformen einher. Doch schon früh begann der Vereinigungsdiskurs damit, die Reformfähigkeit der DDR entweder anzuzweifeln oder gleich als unmöglich darzustellen. Diese Delegitimierung der DDR erscheint im Nachhinein stark genug gewesen zu sein, um Zweifel an den Reformen unter den DDR-RezipientInnen zu erzeugen und/oder zu bestärken, woraufhin der Vereinigungsdiskurs sowohl innerhalb der Westmedien als auch innerhalb der DDR-Bevölkerung immer mehr an Einfluss gewann. Während der auf Vernunft setzende Reformdiskurs in den Westmedien bald verschwand, konnte sich also der Vereinigungsdiskurs durchsetzen, der sowohl die Unzufriedenheit der DDR-RezipientInnen als auch die Sensationslust der BRD-RezipientInnen zu bedienen vermochte. Hinzu kommen medienlogische Aspekte wie Personalisierung und Fokussierung auf den politischen Wettbewerbsgedanken, welche prägnanter und häufiger in Westmedien zu finden waren. Diese waren sowohl deutlich stärkeren politischen, vor allem aber auch ökonomischen und publizistischen Wettbewerb untereinander gewohnt. Demzufolge ist auch eindeutig die größere Erfahrung der Westmedien darin spürbar, ihre RezipientInnen zusätzlich zur Informationsfunktion auch zu unterhalten.

Die Vermutung, dass ein Vereinigungsdiskurs existiert und dieser im Zuge der Entwicklungen immer mehr an Einfluss gewonnen hat, hat sich also bestätigt. Welche Mittel hierfür entscheidend waren, zeigt sich vor allem aber in der Analyse des darauffolgenden Machtkampfes zwischen den Diskurssträngen. Hier standen ein Appell an Vernunft, Geduld und Besonnenheit (Symbiose-Diskursstrang) einem nahezu reinen Abzielen auf Emotionen (Anschluss-Diskursstrang) gegenüber. Indem sich die vernünftige Perspektive häufig in Intellektualität verlor und trotz zur Schau gestellter Seriosität durchaus einen belehrenden Eindruck machen konnte, erscheint es im Rückblick sehr plausibel, dass ein einfache und

schnelle Lösungen versprechender, emotional mitreißender Diskursstrang, bessere Chancen hatte, bei einer breiten Masse anzukommen, deren Zusammengehörigkeitsgefühl er damit wecken konnte. Es bestätigt sich also letztendlich die Vermutung, dass ein Vereinigungsdiskurs – in diesem Fall vor allem der Anschluss-Diskursstrang dieses Diskurses – imstande war, eine solche Wucht zu entwickeln, dass er das Debattenklima schließlich beherrschen konnte. Dass sein Konkurrenz-Diskursstrang aus der Ablehnung gegen ihn entstand, sagt einiges über die Strahlkraft aus, die der Anschluss-Diskursstrang erzeugt haben muss.

Auch für die zweite Vermutung, die Existenz von Wechselwirkungen zwischen Medieninhalten und tatsächlichen Ereignissen, können Belege gefunden werden. So kann man beispielsweise auch den internationalen medialen Druck als Faktor für Honeckers Ablösung werten, welche wiederum den Vereinigungsdiskurs in den Medien gestärkt hat. Oder man kann eine emotionale Inszenierung des Mauerfalls als Basis eines Zusammengehörigkeitsgefühls bei vielen RezipientInnen interpretieren, woraufhin deren emotionale Folgehandlungen den Anschluss-Diskursstrang massiv begünstigt haben. Dies beantwortet dementsprechend auch die Frage nach externen Einflüssen auf die Berichterstattung der Westmedien. Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass jemand den Westmedien direkte Vorgaben gemacht hat, dennoch waren sie aktiver Teil der Geschehnisse. Sie agierten und reagierten im Wechselspiel mit den politischen Gegebenheiten. Ein externer Faktor, der die Berichterstattung jedoch entscheidend beeinflusst hat: die jeweils sowohl individuelle als auch systembedingte Weltanschauung der JournalistInnen bzw. legitimen Sprecher. In den Westmedien war wesentlich früher von Vereinigung zu lesen; der Wunsch danach war hier bei einigen viel stärker ausgeprägt. Die Westmedien trugen diesen Vereinigungsdiskurs in die Ostmedien, die deutlich länger an Reformen glaubten und auf sie hofften – auch weil hier eine Vereinigung eigentlich nicht erwünscht war. Es erschien ausnahmslos allen Westmedien, sei es per Reform oder eine der möglichen Vereinigungsarten, zudem als vollkommen alternativlos, dass die DDR in jedem Fall grundlegende Systemmechanismen (Wirtschaft, Menschenbild, Leistungsprinzip) der BRD übernehmen musste, um eine Zukunftsperspektive zu haben. Diese Logik (die v.a. die Berliner Zeitung auch aufgreift) legitimierte den Kapitalismus als einzig funktionales System. Dass dieser ebenso wie der Sozialismus eine Ideologie darstellt, blieb nicht sagbar.

Die Ostmedien hielten, wie bereits angesprochen, bedeutend länger primär am Reformdiskurs fest. Es ist deutlich zu spüren, dass Reformen ihre eigentlich präferierte Lösung waren. Im Endeffekt wurde aber mit dem Anschluss eine Lösung gewählt, die die Ostmedien nie positiv bewertet hatten. Es deutet also schon einmal einiges auf die allgemein höhere Bedeutung von

Westmedien für die Meinungsbildung der DDR-BürgerInnen gegenüber den Ostmedien hin. Die BRD-Medien schienen demnach für seriöser gehalten zu werden, während den bekannten eigenen Medien vermutlich auch Misstrauen entgegenschlug. Des Weiteren orientierten sich auch Ostmedien zunehmend an den Inhalten der westlichen Kollegen, da die dort entstandenen Diskurse – wenn auch in anderer Form – hier bald ebenfalls Themen und Darstellung bestimmten. Kurzum: der Vereinigungsdiskurs kam aus dem Westen und entfaltete dort in einem Wechselspiel aus politischen Ereignissen und Medienberichterstattung eine solche Dynamik, dass auch die Ostmedien gezwungen wurden, die von ihnen ursprünglich präferierte Reformlösung aufzugeben. Dabei war der Anschluss-Diskursstrang in seiner emotionalen Anziehungskraft so groß, dass man sich alleine schon zur Verhinderung dieser Lösung dem Symbiose-Diskursstrang anschließen musste.

Anhand dieser Ergebnisse lässt sich gut rekonstruieren, welche Rolle die Medien (vor allem eben die Westmedien) bei der „Wende innerhalb der Wende“ bzw. dem Meinungswechsel von „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“ gespielt haben könnten. Wenn Ost-RezipientInnen ihr Bild der Ereignisse aus Medien erhalten und ihnen dort eine mögliche Einheit generell als wünschenswert und alternativlos vermittelt wird, ist es naheliegend, dass sich diese Auffassung zunehmend verbreitet. Ist dies zusätzlich emotional gekoppelt mit einem Zusammengehörigkeitsgefühl bezüglich der Westdeutschen sowie der Aussicht auf die problemlose Umsetzung von schnellem Wohlstand und individueller Freiheit, erscheint es ebenso logisch, dass der Anschluss an die Bundesrepublik die präferierte Variante für diese Einheit wird. Ruft man sich beispielsweise hierzu die Darstellung von Albrecht Müller ins Gedächtnis, der eine Kooperation von CDU und *BILD-Zeitung* nahelegt, lässt sich Folgendes konstatieren: gerade die *BILD* als Hauptvertreterin des Anschluss-Diskursstranges hat tatsächlich eine Kampagne betrieben, um eine Einheit nach ihren Vorstellungen aktiv voranzutreiben. Gerade dieses so besonders einflussreiche Medium verdient daher im Rahmen dieser Studie tatsächlich besondere Aufmerksamkeit. Eine direkte Absprache mit der Union ist hierbei gar nicht notwendig: die oft indirekte, aber unverkennbare Unterstützung derer Ziele sowie die zunehmende Heroisierung Kohls war für die Christdemokraten von immensem Nutzen.

Die vorliegende Arbeit kann, wie bereits erwähnt, nicht definitiv die Motivation der WählerInnen aufdecken, die am 18. März 1990 in der Volkskammerwahl den Grundstein für die Einheit nach Artikel 23 GG gelegt haben. Aber sie kann tatsächlich eine Vorstellung davon vermitteln, welchen Medieninhalten ebene WählerInnen ausgesetzt waren. Da meine Studie dennoch bei weitem nicht alle Medieninhalte analysieren konnte, böte sich im Hinblick auf

Bestätigung/Widerlegung der von mir formulierten Schlussgedanken vielleicht ein Ansatzpunkt für Folgestudien, die andere Medien unter die Lupe nehmen könnten. Ebenso wären Interviews mit damaligen RedakteurInnen in Ost und West sowie DDR-WählerInnen sicherlich von großem Interesse. Hier könnte man neben den jeweiligen Motivationen für das Verfassen der Beiträge bzw. die Wahlentscheidung erfragen, ob das Debattenklima tatsächlich so wahrgenommen wurde, wie ich es beschrieben habe. Generell kann diese Arbeit nicht nur einen Ansatz dafür liefern, die Rolle der Medien innerhalb der Ereignisse der Wende generell nicht auszuklammern bzw. als gering zu bewerten, sondern auch den Fokus darauf legen, dass sich nicht nur mit einem allgemeinen möglich medialen Einfluss, sondern auch mit konkreten Inhalten befasst werden sollte. Dies kann zum einen konkret auf die deutsche Vereinigung bezogen werden, wozu immer noch viel zu erforschen ist. Zum anderen aber kann es auch eine neue Perspektive auf die Rolle medialer Einflüsse innerhalb anderer historischer Prozesse geben und hierbei zu weiterer Forschung anregen. Wenn wir tatsächlich das, „was wir über die Welt, in der wir leben, wissen, (...) durch die Massenmedien [wissen]“ (Luhmann 1995:5), erscheint dies für ein komplexes Verständnis ebendieser unverzichtbar.

Literaturverzeichnis

- Bahrmann, Hannes/Links, Christoph (1999):** Chronik der Wende: die Ereignisse in der DDR zwischen 7. Oktober 1989 und 18. März 1990. Berlin: Ch. Links Verlag
- Bannas, Günter (2014, 14. Juni):** In der Erinnerung zusammengewachsen. *faz.net*. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/25-jahre-deutsche-einheit/willy-brandts-zitat-zum-mauerfall-ist-wesentlich-aelter-13204476.html> (zuletzt aufgerufen am 26.05.2020)
- Bartnik, Michael (2007):** Von „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“. Die Wende während der Wende. Berlin: Humboldt-Universität. Verfügbar unter <http://www.michael-bartnik.de/dateien/Michael%20Bartnik-Hausarbeit-Wir%20sind%20ein%20Volk.pdf> (letztmals aufgerufen am 31.03.2020)
- Bönisch, Julia (2006):** Meinungsführer oder Populärmedium? Das journalistische Profil von Spiegel Online. Münster: LIT Verlag
- Bösch, Frank (2010):** Medien als Katalysatoren der Wende? Die DDR, Polen und der Westen 1989. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung/Journal of East Central European Studies*, 59(4), S. 459-471
- Bresser, Klaus (2008):** Die Revolution in Bildern. Die Rolle des Fernsehens beim Umbruch in Mittel- und Osteuropa. In: Sven Grampp/Kay Kirchmann/Marcus Sandl/Rudolf Schlögl/Eva Wiebel (Hrsg.): *Revolutionsmedien - Medienrevolutionen*. Konstanz: Universität, S. 441-454
- Brichta, Mascha (2010):** Zwischen Popularität und Abwertung: Zur Bedeutung der „Bild-Zeitung“ im Alltag ihres Publikums. In: Jutta Röser/Tanja Thomas/Corinna Peil (Hrsg.): *Alltag in den Medien – Medien im Alltag*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 202-219
- Czaplicki, Andreas (2000):** Die Rolle der Westmedien in der Revolution in der DDR. Mainz: na-Verlag
- Dahn, Daniela (2019):** Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute. Die Einheit – eine Abrechnung. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag
- Doerry, Martin/Janssen, Hauke (2013):** Vorwort. In: Martin Doerry/Hauke Janssen (Hrsg.): *Die SPIEGEL-Affäre: Ein Skandal und seine Folgen. Ein SPIEGEL-Buch*. München: DVA: Seite 1-5
- Dorsch-Jungsberger, Petra (2007):** Vorwort. In: Vasco Boenisch (Hrsg.): *Strategie: Stimmungsmache. Wie man Kampagnenjournalismus definiert, analysiert – und wie ihn die BILD-Zeitung betreibt*. Köln: Herbert von Halem, S. 11-14
- Fiedler, Anke/Meyen, Michael (2011):** Jenseits von Gleichförmigkeit und Propaganda: Warum es sich lohnt, DDR-Zeitungen zu untersuchen. In: Anke Fiedler/Michael Meyen (Hrsg.): *Fiktionen für das Volk: DDR-Zeitungen als PR-Instrument. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen*. Münster: LIT-Verlag, S. 7-23

- Fischer, Vanessa (2014):** „Wir sind ein Volk“. *Deutschlandfunkkultur.de*. Online verfügbar unter: https://www.deutschlandfunkkultur.de/deutsche-rufe-2-8-wir-sind-ein-volk.1001.de.html?dram:article_id=291734 (zuletzt aufgerufen am 16.06.2020)
- Förster, Peter/ Roski, Günter (1990):** DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch. Berlin: LinksDruck Verlag
- Foucault, Michel (1978):** Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin: Merve Verlag
- Foucault, Michel (1981):** Archäologie des Wissens. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Friehe, Tim/Müller, Helge/Neumeier, Florian (2017a):** The effect of Western TV on crime: Evidence from East Germany. In: *MAGKS Joint Discussion Paper Series in Economics (10)*. Marburg: Philipps-Universität
- Friehe, Tim/Müller, Helge/Neumeier, Florian (2017b):** Media content's role in the making of a democrat: Evidence from East Germany. In: *MAGKS Joint Discussion Paper Series in Economics (11)*. Marburg: Philipps-Universität
- Friehe, Tim/ Müller, Helge/ Neumeier, Florian (2020):** Media's role in the making of a democrat: Evidence from East Germany. In: *Journal of Comparative Economics (Mai 2020)*
- Galtung, Johan/Ruge, Mari Holmboe (1965):** The structure of foreign news: The presentation of the Congo, Cuba and Cyprus crises in four Norwegian newspapers. In: *Journal of peace research*, 2(1), S. 64-90
- Gordeeva, Daria (2017):** Russlandbild in den deutschen Medien – Deutschlandbild in den russischen Medien Konstruktion der außenpolitischen Realität in den TV-Hauptnachrichtensendungen (Master Thesis). München: Ludwig-Maximilians-Universität
- Grampp, Sven/Kirchmann, Kay/Sandl, Marcus/Schlögl, Rudolf/Wiebel, Eva (2008):** Revolutionsmedien - Medienrevolutionen. Konstanz: Universität
- Großmann, Thomas (2015):** Fernsehen, Revolution und das Ende der DDR. Göttingen: Wallstein Verlag
- Gscheidle, Claudia/Geese, Stefan (2017):** Die Informationsqualität der Fernsehnachrichten aus Zuschauersicht. In: *Media Perspektiven (6)*, S. 310-324
- Jesse, Eckhard (2015):** Was waren die Ursachen für das Ende der DDR? Eine Fernsehrevolution? In: *GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 64(3), S. 431-434
- Kapitza, Arne (2013):** Transformation der ostdeutschen Presse: „Berliner Zeitung“ „Junge Welt“ und „Sonntag/Freitag“ im Prozeß der deutschen Vereinigung. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Keller, Reiner (2008):** Michel Foucault. Konstanz: UVK
- Keller, Reiner (2011a):** Diskursforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Keller, Reiner (2011b):** Wissenssoziologische Diskursanalyse: Grundlegung eines Forschungsprogramms. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

- Kohler, Michael (2016):** Wächter der Demokratie. 70 Jahre „Der Spiegel“. *Goethe.de* (Goethe-Institut). Online verfügbar unter <https://www.goethe.de/de/kul/med/20894053.html> (zuletzt aufgerufen am 12.08.2020)
- Köhler, Otto (2011):** Die große Enteignung. Wie die Treuhand eine Volkswirtschaft liquidierte. Berlin: Das Neue Berlin
- Kowalczyk, Ilko-Sascha (2019):** Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde. München: C.H. Beck
- Krenz, Egon (1990):** Wenn Mauern fallen. Die Friedliche Revolution: Vorgeschichte – Ablauf – Auswirkungen. Wien: Paul Neff-Verlag
- Krenz, Egon (2014):** Herbst '89. Berlin: edition ost im Verlag Das Neue Berlin
- Lindner, Bernd (1992):** Transparente, Losungen und Prozesse des Leipziger Herbst '89. In: Dieter Kirchhöfer/Irmgard Steiner/Dorle Zilch/Jürgen Zinnecker (Hrsg.): *Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland. Band 3. Die neuen Länder: Rückblick und Perspektiven*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 221-228
- Luhmann, Niklas (1995):** Die Realität der Massenmedien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Mathes, Rainer/Pfetsch, Barbara (1991):** The role of the alternative press in the agenda-building process: Spill-over effects and media opinion leadership. In: *European Journal of Communication*, 6(1), S. 33-62
- Media Tenor (2019):** Spiegel dominiert Zitate-Ranking, FT und WamS wachsen am meisten. *at.mediatenor.de*. Online verfügbar unter <http://at.mediatenor.com/de/bibliothek/newsletter/1186/spiegel-dominiert-zitate-ranking-ft-und-wams-wachsen-am-staerksten> (zuletzt aufgerufen am 27.09.2020)
- Meyen, Michael /Löblich, Maria (2006):** Klassiker der Kommunikationswissenschaft. Fach- und Theoriegeschichte in Deutschland. Köln: Herbert von Halem
- Meyen, Michael/Löblich, Maria/Pfaff-Rüdiger, Senta/Riesmeyer, Claudia (2011):** Qualitative Forschung in der Kommunikationswissenschaft. Eine praxisorientierte Einführung. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften
- Meyen, Michael (2013):** “Wir haben freier gelebt“. Die DDR im kollektiven Gedächtnis der Deutschen. Bielefeld: transcript Verlag
- Meyen, Michael (2018):** Breaking News. Die Welt im Ausnahmezustand. Wie uns die Medien regieren. Frankfurt/Main: Westend
- Meyen, Michael (2019):** Feindliche Übernahme. In: Michael Meyen (Hrsg.): Das mediale Erbe der DDR. Online verfügbar unter <https://medienblog.hypotheses.org/702> (zuletzt aufgerufen am 26.05.2020)
- Meyen, Michael (2020):** Warum die DDR entschwindet. In: Michael Meyen (Hrsg.): Das mediale Erbe der DDR. Online verfügbar unter <https://medienerbe.hypotheses.org/2145> (zuletzt aufgerufen am 26.06.2020)

Müller, Albrecht (2019): Glaube wenig, hinterfrage alles, denke selbst. Frankfurt/Main: Westend

Müller, Daniel/Ligensa, Annemone (2009): Einleitung. In: Daniel Müller/Annemone Ligensa/Peter Gendolla (Hrsg.): *Leitmedien. Band 1. Konzepte – Relevanz – Geschichte*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 11-28

Münch, Ursula (2018): 1990: Grundgesetz oder neue Verfassung? *bpd.de*. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43813/die-frage-nach-der-verfassung#:~:text=Artikel%20146%20im%20Grundgesetz%20seit,freier%20Entscheidung%20beschlossen%20worden%20ist>. (zuletzt aufgerufen am 04.08.2020)

Pfetsch, Barbara/Voltmer, Katrin (1994): Geteilte Medienrealität? Zur Thematisierungsleistung der Massenmedien im Prozess der deutschen Vereinigung. In: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 509-542

Pürer, Heinz (2014): Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Konstanz: UVK

Ruoff, Michael (2013): Foucault-Lexikon. Entwicklung, Kernbegriffe, Zusammenhänge. Paderborn: Fink

Schäfer, Sabine (2007): Die Welt in 15 Minuten. Zum journalistischen Darstellungsprozess der Tagesschau. Konstanz: UVK

Schenk, Michael/Mangold, Frank (2011): Entscheider, Meinungsführer und Qualitätsmedien–Die Bedeutung der Qualitätspresse für Entscheidungsträger in Wirtschaft und Gesellschaft. In: Roger Blum/Heinz Bonfadelli/Kurt Imhof/Otfried Jarren (Hrsg.): *Krise der Leuchttürme öffentlicher Kommunikation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 239-254

Schlögl, Rudolf (2008): Revolutionsmedien – Medienrevolutionen. Was Historiker daran interessiert. In: Sven Grampp/Kay Kirchmann/Marcus Sandl/Rudolf Schlögl/Eva Wiebel (Hrsg): *Revolutionsmedien - Medienrevolutionen*. Konstanz: Universität, S. 19-24

Schmidt, Thilo (2014): „Kommt die D-Mark, bleiben wir...“. Wurde dieser Slogan aus Bonn lanciert? *Deutschlandfunkkultur.de*. Online verfügbar unter: https://www.deutschlandfunkkultur.de/deutsche-rufe-7-8-kommt-die-d-mark-bleiben-wir.1001.de.html?dram:article_id=294872 (zuletzt aufgerufen am 16.06.2020)

Scholten, Johannes (2020): Zugang zu Westfernsehen beeinflusste Wahlen. *idw-online*. Online verfügbar unter <https://idw-online.de/de/news747795> (zuletzt aufgerufen am 25.06.2020)

Schröder, Jens (2018): Die 65-Jahre-Auflagen-Bilanz der Bild: Rekorde in den 1980ern, seit 2002 geht es rasant nach unten. *Meedia.de*. Online verfügbar unter <https://meedia.de/2018/02/02/die-65-jahre-auflagen-bilanz-der-bild-rekorde-in-den-1980ern-seit-2002-geht-es-rasant-nach-unten/> (zuletzt aufgerufen am 27.09.2020)

Schulze, Hagen (1990, 16. März): Revolution in der Glotze. Wie das Fernsehen die Geschichte erstickt. In: *DIE ZEIT* vom 16.03.1990. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/1990/12/revolution-in-der-glotze> (zuletzt aufgerufen am 13.05.2020)

Schwartzkopff, Beate (2002): Die Entwicklung der regionalen und überregionalen Tagespresse in Deutschland seit 1989. Diplomarbeit. Stuttgart: Hochschule der Medien (einsehbar unter <https://hdms.bsz-bw.de/frontdoor/deliver/index/docId/43/file/Diplomarbeit.pdf>)

Spiegel (1990, 19. März): „Es gibt keine DDR mehr“. In: *DER SPIEGEL* vom 19.03.1990, S. 29. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13507130.html>

Stadler, Siegfried (2004, 02. Oktober): „Wir sind das Volk“. Der gute Ruf von Leipzig. *SZ-Online*. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/der-gute-ruf-von-leipzig-wir-sind-das-volk-1.318072> (zuletzt aufgerufen am 28.05.2020)

Tjong, Sandra (2015): Gerhard Schröder drängt zurück aufs politische Parkett. *focus.de*. Online verfügbar unter https://www.focus.de/politik/deutschland/tid-26940/spd-altkanzler-gerhard-schroeder-draengt-zurueck-aufs-politische-parkett-der-hoehpunkt-der-schroeder-festspiele_aid_801162.html (zuletzt aufgerufen am 10.08.2020)

Von Harbou, Knud (2015): Als Deutschland seine Seele retten wollte. Die Süddeutsche Zeitung in den Gründerjahren nach 1945. München: Deutscher Taschenbuch Verlag

Weidenbach, Bernhard (2020a): Reichweite der *BILD* Zeitung in den Jahren 2012 bis 2019. Verfügbar unter de.statista.com/statistik/daten/studie/303475/umfrage/reichweite-der-bild-zeitung/#:~:text=Die%20BILD%20Zeitung%20besa%DF%20im,12%2C77%20Millionen%20Lesern%20gelegen (zuletzt aufgerufen am 10.08.2020)

Weidenbach, Bernhard (2020b): Reichweite des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* in den Jahren 2004 bis 2019. Verfügbar unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/3580/umfrage/reichweite-der-zeitschrift-der-spiegel-seit2004/#:~:text=Reichweite%20des%20Nachrichtenmagazins%20Der%20Spiegel%20bis%202019&text=Die%20Reichweite%20des%20Spiegels%20sinkt,5%2C6%20Millionen%20Lesern%20gelegen> (zuletzt aufgerufen am 11.08.2020)

Weidenbach, Bernhard (2020c): Reichweite der *Süddeutschen Zeitung* in den Jahren 2003 bis 2019. Verfügbar unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/381931/umfrage/reichweite-der-sueddeutschen-zeitung/#:~:text=Die%20Reichweite%20der%20S%C3%BCddeutschen%20Zeitung,12%20Millionen%20Lesern%20gemessen%20wurde> (zuletzt aufgerufen am 12.08.2020)

Weidenbach, Bernhard (2020d): Verkaufte Auflage der *Süddeutschen Zeitung* vom 2. Quartal 2012 bis zum 2. Quartal 2020. Verfügbar unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/382110/umfrage/auflage-der-sueddeutschen-zeitung/#:~:text=Auflage%20der%20S%C3%BCddeutschen%20Zeitung%20bis,Quartal%202020&text=Die%20verkaufte%20Auflage%20der%20S%C3%BCddeutschen,mehr%20als%20100.000%20Exemplare%20dar> (zuletzt aufgerufen am 12.08.2020)

Weidenbach, Bernhard (2020e): Reichweite der *Tagesschau* bis 2019. Verfügbar unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/182978/umfrage/reichweite-der-tagesschau-seit-1992/#:~:text=Die%20Reichweite%20der%20Tagesschau%20betrug,rund%209%2C8%20Millionen%20Zuschauer.> (zuletzt aufgerufen am 14.08.2020)

Weidenbach, Bernhard (2020f): Verkaufte Auflage der *Berliner Zeitung* vom 2. Quartal 2012 bis zum 2. Quartal 2020. Verfügbar unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1071746/umfrage/auflage-der-berliner-zeitung/> (zuletzt aufgerufen am 14.08.2020)

Weidenbach, Bernhard (2020g): Verkaufte Auflage der Tageszeitung *neues deutschland* vom 2. Quartal 2012 bis 2. Quartal 2020. Online verfügbar unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/975121/umfrage/auflage-der-zeitung-neues-deutschland/#:~:text=Quartal%202020&text=Die%20verkaufte%20Auflage%20der%20Tageszeitung,in%20Deutschland%20finden%20Sie%20hier>. (zuletzt aufgerufen am 14.08.2020)

Wensierski, Peter (2014, 03. Oktober): Die WG der Rebellen. *Spiegel.de*. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/geschichte/leipzig-wie-es-1989-zur-montagsdemonstration-kam-a-993513.html> (zuletzt aufgerufen am 29.06.2020)

Wilke, Jürgen (2009): Historische und intermediale Entwicklungen von Leitmedien. Journalistische Leitmedien in Konkurrenz zu anderen. In: Daniel Müller/Annemone Ligensa/Peter Gendolla (Hrsg.): *Leitmedien. Band 1. Konzepte – Relevanz – Geschichte*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 29-52

Wonn, Gabriel (2018): Zwischen Linientreue und Wissenschaft. Eine Diskursanalyse über die Entwicklung der Journalistenausbildung innerhalb der DDR im Vergleich zu den heutigen BRD-Ausbildungsinhalten (Bachelor Thesis). München: Ludwig-Maximilians-Universität

Zitierte Beiträge aus dem Material

Adam, Bo (1989, 05. Dezember): Gipfeltreffen um festen Boden bemüht. In: *Berliner Zeitung* vom 05.12.1989, S. 1

Adam, Bo (1990, 20. Januar): DDR bald unter einem Kuratel der Alliierten? In: *Berliner Zeitung* vom 20.01.1990, S. 2

Adam, Bo (1990, 02. März): Das kann wohl nicht egal sein. In: *Berliner Zeitung* vom 02.03.1990, S. 1

Arnold, Karl-Heinz (1989, 10. Oktober): Im neuen Jahrzehnt zählt mehr denn je Leistung. In: *Berliner Zeitung* vom 10.10.1989, S. 2

Arnold, Karl-Heinz (1989, 20. Oktober): Das klärende Wort und die unverzichtbaren Taten. In: *Berliner Zeitung* vom 20.10.1989, S. 2

Augstein, Rudolf (1989, 09. Oktober): Das Leninsche Erbe. In: *SPIEGEL* vom 09.10.1989, S. 20

Augstein, Rudolf (1989, 16. Oktober): Die deutschen Probleme. In: *SPIEGEL* vom 16.10.1989, S. 20

Augstein, Rudolf (1989, 06. November): Meinungen, ein wenig verschieden. In: *SPIEGEL* vom 06.11.1989, S. 22-23

Augstein, Rudolf (1989, 13. November): Und was kommt danach? In: *SPIEGEL* vom 13.11.1989, S. 43-45

Augstein, Rudolf (1989, 20. November): Sagen, was ist. In: *SPIEGEL* vom 20.11.1989, S. 18

Augstein, Rudolf (1989, 27. November): 20 Millionen zuviel. In: *SPIEGEL* vom 27.11.1989, S. 16

Augstein, Rudolf (1989, 04. Dezember): An den Kanzleien vorbei. In: *SPIEGEL* vom 04.12.1989, S. 26

Augstein, Rudolf (1989, 11. Dezember): Vereinigung der Sieger? In: *SPIEGEL* vom 11.12.1989, S. 18

Augstein, Rudolf (1990, 08. Januar): Stunde Null. In: *SPIEGEL* vom 08.01.1990, S. 18

Augstein, Rudolf (1990, 12. März): Er kann es wirklich nicht. In: *SPIEGEL* vom 12.03.1990, S. 27

Bartels, Peter/Tiedje, Hans-Herrmann (1989, 09. November): Öffnen wir unsere Türen. In: *BILD-Zeitung* vom 09.11.1989, S. 1

Bartels, Peter/Tiedje, Hans-Herrmann (1990, 01. Februar): Macht Gorbatschow zum Ehren-Deutschen! In: *BILD-Zeitung* vom 01.02.1990, S. 1

Bergdoll, Udo (1990, 11. Januar): Der Kanzler drängt – mit Augenmaß. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 11.01.1990, S. 4

Berliner Zeitung (1989, 06. November): Hunderttausende demonstrierten am Sonnabend im Zentrum Berlins. In: *Berliner Zeitung* vom 06.11.1989, S. 1

Berliner Zeitung (1989, 11. November): Bloß mal übern Kudamm bummeln – und zurück! In: *Berliner Zeitung* vom 11.11.1989, S. 6

Bickerich, Wolfram/Funk, Werner/Schwarz, Ulrich (1989, 18. Dezember): Die Alleinherrschaft ist beendet. In: *SPIEGEL* vom 18.12.1989, S. 26-29

BILD-Zeitung (1989, 20. Oktober): „Don Promillo“ Krenz – jetzt geht kein Tropfen mehr. In: *BILD-Zeitung* vom 20.10.1989, S. 7

BILD-Zeitung (1989, 10. November): Mauer offen. Bundestag sang „Einigkeit und Recht und Freiheit“. In: *BILD-Zeitung* vom 10.11.1989, S. 3

BILD-Zeitung (1989, 30. November): Wer hat Angst vor Deutschland? In: *BILD-Zeitung* vom 30.11.1989, S. 1

BILD-Zeitung (1989, 08. Dezember): Willy Brandt in Rostock. Tränen, Rosen, „Willy, Willy“. In: *BILD-Zeitung* vom 08.12.1989, S. 4

BILD-Zeitung (1990, 12. Februar): Deutschland. Es wird wahr, noch dieses Jahr! In: *BILD-Zeitung* vom 12.02.1990, S. 1

BILD-Zeitung (1990, 20. Januar): Ja, ich bin für die Einheit. In: *BILD-Zeitung* vom 20.01.1990, S. 1-11

BILD-Zeitung (1990, 20. Februar): Die Westler essen uns alles weg. In: *BILD-Zeitung* vom 20.02.1990, S. 1

BILD-Zeitung (1990, 17. März): Morgen wählt ihr Deutschland! In: *BILD-Zeitung* vom 17.03.1990, S. 1

Bischoff, Klaus (1990, 16. März): Welcher Weg zur deutschen Einheit? In: *Berliner Zeitung* vom 16.03.1990, S. 3

Blaschke, Rosi (1989, 01. Dezember): Besser bleiben. In: *Neues Deutschland* vom 01.12.1989, S. 1

Böhme, Erich (1989, 30. Oktober): Die Gelegenheit ist günstig. In: *SPIEGEL* vom 30.11.1989, S. 20-21

Bossenz, Ingolf (1990, 23. Februar): Leih-Minister. In: *Neues Deutschland* vom 23.02.1990, S. 1

Bringmann, Matthias (1990, 13. Februar): Fragen stellen, bevor wir unsere Stimme geben. In: *Berliner Zeitung* vom 13.02.1990, S. 2

Brinkmann, Peter (1989, 13. November): Wiedervereinigung. Wie stark wäre Deutschland? In: *BILD-Zeitung* vom 13.11.1989, S. 2

Brückner, Dieter/Luck, Otto/Liebsch, Helfried (1989, 20. Oktober): Offenheit, Besonnenheit und Konstruktivität. In: *Neues Deutschland* vom 20.10.1989, S. 3

Dobrzykowski, Jürgen (1989, 26. Oktober): Entscheidend ist fleißige Arbeit. In: *Neues Deutschland* vom 26.11.1989, S. 1

DR (1990, 02. Februar): Der Geist der Anmaßung. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 02.02.1990, S. 4

Eggert, Hans (1990, 16. Januar): SED-PDS bald auf die Oppositionsbänke. In: *Berliner Zeitung* vom 16.01.1990, S. 2

Eggert, Hans (1990, 29. Januar): Von der Saar an den Rhein? In: *Berliner Zeitung* vom 29.01.1990, S. 1

Einicke, Ludwig (1990, 01. März): Anmaßend. In: *Neues Deutschland* vom 01.03.1990, S. 1

Fust, Horst (1989, 14. November): Ein souveränes Volk. In: *BILD-Zeitung* vom 14.11.1989, S. 2

Harbauer, Ottomar (1989, 29. November): Konföderation ohne Arg? In: *Berliner Zeitung* vom 29.11.1989, S. 1

HE (1989, 11. Oktober): Illusionen in Bonn und unerbetene Ratschläge. In: *Neues Deutschland* vom 11.10.1989, S. 2

Herbell, Hajo (1989, 01. November): Was ist offen? In: *Neues Deutschland* vom 01.11.1989, S. 1

Hinze, Albrecht (1989, 09. Oktober): Das Geburtstagsfest – disharmonisch und verunglückt. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 09.10.1989, S. 3

Joffe, Josef (1989, 28. Oktober): Das Gebot der Weisheit. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 28.10.1989, S. 4

Joffe, Josef (1989, 10. November): Kein will ein „Viertes Reich“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 10.11.1989, S. 4

Knack, Axel (1989, 07. Dezember): Keine Gewalt! In: *Berliner Zeitung* vom 07.12.1989, S. 1

Knack, Axel (1989, 13. Dezember): Teutscher Wandel? In: *Berliner Zeitung* vom 13.12.1989, S. 1

Knack, Axel (1990, 16. Januar): SPD: Wissen, woran man ist. In: *Berliner Zeitung* vom 16.01.1990, S. 1

Kremp, Herbert (1989, 11. November): „Wir sind das Volk“ rufen sie heute. „Wir sind ein Volk“ rufen sie morgen. In: *BILD-Zeitung* vom 11.11.1989, S. 6

Kremp, Herbert (1990, 08. März): Weizsäcker und der Artikel 23. In: *BILD-Zeitung* vom 08.03.1990, S. 2

Krenz, Egon (1990, 19. Februar): Jetzt rede ich, ich sage alles. In: *BILD-Zeitung* vom 19.02.1990, S. 7

Lemaire, Manfred (1989, 13. Oktober): Notwendige Diskussion und notwendiges Handeln. In: *Berliner Zeitung* vom 13.10.1989, S. 2

Mahler, Armin/Knips, Walter (1989, 09. Oktober): „Das System produziert Knappheit“. In: *SPIEGEL* vom 09.10.1989, S. 28-31

Münstermann, Thomas (1989, 22. November): Erst, wenn... In: *Neues Deutschland* vom 22.11.1989, S. 1

Neues Deutschland (1989, 10. November): Reserven vieler Städte für Übersiedler sind erschöpft. In: *Neues Deutschland* vom 10.11.1989, S. 1

Neues Deutschland (1989, 11. November): Kampfgeist und der Wille zur Einheit und Erneuerung der Partei. In: *Neues Deutschland* vom 11.11.1989, S. 3

Nuss, Silke (1990, 02. Januar): Mündigkeit. In: *Neues Deutschland* vom 02.01.1990, S. 1

Oschmann, Reiner (1989, 29. November): An die Wurzel! In: *Neues Deutschland* vom 29.11.1989, S. 1

Oschmann, Reiner (1990, 13. Januar): In Opposition? In: *Neues Deutschland* vom 13.01.1990, S. 1

Prantl, Heribert (1990, 05. März): Eine Verfassung für die Einheit. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 05.03.1990, S. 4

Prantl, Heribert (1990, 15. März): Der dritte Weg zur Einheit. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 15.03.1990, S. 4

Prokot, Gerd (1989, 13. Dezember): Quo vadis? In: *Neues Deutschland* vom 13.12.1989, S. 1

Prokot, Gerd (1990, 26. Februar): Aufgerichtet. In: *Neues Deutschland* vom 26.02.1990, S. 1

Rudolph, Hermann (1989, 11. November): Die Nation in der Bewährung. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 11.11.1989, S. 4

Rudolph, Hermann (1990, 03. Februar): Anschluß oder Einheit? In: *Süddeutsche Zeitung* vom 03.02.1990, S. 4

Rudolph, Hermann (1990, 08. März): Ein Wahlkampf ohne Gegner. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 08.03.1990, S. 4

Rudorf, Reginald (1989, 05. Dezember): Die Einheit ist nah. In: *BILD-Zeitung* vom 05.12.1989, S. 2

Schaeffer, Max Pierre (1989, 20. Dezember): Ich sehe Tränen in den Augen des Kanzlers. In: *BILD-Zeitung* vom 20.12.1989, S. 3

Schaeffer, Max Pierre (1990, 12. März): Keine Ahnung, aber Kasse machen. In: *BILD-Zeitung* vom 12.03.1990, S. 2

Schaffmann, Christa (1990, 06. Februar): Lieber keine Illusionen. In: *Berliner Zeitung* vom 06.02.1990, S. 1

Schindlbeck, Lothar (1990, 17. Januar): Gemeinsam seid ihr stark. In: *BILD-Zeitung* vom 17.01.1990, S. 2

Schindlbeck, Lothar (1990, 14. März): Die Linken und das Grundgesetz. In: *BILD-Zeitung* vom 14.03.1990, S. 2

Schneider, Rolf (1990, 05. Februar): Die politische Moral ist dahin. In: *SPIEGEL* vom 05.02.1990, S. 29-31

Schnibben, Cordt (1989, 11. Dezember): Jedes Pissoir beherrscht. In: *SPIEGEL* vom 11.12.1989, S. 27-29

Schröder, Dieter (1989, 28. November): Kleinkarierte Keilerei. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 28.11.1989, S. 4

Schröder, Dieter (1989, 09. Dezember): DDR im Post-Sozialismus. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 09.12.1989, S. 4

Schröder, Dieter (1990, 20. Januar): Wandel durch Einmischung. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 20.01.1990, S. 4

SPIEGEL (1989, 09. Oktober): „Die Zone iss im Arsch“. In: *SPIEGEL* vom 09.10.1989, S. 39-42

SPIEGEL (1989, 16. Oktober): „Dann wird die Mauer fallen“. In: *SPIEGEL* vom 16.10.1989, S. 29-30

SPIEGEL (1989, 06. November): Die Flut ist nicht zu stoppen. In: *SPIEGEL* vom 06.11.1989, S. 20-29)

SPIEGEL: (1989, 18. Dezember): In Angst vor der Einheit. In: *SPIEGEL* vom 18.12.1989, S. 16-25

Spickermann, Wolfgang (1989, 04. Dezember): Zeitung der gesamten Partei. In: *Neues Deutschland* vom 04.12.1989, S. 1

Stange, Michael (1989, 10. Oktober): Die tollkühnste Flucht. In: *BILD-Zeitung* vom 10.10.1989, S. 7

Steiniger, Klaus (1990, 14. März): Ko(h)lonie der BRD? In: *Neues Deutschland* vom 14.03.1990, S. 1

Straub, Rüdiger (1990, 17. Februar): Gregor Gysi im Wahlkampf. Seine alten Anhänger haben nichts verlernt. In: *BILD-Zeitung* vom 17.02.1990, S. 5

Süddeutsche Zeitung (1989, 17. Oktober): „Der Dialog muß sofort beginnen“. In: *SZ* vom 17.10.1989, S. 2

Süddeutsche Zeitung (1989, 19. Oktober): Egon Krenz gilt nicht als Reformier. In: *SZ* vom 19.10.1989, S. 6

Süddeutsche Zeitung (1989, 10. November): Das Streiflicht. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 10.11.1989, S. 1

Süskind, Martin (1990, 02. März): Kohl und Lafontaine im Probelauf. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 02.03.1990, S. 4

Tagesschau vom 11.10.1989. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video567134.html> (zuletzt aufgerufen am 15.09.2020)

Tagesschau vom 18.10.1989. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video652640.html> (zuletzt aufgerufen am 15.09.2020)

Tagesschau vom 19.10.1989. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video581886.html> (zuletzt aufgerufen am 01.09.2020)

Tagesschau vom 26.10.1989. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video593560.html> (zuletzt aufgerufen am 15.09.2020)

Tagesschau vom 29.10.1989. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video588064.html> (zuletzt aufgerufen am 01.09.2020)

Tagesschau vom 01.11.1989. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video595254.html> (zuletzt aufgerufen am 05.09.2020)

Tagesschau vom 28.11.1989. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video608108.html> (zuletzt aufgerufen am 15.09.2020)

Tagesschau vom 03.12.1989. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video608032.html> (zuletzt aufgerufen am 15.09.2020)

Tagesschau vom 09.12.1989. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video615422.html> (zuletzt aufgerufen am 15.09.2020)

Tagesschau vom 19.12.1989. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video619886.html> (zuletzt aufgerufen am 15.09.2020)

Tagesschau vom 18.01.1990. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video636498.html> (zuletzt aufgerufen am 15.09.2020)

Tagesschau vom 21.01.1990. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video638618.html> (zuletzt aufgerufen am 10.09.2020)

Tagesschau vom 22.01.1990. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video638618.html> (zuletzt aufgerufen am 15.09.2020)

Tagesschau vom 07.02.1990. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video638618.html> (zuletzt angerufen am 15.09.2020)

Tagesschau vom 17.03.1990. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video669022.html> (zuletzt angerufen am 10.09.2020)

Thoma, Franz (1989, 20. Dezember): Das Mögliche für die DDR. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 20.12.1989, S. 4

Thoma, Franz (1990, 17. Januar): Lippenbekenntnis zum Markt. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 17.01.1990, S. 4

Tiedje, Hans-Herrmann (1989, 13. Dezember): Jetzt wissen wir, wer unsere Freunde sind. In: *BILD-Zeitung* vom 13.12.1989, S. 1 & 8

UB (1989, 02. Dezember): Des Kanzlers Fehler. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 02.12.1989, S. 4

Venus, Peter (1989, 18. Oktober): Leipzig, montag Abend. In: *Berliner Zeitung* vom 18.10.1989, S. 2

Von Dohnanyi, Klaus (1990, 15. Januar): Von der BRD lernen? Teil I. In: *SPIEGEL* vom 15.01.1990, S. 108-117

Wehner, Frank (1990, 01. Februar): Das „Da“ zur Annäherung. In: *Neues Deutschland* vom 01.02.1990, S. 2

Wirt, Peter (1989, 02. Dezember): Katze aus dem Sack? In: *Berliner Zeitung* vom 02.12.1989, S. 1

Zett, B. (1989, 11. Oktober): Bauernland den Junkern und andere Bonner Ideen. In: *Berliner Zeitung* vom 11.10.1989, S. 2

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Egon Krenz DDR-Kommunalwahlen 1989	6
Abbildung 2: Militärparade zum 40. Jahrestag der DDR.....	7
Abbildung 3: Demonstranten: „Gorbi, hilf uns!“	7
Abbildung 4: Ende November 1989: Umfrage Vereinigungsfrage	9
Abbildung 5: Ende November 1989: Umfrage Systemfrage	10
Abbildung 6: Ende Januar/Anfang Februar 1990: Umfrage Vereinigungsfrage	11
Abbildung 7: Ende Januar/Anfang Februar 1990: Umfrage Systemfrage	11
Abbildung 8: Lothar de Maiziere und Helmut Kohl	12
Abbildung 9: Willy Brandt und Ibrahim Böhme	12
Abbildung 10: Plakat „Wir sind ein Volk“	14
Abbildung 11: Kategoriensystem.....	30
Abbildung 12: Bürgerbüro „Neues Forum“	47
Abbildung 13: Interviewte DDR-Flüchtlinge in der Prager Botschaft.	53
Abbildung 14: BILD-Titelseite nach Kohls Dresden-Besuch.	55
Abbildung 15: SPIEGEL-Cover eine Woche vor der Volkskammerwahl.....	56
Abbildung 16: DDR-BürgerInnen protestieren gegen die "BeeRDigung der DDR"	61
Abbildung 17: BILD-Infobox für DDR-Flüchtlinge.....	64
Abbildung 18: Tagesschau zum Mauerfall.	74
Abbildung 19: Titelblatt des ND im Wahlkampf.....	84

Bildquellen

Cover: Bundesstiftung Aufarbeitung (Harald Hauswald/OSTKREUZ), veröffentlicht unter https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/sites/default/files/uploads/files/2020-01/zeitbild_unterrichtsmaterial_ausstellung_fr.pdf

Abbildung 1: Deutsches Rundfunkarchiv, veröffentlicht unter <http://1989.dra.de/themendossiers/politik/kommunalwahl-1989> (zuletzt aufgerufen am 22.06.2020)

Abbildung 2: Deutschlandfunk (picture alliance/dpa/adn), veröffentlicht unter https://www.deutschlandfunk.de/vorbereitung-auf-40-jahre-ddr-keine-ueberraschung-zulassen.1359.de.html?dram:article_id=197261 (zuletzt aufgerufen am 22.06.2020)

Abbildung 3: Berliner Zeitung (picture alliance/ZB), veröffentlicht unter <https://www.bz-berlin.de/media/bg-gorbatschow-5> (zuletzt aufgerufen am 22.06.2020)

Abbildung 4: eigene Darstellung nach Förster/Roski 1990: 53

Abbildung 5: eigene Darstellung nach Förster/Roski 1990: 56

Abbildung 6: eigene Darstellung nach Förster/Roski 1990: 53

Abbildung 7: eigene Darstellung nach Förster/Roski 1990: 56

Abbildung 8: Bundesarchiv (Bernd Settnik), veröffentlicht unter bild.bundesarchiv.de/dba/de/search/?query=Bild+183-1990-0518-028 (zuletzt aufgerufen am 22.06.2020)

Abbildung 9: Keystone Pressedienst, veröffentlicht unter <http://www.keypix.de/Keystone/search.jsf;jsessionid=D0ED89230B99EA1D5A51D5F618FB3623?searchString=Vorsitzender&first=1856&pageSize=64&faces-redirect=true> (zuletzt aufgerufen am 22.06.2020)

Abbildung 10: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (akg-images/picture/alliance/Sven Simon), veröffentlicht unter <https://www.100.bmwi.de/BMWI100/Navigation/DE/Meilenstein-08/1990-heute.html> (zuletzt aufgerufen am 22.06.2020)

Abbildung 11: eigene Darstellung

Abbildung 12: Bundeszentrale für politische Bildung (dpa), veröffentlicht unter m.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/296711/ddr-buergerrechtsbewegungen (zuletzt aufgerufen am 31.08.2020)

Abbildung 13: Tagesschau vom 01.11.1989. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video595254.html>

Abbildung 14: BILD-Zeitung vom 20.12.1989, S. 1

Abbildung 15: SPIEGEL vom 12.03.1990. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/spiegel/print/index-1990-11.html>

Abbildung 16: VICE.com (Maria Notbohm), veröffentlicht unter <https://www.vice.com/de/article/8xwvkx/diese-fotos-zeigen-dass-auf-den-montags-demos-1989-auch-neonazis-mitliefen>

Abbildung 17: BILD-Zeitung vom 11.09.1989, S. 7

Abbildung 18: Tagesschau vom 10.11.1989. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video598126.html>

Abbildung 19: Neues Deutschland vom 06.03.1990, S. 1

Anhang

Liste aller untersuchten Beiträge

Medium	Datum	Titel des Beitrags
BILD	10.10.1989	Die tollkühnste Flucht
BILD	20.10.1989	„Don Promillo“ Krenz – jetzt geht kein Tropfen mehr
BILD	09.11.1989	Öffnen wir unsere Türen
BILD	10.11.1989	Mauer offen. Bundestag sang „Einigkeit und Recht und Freiheit“
BILD	11.11.1989	„Wir sind das Volk“ rufen sie heute. „Wir sind ein Volk“ rufen sie morgen
BILD	14.11.1989	Ein souveränes Volk
BILD	21.11.1989	Wiedervereinigung. Warum haben plötzlich so viele Angst davor?
BILD	23.11.1989	Wiedervereinigung. Wie stark wäre Deutschland?
BILD	30.11.1989	Wer hat Angst vor Deutschland?
BILD	05.12.1989	Die Einheit ist nah
BILD	08.12.1989	Willy Brandt in Rostock. Tränen, Rosen, „Willy, Willy“
BILD	13.12.1989	Jetzt wissen wir, wer unsere Freunde sind
BILD	19.12.1989	Heute Kohl in Dresden. Alle Deutschen drücken die Daumen
BILD	20.12.1989	Gott segne unser deutsches Vaterland
BILD	20.12.1989	Ich sehe Tränen in den Augen des Kanzlers
BILD	17.01.1990	Gemeinsam seid ihr stark
BILD	20.01.1990	Ja, ich bin für die Einheit
BILD	01.02.1990	Macht Gorbatschow zum Ehren-Deutschen!
BILD	12.02.1990	Deutschland. Es wird wahr, noch dieses Jahr!
BILD	13.02.1990	Modrow ließ das Volk prügeln
BILD	17.02.1990	Gregor Gysi im Wahlkampf. Seine alten Anhänger haben nichts verlernt
BILD	19.02.1990	Jetzt rede ich, jetzt sage ich alles
BILD	20.02.1990	Die Westler essen uns alles weg
BILD	08.03.1990	Weizsäcker und der Artikel 23
BILD	09.03.1990	Die Gespenster-Schlacht
BILD	12.03.1990	Keine Ahnung, aber Kasse machen
BILD	14.03.1990	Die Linken und das Grundgesetz
BILD	17.03.1990	Morgen wählt ihr Deutschland!
SPIEGEL	09.10.1989	Das Leninsche Erbe
SPIEGEL	09.10.1989	„Das System produziert Knappheit“
SPIEGEL	09.10.1989	„Die Zone iss im Arsch“
SPIEGEL	16.10.1989	Die deutschen Probleme
SPIEGEL	16.10.1989	„Dann wird die Mauer fallen“
SPIEGEL	23.10.1989	Reformen – aber welche?
SPIEGEL	30.10.1989	Die Gelegenheit ist günstig
SPIEGEL	06.11.1989	Die Flut ist nicht zu stoppen
SPIEGEL	06.11.1989	Meinungen, ein wenig verschieden
SPIEGEL	13.11.1989	Und was kommt danach?
SPIEGEL	20.11.1989	Sagen, was ist
SPIEGEL	27.11.1989	20 Millionen zuviel
SPIEGEL	04.12.1989	An den Kanzleien vorbei
SPIEGEL	11.12.1989	Jedes Pissoir beherrscht
SPIEGEL	11.12.1989	Vereinigung der Sieger?
SPIEGEL	18.12.1989	In Angst vor der Einheit
SPIEGEL	18.12.1989	Die Alleinherrschaft ist beendet

SPIEGEL	18.12.1989	„Hier ist nischt mehr zu retten“
SPIEGEL	25.12.1989	Sie kennen nur noch Deutsche
SPIEGEL	01.01.1990	„Wenn das Eis bricht...“
SPIEGEL	08.01.1990	Stunde Null
SPIEGEL	15.01.1990	Von der BRD lernen? Teil I
SPIEGEL	29.01.1990	Berlin, Berlin
SPIEGEL	29.01.1990	Von der BRD lernen? Teil III
SPIEGEL	05.02.1990	Die politische Moral ist dahin
SPIEGEL	19.02.1990	Der Heimatverlust schmerzt
SPIEGEL	05.03.1990	Mit dem Teufel marschierst
SPIEGEL	12.03.1990	Er kann es wirklich nicht
SPIEGEL	12.03.1990	Deutschland erwacht
SZ	09.10.1989	Das Geburtstagsfest – disharmonisch und verunglückt
SZ	14.10.1989	Wie der Osten auf die Beine kommen kann
SZ	17.10.1989	Der Dialog muß sofort beginnen
SZ	19.10.1989	Egon Krenz gilt nicht als Reformier
SZ	28.10.1989	Das Gebot der Weisheit
SZ	10.11.1989	Das Streiflicht
SZ	10.11.1989	Keiner will ein „Viertes Reich“
SZ	11.11.1989	Die Nation in der Bewährung
SZ	28.11.1989	Kleinkarierte Keilerei
SZ	02.12.1989	Des Kanzlers Fehler
SZ	09.12.1989	DDR im Post-Sozialismus
SZ	20.12.1989	Das Mögliche für die DDR
SZ	11.01.1990	Der Kanzler drängt – mit Augenmaß
SZ	15.01.1990	Welche Architektur für „BRDDR“?
SZ	17.01.1990	Lippenbekenntnis zum Markt
SZ	20.01.1990	Wandel durch Einmischung
SZ	02.02.1990	Der Geist der Anmaßung
SZ	03.02.1990	Anschluß oder Einheit?
SZ	01.03.1990	Welches Deutschland eigentlich?
SZ	02.03.1990	Kohl und Lafontaine im Probelauf
SZ	05.03.1990	Eine Verfassung für die Einheit
SZ	08.03.1990	Ein Wahlkampf ohne Gegner
SZ	15.03.1990	Der dritte Weg zur Einheit
Tagesschau	11.10.1989	-
Tagesschau	16.10.1989	-
Tagesschau	17.10.1989	-
Tagesschau	18.10.1989	-
Tagesschau	19.10.1989	-
Tagesschau	26.10.1989	-
Tagesschau	29.10.1989	-
Tagesschau	01.11.1989	-
Tagesschau	10.11.1989	-
Tagesschau	11.11.1989	-
Tagesschau	23.11.1989	-
Tagesschau	28.11.1989	-
Tagesschau	03.12.1989	-
Tagesschau	09.12.1989	-
Tagesschau	18.12.1989	-
Tagesschau	19.12.1989	-
Tagesschau	18.01.1990	-
Tagesschau	21.01.1990	-

Tagesschau	22.01.1990	-
Tagesschau	07.02.1990	-
Tagesschau	17.03.1990	-
BLZ	10.10.1989	Im neuen Jahrzehnt zählt mehr denn je Leistung
BLZ	11.10.1989	Bauernland den Junkern und andere Bonner Ideen
BLZ	13.10.1989	Notwendige Diskussion und notwendiges Handeln
BLZ	18.10.1989	Leipzig, Montag abend
BLZ	20.10.1989	Das klärende Wort und die unverzichtbaren Taten
BLZ	06.11.1989	Hunderttausende demonstrierten am Sonnabend im Zentrum Berlins
BLZ	11.11.1989	Bloß mal übern Kudamm bummeln – und zurück!
BLZ	29.11.1989	Konföderation ohne Arg?
BLZ	02.12.1989	Katze aus dem Sack?
BLZ	05.12.1989	Gipfeltreffen um festen Boden bemüht
BLZ	07.12.1989	Keine Gewalt!
BLZ	13.12.1989	Teutscher Wandel?
BLZ	16.01.1990	SPD: Wissen, woran man ist
BLZ	16.01.1990	SED-PDS auf die Oppositionsbänke?
BLZ	20.01.1990	DDR bald unter einem Kuratel der Alliierten?
BLZ	22.01.1990	Ein paar Worte in eigener Sache
BLZ	29.01.1990	Von der Saar an den Rhein?
BLZ	06.02.1990	Lieber keine Illusionen
BLZ	13.02.1990	Zu früh für die Party
BLZ	13.02.1990	Fragen stellen, bevor wir unsere Stimme geben
BLZ	02.03.1990	Das kann wohl nicht egal sein
BLZ	16.03.1990	Welcher Weg zur deutschen Einheit?
ND	11.10.1989	Illusionen in Bonn und unerbetene Ratschläge
ND	20.10.1989	Offenheit, Besonnenheit und Konstruktivität
ND	26.10.1989	Entscheidend ist fleißige Arbeit
ND	01.11.1989	Was ist offen?
ND	10.11.1989	Reserven vieler Städte für Übersiedler sind erschöpft
ND	11.11.1989	Kampfgeist und der Wille zur Einheit und Erneuerung der Partei
ND	22.11.1989	Erst, wenn...
ND	29.11.1989	An die Wurzel!
ND	01.12.1989	Besser bleiben
ND	04.12.1989	Zeitung der gesamten Partei
ND	13.12.1989	Quo vadis?
ND	02.01.1990	Mündigkeit
ND	13.01.1990	In Opposition?
ND	01.02.1990	Das „Da“ zur Annäherung
ND	08.02.1990	Kopf oder Bauch?
ND	23.02.1990	Leih-Minister
ND	26.02.1990	Aufgerichtet
ND	01.03.1990	Anmaßend
ND	13.03.1990	Flagge zeigen
ND	14.03.1990	Ko(h)lonie der BRD?